Nichts ist schwierig in dieser Welt, ist da der Wille, die Höhen zu erklimmen Seite 9/10

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 4 vom 24. Januar 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

14. Strafrechtsänderungsgesetz einstimmig verabschiedet

Kampf der Faschisierung

Ohne eine einzige Gegenstimme wurde am 16. Januar im Bundestag das 14. Strafrechtsänderungsgesetz gegen die Befürwortung der revolutionären Gewalt und der sozialistischen Revolution verabschiedet. Die konsequente Anwendung dieses Gesetzes kommt dem faktischen Verbot jeder kommunistischen oder revolutionären Zeitung, jeder revolutionären oder kommunistischen Meinungsäußerung gleich. Außerdem ist es nach diesem Gesetz ohne weiteres möglich, jeden bis zu drei Jahren ins Gefängnis zu stecken, der solche gerechten Kämpfe der Werktätigen wie den Streik der Fordarbeiter in Köln 1973, wie die Kämpfe von Zehntausenden von Menschen gegen die Fahrpreiserhöhungen, wie die Kämpfe von Nordhorn-Range oder Wyhl usw. usf. befürwortet oder zu solchen Kämpfen aufruft.

Die Verabschiedung dieses Gesetzes ist die einschneidenste Verschärfung der politischen Unterdrückung seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze. Es ist ein Generalangriff auf unser Volk, ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Errichtung einer erneuten faschistischen Diktatur über die Arbeiterklasse und alle Werktätigen. Wir haben dies im Extrablatt des ROTEN MORGEN und verschiedenen anderen Artikeln ausführlich dargelegt.

Bei der Verabschiedung des Gesetzes demonstrierten die verschiedenen bürgerlichen Parteien Einigkeit, keiner tanzte aus der Reihe. Die Devise der Kapitalistenklasse und ihrer Lakaien, der bürgerlichen Parteien und ihrer Regierung lautete: Das Gesetz auf jeden Fall totschweigen, verhindern, daß die Werktätigen in unserem Land davon erfahren, von vornherein zu verhindern versuchen, daß sich im Kampf gegen das Maulkorb- und Knebelgesetz eine breite Front unter revolutionärer Führung bildet.

Seitdem 1972 auf einer Konferenz der Polizeiminister der Länder zum ersten Mal über ein solches Gesetz verhandelt wurde, ist das Volk systematisch hintergangen worden. Die Abgeordneten des DGB beispielsweise schwiegen und stimmten, so wie sie auch schon für die Notstandsgesetze gestimmt haben, dem Gesetz zu. Die Zahl der Artikel in den letzten Jahren, in der bürgerlichen Presse, in denen das 14. Strafrechtsänderungsgesetz auch nur erwähnt worden ist, kann man an den Fingern einer Hand abzählen. Die Gleichschaltung der Presse ging sogar soweit, daß es nicht eine einzige bürgerliche Zeitung wagte oder wagen wollte, eine Anzeige der Initiative gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz abzudrucken, die immerhin von Ernst Bloch, Hellmut Gollwitzer, Ingeborg Drewitz u. a. unterzeichnet war.

Diese Verschweigetaktik der Bourgeoisie hatte einigen Erfolg. Noch immer gibt es große parlamentarische Illusionen, und viele Menschen, denen die Genossen der Partei den Inhalt des Gesetzes erläuterten, wollten einfach nicht glauben, daß „so etwas bei uns möglich ist". Selbstverständlich hat die Bourgeoisie alles getan, um solche Illusionen noch weiter zu schüren. Die Parole vom „Schutz der inneren Sicherheit", der „Solidarität der Demokraten" gegen die RAF bildete dabei das Hauptablenkungsmanöver. Die Fehler der RAF, ihre Isolation von den Massen ausnutzend, versuchten Presse, Parlamentarier und Regierung den Eindruck zu erwecken, die neuen Maßnahmen zur Faschisierung hätten mit der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen nichts zu tun, richteten sich nur gegen einige wenige „Terroristen". Sie behaupteten, sie seien um den Schutz des Bürgers, seine Freiheit usw. besorgt, während sie in Wirklichkeit dabei sind, ihren Ausbeuterfrieden zu sichern, und mit dem „Schutz der inneren Sicherheit" nur der Schutz der Ausbeuterherrschaft der Bourgeoisie gemeint war.

Die schändlichsten Verräter aber, die auch diesmal der Bourgeoisie einen großen Dienst dabei erwiesen, das neue Maulkorb- und Knebelgesetz so klammheimlich durchzusetzen, waren die modernen Revisionisten der

Fortsetzung auf Seite 2



Am Freitag Abend demonstrierten 400 Menschen in Kiel gegen das faschistische Strafrechtsänderungsgesetz.

Wuppertal

1200 demonstrieren gegen Fahrpreiserhöhungen

Rund 1200 Menschen demonstrierten am 17. 1. 76 gegen die Erhöhung der Fahrpreise im Wuppertaler Nahverkehr. Am 1. Januar waren die Fahrpreise zwischen 17 und 30% gestiegen. Weitere Fahrpreiserhöhungen sind bereits angekündigt. Außerdem sollen die Schülerkarten wegfallen. Im Aufsichtsrat der Wuppertaler Stadtwerke, die die Preiserhöhungen beschlossen hat, ist zu 98% der Stadtrat vertreten. Bereits eine Woche zuvor, am 10. 1. hatten 200 Menschen, meist Jugendliche, aus Protest die Schienen besetzt.



„Kampf den Fahrpreiserhöhungen!" Unter dieser Parole zog der Demonstrationszug durch Wuppertal.

Wie ist es dazu gekommen? Am 18. 12. hatte sich auf Initiative der ROTEN GARDE Wuppertal ein „Komitee gegen die Fahrpreiserhöhungen" gebildet. Die Gründungssitzung des Komitees sollte in einem Wuppertaler Jugendzentrum stattfinden. Versuche der modernen Revisionisten, die dort an der Verwaltung beteiligt sind, diese Sitzung zu verbieten, scheiterten. Sie begründeten ihr Verbot damit, daß jetzt gerade eine Filmveranstaltung stattfinde, die nicht gestört werden dürfe. In der Pause zwischen zwei Filmen konnte in einer Verhandlung mit dem Leiter der Filmgruppe erreicht werden, daß der Raum zur Verfügung gestellt wurde, einige Jugendliche, die eigentlich den Film besuchen wollten, blieben gleich bei der Gründungsver-

Fortsetzung auf Seite 7

Trotz Polizeiterror und Burgfriedensparolen

250 000 spanische Werktätige im Streik

Die Streikbewegung der spanischen Werktätigen gegen die faschistische Ausbeutung und Unterdrückung nimmt immer größere Ausmaße an. In der vergangenen Woche befanden sich bereits über 250 000 Arbeiter und Angestellte der verschiedensten Industriezweige im Streik. Vor allem in Madrid führten die Streikenden große, nach Tausenden zählende Versammlungen in Kirchen oder unter freiem Himmer durch und hielten militante Massendemonstrationen ab.

Die Streiks der spanischen Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen haben das faschistische Regime des „Hampelmannes", wie er von vielen Spaniern genannt wird, Juan Carlos, in eine schwere Krise gestürzt. Durch den brutalen Einsatz der Polizei und mit Versprechungen, vor allem aber durch die Hilfe der revisionistischen und reformistischen Verräter, den Führern der „Arbeiterkommissionen" und der revisionistischen und sozialistischen Partei, versucht das Regime die Streikbewegung zu unterdrücken.

Am 16. Januar scheuten sich die faschistischen Polizeikräfte nicht, eine Demonstration von 2000 Frauen mit Rauchbomben, Tränengas und Gummiknüppeln anzugreifen. Ähnlich brutal hatten die Polizeiverbände auch in den Tagen zuvor immer wieder die Demonstrationen der Arbeiter, die von den Vororten in die Innenstadt von Madrid zogen, mit Gewalt angegriffen, um sie auseinanderzutreiben. Zumeist in den Abendstunden oder nachts umzingelten die Polizisten die Kirchen, die als Streikversammlungsräume dienten, versuchten, die Arbeiter mit Gewalt zu verjagen und ihre Führer zu verhaften. Immer häufiger aber greifen die Arbeiter ebenfalls zum Mittel der Gewalt und setzen der reaktionären Gewalt der faschistischen Garden die gerechte Gewalt des Volkes entgegen.

Fortsetzung auf Seite 11

AUS DEM INHALT

Kampf der Faschisierung

Fortsetzung von Seite 1

D,,K"P. Totschweigen lautete auch ihre Devise. Und, um dem eigentlichen Angriff der Bourgeoisie umso besser zum Durchbruch zu verhelfen, eröffneten sie einen Scheinkampf gegen verschiedene Gesetzesentwürfe der CDU/CSU. Den Regierungsentwurf aber schwiegen auch sie bis zuletzt tot, um dann in der UZ am Tag der Verabschiedung des Gesetzes mit einer Erklärung des Präsidiums der D,,K"P hervorzutreten, in der sie sich als Vorkämpfer gegen den Abbau demokratischer Rechte hinstellen und es sogar zynisch wagen, an ,,alle Demokraten" zu ,,appellieren", den Kampf aufzunehmen. Ein krasser und deutlicher Verrat der modernen Revisionisten der D,,K"P, die sich sonst nicht genug als die aufrechtesten demokratischen Kämpfer rühmen können.

Wichtiger aber ist, daß sie darüber hinaus, und damit erwiesen sie der Bourgeoisie den größten Dienst, Illusionen über den bürgerlichen Staat verbreiteten und, als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus, die Werktätigen zum Kampf gegen das ,,Rechtskartell" auf dem Boden des bürgerlichen Parlaments und der Anerkennung der Verfassung aufriefen.

Die Behauptung vom ,,Rechtskartell", der CDU/CSU, NPD usw. usf. als der Hauptgefahr für die Errichtung einer erneuten faschistischen Diktatur, der gegenüber die gegenwärtige Regierung und die sie tragenden Parteien SPD und FDP das kleinere Übel darstellten, ist Augenwischerei und sehr gefährlich. Es liegt auf der Hand, wie die Tatsachen beweisen, daß es gerade die Regierung ist, die die Faschisierung vorantreibt, wobei die CDU/CSU natürlich, wie die Abstimmung gezeigt hat, keineswegs dagegen ist. Seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze und den darauffolgenden Bundestagswahlen hat die SPD/FDP-Regierung nicht nur eine Reihe von Gesetzen verabschieden lassen — um nur einige zu nennen: das Bundesgrenzschutzgesetz, die reaktionäre Reform der Strafprozeßordnung mit der Einschränkung der Rechte der Angeklagten und Anwälte, das Gesetz über die Vorbeugehaft und jetzt schließlich das 14. Strafrechtsänderungsgesetz — die der verschärften politischen Unterdrückung des Volkes und der Revolutionäre dienen, sondern sie hat auch den kapitalistischen Staatsapparat in nie gekannter Weise für die Unterdrückung der Werktätigen aufgerüstet. **Einen reaktionären und einen vernünftigen Flügel innerhalb der Bourgeoisie, wie uns die modernen Revisionisten suggerieren wollen, gibt es nicht. Mit einer solchen Behauptung lenken die modernen Revisionisten nicht nur ab, sondern sie versuchen auch, Illusionen in den Charakter der Bourgeoisie zu schüren, als ob sie nicht insgesamt eine durch und durch reaktionäre Klasse ist, als ob es doch diese oder jene Gemeinsamkeit zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie geben könnte. Das ist die Politik der Klassenversöhnung, des friedlichen Klassenkampfes, um die Notwendigkeit der proletarischen Revolution zu vertuschen.**

Die Faschisierung, die Perfektionierung und der Ausbau des imperialistischen Staatsapparates, der Armee, der Polizei, der reaktionären Gesetze, der bürgerlichen Klassenjustiz usw. usf. hängt weder vom Zufall, noch von dem guten oder bösen Willen der herrschenden Klasse ab. **Sie ist das unvermeidliche Ergebnis der Verschärfung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat, des wachsenden Kampfes der Werktätigen gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung.** Die Bourgeoisie bereitet die faschistische Diktatur vor, um ihre Herrschaft zu retten. Es wäre eine gefährliche Illusion zu glauben, eine Terrorherrschaft von der Art des Hitlerfaschismus sei heute nicht mehr möglich.

Die Kapitalistenklasse betreibt mit aller Kraft die Faschisierung des Staatsapparates. Angesichts der Faschisierung rufen die modernen Revisionisten dazu auf, ,,für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen im Interesse des werktätigen Volkes" zu kämpfen, wie es in der Präsidiumserklärung der D,,K"P heißt. Gemeint ist damit die Verwirklichung ,,echter" Demokratie im Rahmen der jetzt bestehenden gesellschaftlichen Ordnung. Um die Gefahr des Faschismus zu bekämpfen, Kampf für die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, bis die Arbeiterklasse auf friedlichem Weg die Macht ergreift? Das ist die größte Lüge und der größte Betrug der modernen Revisionisten. **Der Faschismus kann nur durch die proletarische Revolution, den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats verhindert werden.** Gerade weil die modernen Revisionisten wütend gegen diese marxistisch-leninistische Wahrheit auftreten und durch ihre Propaganda über den friedlichen Weg die Arbeiterklasse entwaffnen, und, wie z.B. die tragischen Ereignisse in Chile gezeigt haben, dem Faschismus in Wirklichkeit den Weg bereiten, sind sie auch von der Verfolgung durch das neue Gesetz ausgenommen.

Die UZ wird weiter ungehindert erscheinen können und ihr revisionistisches Gift verbreiten. Das ist die Belohnung der modernen Revisionisten für ihren Verrat und das ist auch das besondere Interesse, das sie daran hatten, den Kampf gerade gegen dieses Gesetz möglichst von vornherein zu verhindern.

Unsere Partei hat den Kampf gegen dieses Gesetz aufgenommen, weil wir noch niemals Rechte kampflos preisgegeben haben. Ohne uns Illusionen darüber zu machen, daß es diesmal möglich sein würde, die Verabschiedung des Gesetzes zu verhindern, haben wir doch den Kampf aufgenommen. Durch die Flugblätter und Aktionen unserer Partei haben viele Menschen zum ersten Mal von dem Gesetz erfahren. Tausende haben die Resolutionen der Partei gegen das Gesetz unterstützt und oft waren es nur die modernen Revisionisten der D,,K"P oder des MSB Spartakus, die offen dagegen stimmten. Tausende haben sich an den Demonstrationen der auf Initiative der Partei zustandegekommenen Aktionseinheiten beteiligt. Im Kampf gegen dieses Gesetz haben sicherlich viele Menschen mehr begriffen, warum es nicht nur notwendig ist, jeder Unterdrückungsmaßnahme mutig entgegenzutreten, sondern auch, daß dieser Kampf auf die sozialistische Revolution gerichtet sein muß, durch die die Arbeiterklasse und alle Werktätigen allein Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung erkämpfen können. Resignation ist fehl am Platze.

Gerade das neue Gesetz zeigt doch, daß die Bourgeoisie, so stark sie auch äußerlich aussehen mag, innerlich schwach und verfault ist, zeigt, daß der Marxismus-Leninismus, die revolutionäre Agitation und Propaganda der Partei auf fruchtbaren Boden fällt. Der Kampf gegen die Faschisierung, gegen den Abbau der demokratischen Rechte, wird auch in Zukunft geführt werden. Aber in diesen Kämpfen ist unsere wichtigste Aufgabe, die Unvermeidlichkeit und den Nutzen der sozialistischen Revolution für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen klarzumachen.

Öffentlicher Dienst

Hunderttausende werden bespitzelt

Anfang Januar veröffentlichte das Bundesinnenministerium einen Bericht, nach dem vom 1. Januar 1973 bis zum 30. Juni 1975 insgesamt ca. 500 000 Bewerber für den öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz auf ihre ,,Verfassungstreue" hin überprüft worden sein sollen. Diese Überprüfungen erfolgten auf der Grundlage des faschistischen ,,Radikalenerlasses" für den öffentlichen Dienst, mit dem der Gesinnungsterror und die Bespitzelung aller Bewerber und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gesetzlich legitimiert wurden.

Verblüffend sind die Zahlen, die das Bundesinnenministerium veröffentlicht hat. Ganze 500000 Bewerber sollen in zweieinhalb Jahren vom Verfassungsschutz überprüft worden sein und ganze 235 Bewerber sollen in den zweieinhalb Jahren abgelehnt worden sein. Tatsache ist, daß die Zahl der Bewerber für Anstellungen im öffentlichen Dienst jedes Jahr einige Hunderttausende beträgt und daß erst einmal jeder Bewerber routinemäßig überprüft wird und daß bereits beim geringsten Verdacht der Verfassungsschutz eingeschaltet wird.

Die Zahlen des Bundesinnenministeriums sind bewußt gefälscht. Den Beweis dafür liefern die Herren Minister selber.

Während das Bundesinnenministerium meldet, daß in Hessen 26 Bewerber in dem genannten Zeitraum abgelehnt worden sind, meldete der Kultusminister Krollmann von Hessen im Juli 75 (in der Süddeutschen Zeitung), daß allein seit Anfang 1974 bereits 53 Bewerber, die vom Verfassungsschutz überprüft worden waren, abgelehnt worden sind. Das ist natürlich ein eklatanter Widerspruch. Aber das Bundesinnenministerium fälscht diese Zahlen nicht ohne Grund.

Würden nämlich die wirklichen Zahlen der Bespitzelung allein der Bewerber für den öffentlichen Dienst veröffentlicht werden, so würde sich deutlich zeigen, wie ,,freiheitlich", wie ,,demokratisch" dieser kapitalistische Ausbeuterstaat tatsächlich ist, der angeblich freie Berufswahl garantiert. Die demokratische Fassade würde weiter abbröckeln.

Die Bespitzelungen durch den Verfassungsschutz, das sind eindeutig Zeichen der Faschisierung.

Freiheit und Demokratie herrschen in diesem Staat nur für die herrschende Klasse, für die Arbeiterklasse, die Werktätigen und die breiten Volksmassen herrscht in diesem Staat nur Unterdrückung. Die Überprüfungen sind Ausdruck davon. Erst im Sozialismus, wenn wir diesen kapitalistischen Staat gestürzt haben, herrscht Freiheit und Demokratie für das Volk.

Wenn Beweise fehlen...

Kronzeugen in politischen Prozessen

Am 16. 1. 76 wurde im Bundestag nicht nur die 14. Strafrechtsänderungsreform beschlossen. Gleichzeitig wurde über weitere Gesetze gegen Revolutionäre und Kommunisten beraten, unter anderem über den berüchtigten Kronzeugenparagraphen. Mit diesem Paragraphen soll eine Praxis legalisiert werden, wie sie bisher schon in jedem ,,RAF-Prozeß" gang und gäbe war.

Fast zur gleichen Zeit, als in Bonn der Kronzeugenparagraph beraten wurde, stellte in Stuttgart-Stammheim die Bundesanwaltschaft den Antrag, den im Juli verhafteten Hoff als Zeugen gegen die Angeklagten zu laden. Schon jetzt ist klar, daß Hoff ,,glaubwürdig" alles bestätigen wird, was die Staatsanwaltschaft den Angeklagten vorwirft. Wie sonst käme die bürgerliche Presse zu der Information, daß seine Aussage den Prozeß erheblich beschleunigen und wahrscheinlich noch vor Jahresende zum Abschluß bringen wird? Immerhin wurde bisher noch mit mindestens zwei Jahren Prozeßdauer gerechnet.

Die bürgerliche Klassenjustiz hat bisher bei allen RAF-Gefangenen die jahrelange Untersuchungshaft damit begründet, daß die Ermittlungen langwierig und kompliziert seien. Sie hat in allen Prozessen Berge von ,,erdrückendem Belastungsmaterial" aufgefahren. Aber sie ist gleichzeitig in keinem Prozeß ohne einen Kronzeugen, ohne ein gekauftes Subjekt wie Ruhland oder einen eingeschleusten Agenten wie Urbach ausgekommen.

Die bürgerliche Klassenjustiz ist in diesem Prozeß — und in Hunderten anderer Prozesse — in der Klemme, daß sie die Angeklagten um jeden Preis verurteilen will, weil sie gegen diesen imperialistischen Staat kämpfen. Auf der anderen Seite kann sie aber nicht einfach sagen (was den Tatsachen entsprechen würde): Ihr seid Revolutionäre, ihr gehört hinter Gitter. Das wäre das Ende der demokratischen Fassade. Deshalb will sie um jeden Preis beweisen, daß es sich hier um Mörder, Räuber, Verbrecher handelt. In einer ganzen Reihe von Prozessen gegen Genossen und Sympathisanten unserer Partei, die wegen angeblicher Körperverletzung, Widerstand usw. angeklagt waren, haben die Richter deshalb einfach erklärt: ,,Tatsachen spielen hier keine Rolle", und ihr Urteil gegen die Tatsachen gefällt. Solch offene Eingeständnisse der Gesinnungsjustiz aber kann sich die bürgerliche Klassenjustiz in Prozessen, in denen es um langjährige, wenn nicht um lebenslängliche Haftstrafen geht, nicht leisten. Ein Proteststurm der Bevölkerung wäre die Antwort. Deshalb braucht sie Zeugen, die durch ihre ,,glaubwürdige Aussage" die fehlenden Tatsachen ersetzen. Zeugen wie Ruhland oder Hoff oder andere.

Bisher hat es solche Kronzeugen fast ausschließlich bei Prozessen gegen die RAF gegeben. Aber der neue Kronzeugenparagraph ist keine ,,Lex RAF". Auch das Gesetz für den Verteidigerausschluß wurde so propagiert, um den Eindruck zu erwecken, hier ginge es gegen einige wenige, alle außerhalb der RAF hätten nichts zu befürchten. Aber inzwischen wurde dieses Gesetz auch bei einem Antikriegstagsprozeß angewandt und es wird in weiteren Prozessen gegen Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen angewandt werden. Für die wenigen noch anstehenden RAF-Prozesse braucht die Bourgeoisie kein neues Gesetz. Sie ist auch bisher ohne Gesetz ausgekommen. Sie will dieses Gesetz, um es in den Hunderten und Tausenden politischen Prozessen, mit denen sie in den nächsten Jahren Kommunisten, Revolutionäre und klassenkämpferische Werktätige verurteilen will, anzuwenden.

Kurz berichtet

KARLSRUHE

Am Samstag, den 10. 1. 76, stellten Genossen aus Karlsruhe an der Hauptpost ein Stellschild mit einer Widmung zum Tode des großen Marxisten-Leninisten Tschou En-lai auf. Sie legten auf der Fahne der Partei ein Kondolenzliste aus, in die sich 20 Karlsruher Werktätige eintrugen. Daneben wurden für 22 DM Werke des Vorsitzenden Mao verkauft und 14 ROTE MORGEN und 2 ROTE GARDE-Zeitungen.

FRANKFURT

Am 18. 12. führte der KSB/ML-Frankfurt eine Veranstaltung zur Frage der Einheit der Marxisten-Leninisten durch, zu der ca. 30 Freunde und Genossen kamen, darunter Genossen des KSV und des KSB. In der nächsten Zeit wird der KSB/ML Stammtische durchführen, auf denen der Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten weitergeführt werden soll.

BREMEN

In Bremen wurde vor kurzem die erste Schulzelle der ROTEN GARDE gegründet. Als erste Aktion klebte und verteilte sie die ,,Rote Schulfront" zu den Rausschmißdrohungen gegen revolutionäre Schüler.

Die Gründung der Schulzelle der ROTEN GARDE wurde durch den Kampf der Partei und einzelner Rotgardisten gegen die Entlassung des kommunistischen Studienrats Jürgen Janz möglich. Jürgen Janz wurde suspendiert und mit Polizeigewalt aus der Schule geholt, weil er aktiv für die Ziele der KPD/ML eintritt. Die Empörung unter der Schülerschaft war groß. An zwei Schulen bildeten sich Komitees gegen die Entlassung. Einige Schüler aus diesen Komitees entschlossen sich, in der ROTEN GARDE zu kämpfen. Außerdem gründete sich eine Gruppe der RHD an einer Schule. Die Schulzelle der ROTEN GARDE führte außerdem eine Veranstaltung gegen die politische Unterdrückung an der Schule durch, zu der etwa 80-100 Schüler, Freunde und Genossen kamen.

AKTIONEN GEGEN DAS STRAFRECHTSÄNDERUNGSGESETZ

Auch in der Woche vor der Verabschiedung des 14. Strafrechtsänderungsgesetzes im Bundestag führten die Genossen der Partei Protestkundgebungen und Demonstrationen gegen das Gesetz durch. Die Arbeitertreffs standen im Zeichen des Kampfes gegen das Gesetz. In **Kiel** demonstrierten am Tag der Verabschiedung des Gesetzes 400 Menschen. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatte die Partei, die GRF (KPD), der KBW, der AStA der Universität und der AStA der PH sowie verschiedene Komitees. Diese Demonstration stieß bei der Bevölkerung auf großes Interesse. Am Samstagabend fand eine gemeinsame Veranstaltung der Partei, des Rote-Fahne-Freundeskreises und der CISNU gegen das Gesetz statt. Ebenfalls am Freitag fand in **Gießen** eine Demonstration statt, an der sich 200 Menschen beteiligten. Aufgerufen hatten die Partei, der KBW, die CISNU sowie 3 örtliche revolutionäre Organisationen.

Nach der Verabschiedung des Gesetzes führten die Genossen in **Friedrichshafen** gemeinsam mit dem KBW in der Innenstadt eine Kundgebung durch. Während der Kundgebung wurde über die Fußgängerzone ein großes Transparent mit der Aufschrift ,,Weg mit dem Maulkorbgesetz!" gespannt, was große Aufmerksamkeit erregte. In **Dortmund** war während des ganzen Samstagvormittags ein Propagandastand in der Innenstadt aufgebaut. Mittags hielten die Genossen eine Kundgebung ab.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage ,,Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,— DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Abonnementen davon sind Geschenkabonnements.

Ungarischer Alltag: Bestechung und Korruption

Es vergeht in den revisionistischen Ländern kein Parteitag, kein Gewerkschaftskongreß, wo nicht auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, „die Arbeitsproduktivität zu erhöhen", „die Arbeitsdisziplin zu steigern" usw. Die revisionistischen Zeitungen sind täglich voll von dieser Propaganda. Natürlich wird dabei stets behauptet, das alles sei doch nur im Interesse der Arbeiter selbst. In wessen Interesse diese Propaganda in den revisionistischen Ländern tatsächlich betrieben wird, wem sie tatsächlich zu seiner Bereicherung dient, erfährt man unter anderem aus der Zeitung der ungarischen Revisionisten „Nepszabadsag" selbst. Dort wurde im Dezember über einen kriminellen Fall von Erpressung mehrerer Arbeiter durch einen Kontrolleur berichtet. Dieser Fall zeigt jedoch zugleich die Kriminalität des ganzen revisionistisch-kapitalistischen Systems, das solche Fälle überhaupt erst möglich macht aber daran ist eigentlich nur, daß dieser Fall ans Tageslicht kam, denn in jedem Betrieb sind diese Methoden gang und gäbe. Tatsächlich kam dieser Fall auch nur rein zufällig ans Tageslicht, weil bei der betreffenden Ölfirma eine Untersuchung durchgeführt werden mußte, da dort tankwagenweise Heizöl verschoben wurde und die Verantwortlichen sich das Geld in die eigene Tasche gesteckt hatten.

„Es ist allgemein bekannt", berichtet einleitend die Zeitung „Nepszabadsag", *„daß die Tankwarte wegen der Trinkgelder, die sie dort erhalten, bei den Tankstellen bleiben wollen, wo viele Autos vorbeifahren. Bei diesen Tankstellen kann man deswegen leicht Disziplin halten. Jeder Tankwart weiß, daß derjenige, der etwas vorschriftswidriges tut, von dem guten Lohn Abschied nehmen muß und ins Lager kommt, wo er Ölfässer rollen muß."*

Dies kapitalistische Entlohnungsprinzip greift die revisionistische Zeitung natürlich nicht an. Sie „empört" sich im Folgenden nur über einen Kontrolleur der Tankwarte, der sich dies zunutze machte, um die Arbeiter zu erpressen.

Wie die Zeitung berichtet, ging der neue Kontrolleur mit großen Eifer an die Arbeit. Er führte bei zwei Tankwarten Alkoholkontrollen durch. Das Ergebnis: 0,2 Promille. Der Kontrolleur schreibt es in seinem Bericht. Als die Arbeiter nun fragen, was mit ihnen jetzt passieren wird, antwortet ihnen der Kontrolleur, sie sollen ihn am Abend anrufen. Sie vereinbaren einen Treff in einem Espresso, wohin die beiden Arbeiter mit einer Flasche Whisky und zwei Stangen amerikanischen Zigaretten kommen. Der Kontrolleur jedoch empört sich: *„Glauben Sie, daß damit alles in Ordnung ist? Nur wenn sie drei Scheine pro Kopf zahlen, werde ich ihre Sauferei vergessen."* Er gibt sich sogar großzügig, denn er „begnügt" sich damit, daß die beiden Arbeiter die je 3000 Forint in Raten abzahlen. Zum Vergleich: der Durchschnittslohn eines Arbeiters liegt bei 2500 Forint.

„Allgemein konnte man mit 3000 Forint eine Sache vertuschen", fährt die revisionistische Zeitung in ihrem Bericht fort. *„Wenn jemand für längere Zeit Ruhe haben wollte, der brachte mit 5000 Forint den Hauptkontrolleur zum Schweigen."* Wer aber dem Kontrolleur nicht paßte oder wer nicht genug zahlen konnte, der kam zu den Tankstellen, wo kein Auto vorbeifährt, oder er kam ins Lager, um Ölfässer zu rollen. Ein Tankwart zum Beispiel sicherte sich einen Platz bei der besten Tankstelle mit 5000 Forint. **Innerhalb eines Jahres erpreßte der Kontrolleur so allein von 25 Arbeitern 80000 Forint (pro Arbeiter im Durchschnitt 1 1/3 Monatslohn!) Dazu noch mengenweise „Geschenke" wie Whisky und Zigaretten ja sogar Kleinstfernsehgeräte.**

Für die revisionistische Zeitung „Nepszabadsag" ist das ganze eine *„sonderbare Geschichte"*. Sonderbar

Wirtschaftskriminalität, Erpressung und Korruption sind organische Teile der revisionistisch-kapitalistischen Wirtschaft, die auf der Grundlage der Ausbeuterordnung, der Ausplünderung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen aufblühen können. Der Kontrolleur konnte nur deswegen die 80000 Forint von den Arbeitern erpressen, weil, wie die Revisionistenzeitung ja selbst feststellte: *„Jeder Tankwart weiß, daß derjenige, der etwas vorschriftswidriges tut, von dem guten Lohn Abschied nehmen muß..."* Diese ausbeuterische Art, die Arbeitsdisziplin durchzusetzen, ermöglichte dem Kontrolleur überhaupt erst sein Vorgehen. Mag die Zeitung der ungarischen Revisionisten sich scheinheilig über den Kontrolleur empören. Er tat nichts anderes, als die Propaganda der ungarischen Revisionisten, die für die Profitsteigerung der neuen ungarischen Bourgeoisie bestimmt ist, für sich selbst auszunutzen. Ihm brachte das 80000 Forint, der neuen ungarischen Bourgeoisie aber bringt diese Propaganda von der verschärften Arbeitsdisziplin Millionen und Abermillionen höhere Profite. Das schwere Los aber hat die ungarische Arbeiterklasse zu tragen, der dieses System von Ausbeutung, Unterdrückung, Korruption und Kriminalität auch noch als „Sozialismus" gepriesen wird.

Prognoseabteilungen in RGW-Ländern aufgelöst

In Moskau wird anders gerechnet

Korrespondenz. — Vor einigen Jahren machte man in den osteuropäischen revisionistischen Ländern viel Reklame um ein geplantes „RGW-Hüttenwerk" bei Kursk in der Sowjetunion. Es sollte von allen Staaten des „Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) finanziert werden — mit Ausnahme der Sowjetunion und Polens, die das Eisenerz und den Koks liefern sollten. Das Hüttenwerk sollte seine Produkte in alle Länder des RGW liefern. Das bedeutete für die russischen Sozialimperialisten: Vollständige Kontrolle nicht nur über die Stahlproduktion der RGW-Länder, sonder auch über einen Großteil des polnischen Steinkohle-Exports.

An alle Stahlwerke im Bereich des RGW erging damals von Moskau aus der Befehl, sogenannte „Prognose-Abteilungen" einzurichten und festzustellen, welche Produkte des Hüttenwerks für sie, bezogen auf ihr investiertes Kapital, am kostengünstigsten wären.

Die „Prognostiker" machten sich also an die Arbeit und kamen einhellig zu dem Ergebnis: Pellets (Roheisenkugeln mit 30% Schlackeanteil, also ein Produkt auf verhältnismäßig niedriger Verarbeitungsstufe) liegen am kostengünstigsten. Die Ergebnisse gingen an die Moskauer RGW-Zentrale. Doch dort rechnet man eben anders. Zensiert wurden die Ergebnisse den „Prognose-Abteilungen" zurückgeschickt: Nicht Pellets, sondern Fertigmaterial muß herauskommen! (Fertigmaterial bringt natürlich den russischen Sozialimperialisten einen weitaus größeren Profitanteil und verstärkt noch weiter die Abhängigkeit der RGW-Länder). Die „Prognostiker" rechneten also noch einmal alles nach, zogen neue Faktoren mit in Betracht und — es konnte keine Zweifel für sie geben — kamen wieder zum gleichen Ergebnis: Für die anderen Länder wären Pellets kostengünstiger als Fertigmaterial.

Was sich hier zeigte, war, daß die „Prognose-Abteilungen" in den RGW-Ländern eine Fehlkalkulation der neuen Kremlzaren waren: solange man jemanden relativ freie Hand bei seinen Untersuchungen läßt, kann eben doch einmal die Wahrheit herauskommen. **Die Reaktion in Moskau war nur folgerichtig: Die „Prognose-Abteilungen" wurden aufgelöst, das Hüttenwerk wird unter sowjetischer Regie von Krupp gebaut, die RGW-Staaten werden zur Abnahme von sowjetischem Fertigmaterial kurzerhand gezwungen.**

Glaubt man der sowjetischen Propaganda, so ist eine der Hauptsorgen der Sowjetunion, die übrigen RGW-Länder mit den für ihre Wirtschaft notwendigen und auf dem Weltmarkt sehr gefragten Rohstoffen und Brennstoffen zu beliefern. Tatsächlich aber sind alle Objekte der sogenannten „Zusammenarbeit" konkrete Beispiele dafür, wie die russischen Sozialimperialisten die anderen RGW-Länder nach Strich und Faden ausbeuten, sowie deren Abhängigkeit vom russischen Sozialimperialismus zu festigen. So werden die Satellitenstaaten einerseits gezwungen, Milliarden und Abermilliarden Rubel in die sowjetische Wirtschaft zu investieren. Und nicht nur, daß diese Länder Geld zur Verfügung stellen müssen, auch für den Aufbau der verschiedenen Projekte,insbesondere in den unwegsamen Gebieten Sibiriens, müssen Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden. Die Kontrolle aber über diese Betriebe führt allein der russische Sozialimperialismus, sie sind sowjetische Betriebe. Die Satellitenländer müssen sich mit der Hoffnung begnügen, daß sie die ihnen zugesicherten Lieferungen dieser Werke später tatsächlich auch erhalten. Oft genug bereits haben die russischen Sozialimperialisten kurzerhand diese zugesicherten Lieferungen, wie zum Beispiel beim Erdöl, gekürzt bzw. gestoppt. Andererseits aber werden diese Länder zugleich verpflichtet, die Produktion in ihren Ländern entsprechend den sowjetischen Bedürfnissen auszurichten. Sei es, daß die CSSR z.B. ihre Steinkohlenindustrie zugunsten des sowjetischen Gases einschränken muß, sei es, daß die DDR, Polen und Ungarn zahlreiche Betriebe auf die Produktion von Rohren kurzerhand umstellen müssen, sei es, daß die Stahlwerke der anderen RGW-Länder gezwungen werden, sowjetisches Fertigmaterial abzunehmen.

Der RGW — das ist nichts anderes als ein Instrument des Neokolonialismus in den Händen der russischen Sozialimperialisten, um die übrigen Mitgliedsländer auszuplündern, zu unterdrücken und zu unterwerfen.

Aus aller Welt

PANAMA

Tausende Einwohner der verschiedenen Städte Panamas versammelten sich am 9. Januar auf dem Platz Poraz-Plaza der Stadt Panama und bekundeten ihren Widerstand gegen die gesetzwidrige Besetzung des Panamakanals durch die imperialistischen US-Streitkräfte sowie ihre Entschlossenheit, den Kampf bis zur Erringung der Souveränität über die Kanalzone fortzusetzen.

In einer Rede dazu würdigte der Stellvertretende Präsident Panamas den Kampf des panamaischen Volkes für die Unabhängigkeit des ganzen Landes einschließlich der Kanalzone. Er verwies darauf, daß Panama sich nicht ergeben und niemals auf seinen Kampf verzichten wird, der amerikanischen Besatzungstruppen aus der Kanalzone zu vertreiben.

ALBANIEN

Auf Einladung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens hielt sich eine Delegation der Kommunistischen Partei Ekuadors/Marxisten-Leninisten zu einem Besuch in Albanien auf. Die Delegation wurde im Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens empfangen und führte mit den Mitgliedern des Politbüros und Sekretären des Zentralkomitees der Partei der Arbeit, Hysni Kapo und Ramiz Alia, herzliche und freundschaftliche Gespräche. Während ihres Aufenthalts in Albanien besuchte die Delegation die Stadt Tirana und die Bezirke Korca und Elbasan. Sie hatte Kontakt mit Arbeitern, Genossenschaftsbauern, mit Freiwilligen der Jugendaktionen und mit führenden Genossen der Parteiorganisationen. Ihnen gegenüber brachte sie ihre Begeisterung über die beharrliche Arbeit und die in Albanien bei der ideologisch-politischen Erziehung und revolutionären Stählung der werktätigen Massen und beim sozialistischen Aufbau des Landes erzielten Erfolge zum Ausdruck.

PORTUGAL

Die Lage der breiten werktätigen Massen in Portugal wird infolge des starken Produktionsrückgangs, der ständigen Preissteigerungen, der Zunahme der Arbeitslosenzahl usw. immer schwieriger. Offiziellen Angaben zufolge fiel die industrielle Gesamtproduktion um 15%. Das hat unter anderem dazu geführt, daß die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr fünfmal größer ist. Gleichzeitig steigen die Preise ständig. Im Jahr 1974 stiegen sie um 25%, während diese Ziffer in diesem Jahr auf 30% stieg. Stark sind die Preise für Nahrungsmittel gestiegen wie Brot, Fleisch usw. Es wird ebenfalls gemeldet, daß im Vergleich zum Vorjahr die Inflation etwa um das Doppelte zugenommen hat. In der Zukunft soll diese Ziffer noch mehr steigen.

USA

Seit fünf Wochen schon streiken die amerikanischen Lehrer von Pittsburg. Die Lehrer dieser Stadt fordern höhere Löhne, um den steigenden Lebenshaltungskosten gewachsen zu sein. Sie fordern ebenfalls einen gesicherten Arbeitsplatz und protestieren gegen die Entlassungen. Doch anstatt diese Forderungen der Lehrkräfte zu erfüllen, erhöhten die kapitalistischen Schulbehörden noch mehr die Belastung der Lehrer und leugneten willkürlich zahlreiche Punkte des mit ihnen unterzeichneten Vertrages. Dagegen kämpfen die Lehrer der Pittsburger Schulen seit dem 1. Dezember. Die Behörden haben alles daran gesetzt, um diesen Kampf zu untergraben. Sie gingen sogar soweit,ein Dekret zu erlassen, das den Lehrern untersagt zu streiken. Dennoch sind die Pittsburger Lehrer entschlossen, ihren Kampf bis zuletzt fortzusetzen. Ein Vertreter der Streikenden erklärte, daß die Lehrer ihren Streik trotz des gegen sie erlassenen Dekrets nicht beenden wollen.

SÜDWESTAFRIKA

Ein Führer der Volksorganisation Südwestafrikas SWAPO erklärte dieser Tage, daß das Vorster-Regime beabsichtige, einen 60-70 km breiten Landstreifen im Süden Angolas zu annektieren, um seine Anlagen am Cunene-Fluß zu verteidigen und das ganze Hinterland der namibischen Guerilla zu zerstören. So will das reaktionäre Regime Südafrikas zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: 1. In Angola eindringen und seine räuberischen Klauen auf Angola legen, und 2. angolanisches Gebiet als Stützpunkte für seine Söldnertruppen benutzen, um den Widerstand der namibischen Patrioten und aller übrigen für die Freiheit und wirkliche Unabhängigkeit kämpfenden fortschrittlichen Kräfte zu unterdrücken.

LATEINAMERIKA

Die lateinamerikanischen Länder, die Bananen erzeugen, setzen ihren Kampf gegen die Plünderung und Ausbeutung durch die US-Gesellschaften für die Verteidigung ihrer nationalen Interessen fort.

Im vergangenen Jahr verstaatlichte die panamaische Regierung die Bananenplantagen und die entsprechenden Anlagen, die sich in Händen der amerikanischen Gesellschaft USS United Brands Company befanden. Costa Rica erhöhte die Steuern für den Bananenexport um das Doppelte und beschlagnahmte 40000 ha unbebautes Land der US United Brands Company.

Honduras annullierte alle an ausländische Bananengesellschaften gewährten Konzessionen und schuf seine eigene Bananengesellschaft.

Die amerikanischen Bananengesellschaften haben gegenüber diesen gerechten Maßnahmen großen ökonomischen und politischen Druck ausgeübt, ja sie haben sogar versucht, Putsche und Morde zu inszenieren. Doch die Bananenerzeugerländer haben sich diesen Drohungen nicht gebeugt. „Der von den multinationalen Gesellschaften ausgeübte Druck", sagte der Industrie- und Handelsminister Panamas Fernando Mandiero, „kann niemand mehr einschüchtern, denn wir werden uns nicht dieser überholten und schändlichen Ausbeutung beugen!"

ENTWICKLUNGSLÄNDER

1975 war ein Jahr, in dem die Entwicklungsländer das Erdöl erfolgreich als Waffe in ihrem Kampf gegen die neokolonialistischen Ziele der imperialistischen Mächte einsetzten. Im Jahr 1975 führten eine Reihe von Entwicklungsländern einen heftigen Kampf, um ihre Souveränität über ihr wertvolles nationales Vermögen, das Erdöl, zu errichten. Kuweit brachte sämtliche Aktionen und Einkünfte der „Kuweit-Oil-Company", das vom ausländischen Kapital kontrolliert wurde, unter seine Kontrolle. Venezuela verstaatlichte die Erdölindustrie vollkommen. Algerien kontrolliert 80% der Erdölförderung des Landes. Saudi-Arabien, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate, Lybien und Nigeria besitzen 50-60% der Erdölaktion der ausländischen Gesellschaften. Die Erdölförderländer vertieften den Kampf, um neue internationale Wirtschaftsbeziehungen herzustellen, die erlauben und garantieren, die Preise auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils, zur Verteidigung ihrer Interessen festzulegen.

1975 war gleichzeitig auch das Jahr der weiteren Festigung der Einheit und Zusammenarbeit der Erdölförder- und übrigen Entwicklungsländer, was wichtige Faktoren sind, um ihre vollständigen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Befreiung zum Sieg zu verhelfen.

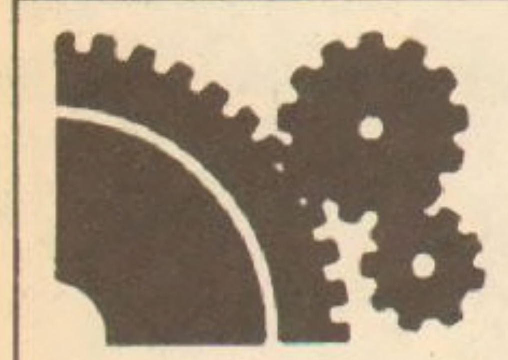
ISRAEL

Am 5. Januar traten über 10000 Arbeiter in Eilat in einen Generalstreik, um gegen den reaktionären Beschluß der israelischen Behörden, die Timna-Kupfergruben zu schließen, zu protestieren. Die Verwirklichung dieses Beschlusses, mit dem die israelischen Behörden ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf den Rücken der Arbeiter abwälzen wollen, würde 700 Kumpels arbeitslos machen. Der Streik legte den Hafen von Eilat völlig lahm, der Flughafen, die Schulen und Banken mußten geschlossen werden. Auch die Funktionsfähigkeit der Ölpipeline nach Eschkalon wurde erheblich beeinträchtigt. Die empörten Arbeiter stellten den israelischen Industrie- und Handelsminister, der nach Eilat geeilt war, um den Streik zu unterdrücken, auf offener Straße und zwangen ihn, zu versprechen, daß die Kupfergruben nicht geschlossen werden.

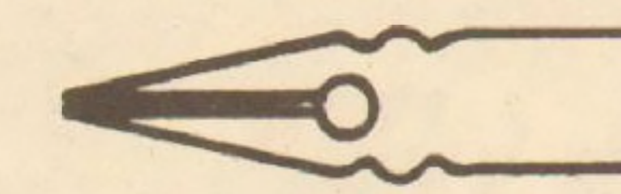
EKUADOR

Mehrere hundert Studenten der Universitäten und Hochschulen Quitos und Guayaquils in Ekuador führten in der letzten Woche Protestdemonstrationen gegen die neuen Preiserhöhungen und die Teuerung der Lebenshaltungskosten durch. Die Demonstrationen der Studenten nahmen große Ausmaße an. Zahlreiche Schüler anderer Schulen der Hauptstadt bekundeten ihre Solidarität mit den gerechten Forderungen der Studenten. Davon in Angst versetzt, ließ der inzwischen abgesetzte Präsident Lara die Polizei aufmarschieren. Die Studenten antworteten aber auf die Gewalt der Polizei mit heftigem Kampf. Um den Polizeitrupps den Durchgang zu sperren, errichteten die Studenten Barrikaden, so daß die Straßen Quitos gesperrt sind. Die demonstrierenden Studenten sind entschlossen, die Demonstrationen so lange fortzusetzen, bis die Regierung ihre gerechten Forderungen erfüllt.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Streik bei Benteler

BIELEFELD

Am 8. 1. streikten bei den Benteler-Werken rund 120 Akkordarbeiter. Der Streik war die richtige Antwort der Arbeiter auf dauernde ,,kleinere" Akkordänderungen der Kapitalisten. Als die Kapitalisten sogenannte Ausfallzeiten nicht mehr bezahlen wollten, war das Maß voll. Nach dem Frühstück wurden die Maschinen nicht mehr angestellt. Die Arbeiter der ,,Mechanischen" zogen in die Rohrloherei, die Schleiferei und die Honerei. Alle schlossen sich an. Andere, kampfschwächere Abteilungen führten im Laufe des Tages kurze Solidaritätsstreiks durch. Im Laufe des Tages wurde viel über die Gewerkschaften, den Betriebsrat und über die Siutation im Betrieb diskutiert. Die Kapitalisten und der Betriebsrat ließen sich kaum blicken, in der Hoffnung, der Streik würde doch bald zusammenbrechen.

Als der Streik am 9. 1. weiterging, entwickelte dann die hiesige Ortsverwaltung der IGM eine nie gekannte Aktivität. In pausenlosen ,,Verhandlungen" mit den Kapitalisten einerseits sowie in Reden vor den streikenden Arbeitern versuchte der 2. Sekretär der Bielefelder IGM, ,,Kollege" Wullenkord, den Streik abzuwürgen. Er brauchte dazu noch bis 14.45 Uhr. Dann gelang es ihm mit Hilfe von Versprechungen, die Streikfront aufzuweichen, so daß der Streik zusammenbrach.

Der Streik zeigte aber deutlich, daß wir nicht länger gewillt sind, die Krisenlasten auf unseren Schultern zu tragen. Weiter schafften diese beiden Tage sowie das Verhalten des IGM-Apparates bessere Klarheit über die Gewerkschaftsfrage in den Köpfen vieler Arbeiter.

Rot Front, ein Kollege aus Bielefeld.

Protestresolution

,,Wir protestieren hiermit durch unsere Unterschrift gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz, das Aufrufe und Sympathieerklärungen zu den Kämpfen der werktätigen Massen (z.B. ,,wilde Streiks", Kampf gegen Bombenabwurfplätze, Umweltverschmutzung, Fahrpreiserhöhungen etc.) verbieten soll. Insbesondere sollen die kommunistische Agitation und Propaganda verboten werden.

Dieses geplante Gesetz ist seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze der schärfste Angriff auf die demokratischen Rechte des Volkes und soll der Vorbereitung der erneuten faschistischen Diktatur wie unter Hitler über die Arbeiterklasse und alle Werktätigen dienen. Wir fordern: **WEG MIT DEM FASCHISTISCHEN MAULKORBGESETZ!"**

Verabschiedet von 9 Arbeiterinnen einer Produktionsabteilung der Beiersdorf AG in Hamburg.

Literaturverkauf in Schichtpausen

Liebe Genossen!

Im Umkleideraum meiner Abteilung bei Beiersdorf habe ich vor Weihnachten an zwei Tagen einen Büchertisch mit chinesischer Literatur, mit Scherenschnitten, Malereien etc. aufgebaut (angekündigt hatte ich das vorher durch eine Wandzeitung). Obwohl die Kolleginnen wenig Zeit hatten, sich die verschiedenen Sachen anzusehen (im Schichtbetrieb haben wir nur 2mal 1/4 Stunde Pause), war diese Aktion ein Erfolg und hat gezeigt, daß das Interesse der Arbeiter an der Volksrepublik China groß ist. Ich habe am Arbeitsplatz und in den Pausen viele Gespräche führen können über Kunst und Kultur des chinesischen Volkes, über die Behauptung und Festigung der Diktatur des Proletariats und auch über Chinas Außenpolitik (die Kollegen hatten Fragen gerade zu den Ausführungen der chinesischen Genossen zur Kriegsgefahr, die anläßlich des Schmidt-Besuchs in der bürgerlichen Presse abgedruckt waren). Ich habe insgesamt Bestellungen für 114,50 DM entgegengenommen.

Rot Front! Eine Genossin aus Hamburg.

DGB-Lehrgang nicht für Kommunisten

Liebe Genossen!

Bei uns auf der Klöcknerhütte Bremen macht der D,,K"P-beherrschte Betriebsrat z.Z. aktiv Reklame für Bildungsurlaub, den die Kollegen auf Lehrgängen verbringen sollen, die vom DGB, von der Arbeiterkammer und anderen für den Klassenfrieden zuständigen Organisationen veranstaltet werden. Da das politische Bewußtsein der Kollegen sich im vergangenen Jahr schnell entwickelte, besonders aufgrund der Wirtschaftskrise, halten es die Bonzen wohl für nötig, die zerbröckelnden Illusionen der Kollegen auf solchen Lehrgängen neu zu festigen. Die Themen sind danach: ,,Mitbestimmung – ein Schritt zur Interessenfindung der Arbeitnehmer in Betrieb und Gesellschaft", ,,Reformpolitik für Arbeitnehmer?" Worum es geht, konnte ich auch merken, als ich mich im Betriebsratsbüro nach Programmen und Anmeldeformularen erkundigte. Ich bin im Betrieb als Kommunist bekannt, und so konnte man mir leider nichts Genaues sagen. Die Verantwortlichen wären auch für unbestimmte Zeit verreist, ich sollte vielleicht mal bei der Gewerkschaft anrufen oder bei der Volkshochschule usw. Unser Bereichsbetriebsrat (D,,K"P) hat unter der Hand schon eine ganze Reihe von Kollegen, die ihm geeignet erschienen, für einen Lehrgang zusammengestellt. Als wir ihn auffordern, das gesamte Programm bekanntzumachen, sagte er, er habe es im Schaukasten ausgehängt — was nicht stimmte. Mögen sie sich einbilden, sie könnten uns auf diese Tour aus den Lehrgängen raushalten — sie werden sich ein weiteres Mal täuschen.

Ein Genosse aus Bremen.

Klöckner: Kurzarbeit und ,,Blockstillstände"

Liebe Genossen!

Bei uns auf der Klöckner-Hütte Bremen spielt sich die Kurzarbeit so ab, daß neben den regelmäßigen Feierschichten auch noch sogenannte ,,Blockstillstände" gefahren werden. Monatelang wird das letzte aus den Anlagen herausgeholt, ohne daß die nötigen Reparaturen durchgeführt werden. Dann werden die Kollegen, die in der Produktion arbeiten, in ,,Kurzarbeit' geschickt und kriegen ihre 68% Kurzarbeitergeld vom Staat. Die Reparaturkolonnen haben dann freie Bahn, die Anlagen wieder in Schuß zu bringen. Das ist der plumpe Trick mit den ,,Blockstillständen", der schon manchem Kollegen die Augen geöffnet hat, daß der Staat nicht etwa für alle da ist, sondern dafür, Klöckner auf unsere Kosten reich zu machen.

Diesmal ist ihre Rechnung nicht ganz aufgegangen. Wichtige Anlagen an unserem Super-Hochofen II (der schon vor über einem Jahr eingemottet wurde) drohten kaputtzugehen, weil sie wegen dem Stillstand der anderen Hochöfen nicht richtig beheizt werden konnten. Einen Tag vor Sylvester mußte ein anderer Hochofen angeblasen werden, der planmäßig bis zum 5. Januar stillstehen sollte. Telegramme wurden verschickt, um Kollegen zu den Feiertagen ins Werk zu holen. 3000 Tonnen Roheisen (ein Wert von über einer Million Mark) stachen wir in diesen Tagen ab, aber das Eisen wurde nicht weiterverarbeitet, sondern aufgrund des Absatzmangels einfach abgekippt. So vernichtet der Kapitalismus die Früchte unserer Arbeit. Der Zwischenfall hat aber auch gezeigt, wie verwundbar die Kapitalisten durch Kampfaktionen der Belegschaft sind. Setzen wir die Öfen still, haben es die Kapitalisten in der Hand, durch Nachgeben ihre Anlagen zu retten.

Ein Genosse aus Bremen.

Gespräch mit 2 Kollegen

Demag-Kunstofftechnik/Kalletal endgültig stillgelegt!

1969 hatten die Mannesmann-Kapitalisten unter der Firmierung Demag den früheren Betrieb Albert Stübbe KG aufgekauft.

Während der Bevölkerung versprochen wurde, mit der Hilfe von Demag würden mehr als 1000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, hatten sie in Wirklichkeit die Pläne zur allmählichen Schließung des Betriebes schon fix und fertig. Die Demag-Kapitalisten interessierte dabei nur, mit dem Betrieb auch die Patente für die sogenannten ,,Stübbe-Maschinen" aufzukaufen und so ihre Monopolstellung auf diesem Gebiet zu sichern.

Gemäß diesem Plan erfolgten bereits 1972 Massenentlassungen. Bis 1975 wurden dann noch die Hälfte der Kollegen auf die Straße gesetzt. Als am 9. 1. 75 die noch übriggebliebenen Kollegen von der endgültigen Stillegung erfuhren, nahmen sie mit Warnstreiks, Demonstrationen, kurzen Arbeitsniederlegungen und der Betriebsbesetzung vom 2. März 75 den Kampf für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze auf; nachdem zuvor der ,,Kampf" des Betriebsrates darin bestand, die Massenentlassungen zu verheimlichen und wenn sie akut waren, um die Höhe der Entlassungen zu feilschen.

Trotz der hohen Kampfbereitschaft der Kollegen ist jetzt der Betrieb endgültig stillgelegt worden. Wir sprachen mit einigen Kollegen, um zu erfahren, wie ist die Lage der Kollegen nach der Stillegung und welche Sorgen und Vorstellungen haben sie für die Zukunft?

RM: Wie lange haben sie bei Stübbe/Demag gearbeitet?

Kollege: Ich war, das heißt ich bin jetzt 11 Jahre bei Stübbe/Demag. Ich gehöre zur Restbesatzung, die die Auflösung des Werkes regelt. Hier bleiben dann nur noch leere Hallen, die Maschinen werden verkauft oder in das Werk Nürnberg geschafft.

RM: Meinen Sie, daß die Stillegung schon lange vorher geplant war?

Kollege: Es ist ihnen nicht gelungen, das Gegenteil zu beweisen! Mit dem Kauf von Stübbe hatte Demag/Mannesmann 30% des deutschen Marktes in den Händen, damals war der Kunststoffmarkt noch nicht gesättigt, jetzt wo er es ist, bleibt das Werk in Kalletal auf der Strecke.

RM: Können sie uns etwas über die Entwicklung des Kampfes sagen?

Kollege: Das Werk in Kalldorf war hier bekannt für seine ,,rüde Mannschaft". Auch vorher sind die Brokken hier schon öfters hingeflogen, wenn den Kollegen was nicht paßte. Es hat stundenweise Streiks und kurze Warnstreiks gegeben. Nicht umsonst wurden hier in Kalldorf die höchsten Löhne im ganzen Konzern gezahlt. Anfang 75 war es den Kollegen klar, daß das Werk aufgelöst werden sollte. Mitte 75 hat es die ersten Kündigungen gegeben. Wir haben darum gekämpft, daß sie nicht geschlossen wurde.

RM: Wie hat sich die Gewerkschaft verhalten?

Kollege: Ich meine, der Betriebsrat ist davon ausgegangen, daß das Werk nicht zu halten ist und hat uns davon nichts erzählt. Außerdem hab ich den Eindruck, daß die örtlichen Gewerkschafter zurückgepfiffen worden sind. Loderer, der selbst in Kalldorf war, nahm die Schließung so hin.

RM: Wie stehen die Kollegen dazu?

Kollege: Also mein Eindruck ist, daß sie sich von der Gewerkschaft verlassen fühlen. Streikgelder sind nicht gezahlt worden. Die Besetzung ist von der Gewerkschaft nicht unterstützt worden, weil sie nicht legal war.

RM: In ein paar Wochen sind Sie dann ja auch ohne Arbeit. Haben Sie schon eine neue Stelle in Aussicht?

Kollege: Nein, für mich gibt es in diesem Raum wohl auch keine Arbeit. Einige Facharbeiter können wohl unterkommen, aber für die Angestellten und die ungelernten Arbeiter sieht die Lage katastrophal aus. Ich werde wohl hier wegziehen müssen.

RM: Vielen Dank für dieses Gespräch.

daß der Konzern einen Käufer finden wollte oder angeblich schon gefunden hat. Wir sollten übernommen werden. Als 100%ige Versprechung galt: Viele Kollegen im Mannesmann-Konzern durch sogenannte Umbesetzungen unterzubringen. Die Zahl war immer dabei unklar. Wir hätten dann umziehen müssen. Auch keine gute Lösung, denn viele Kollegen haben sich hier ein kleines Häuschen gebaut. Das Nächste wäre Brackwede gewesen; aber das sind auch fast 2 Stunden Fahrtweg. Von den Politikern wurde gesagt, hier sollte neue Industrie angesiedelt werden. Auf jeden Fall würde man alles für uns tun, damit wir möglichst hier wieder Arbeit bekommen. Die Gewerkschaft meinte, sie würde alles Erdenkliche tun und die Regierung ließe uns schließlich auch nicht im Stich.

RM: Und was ist aus diesen Versprechungen geworden?



Im Januar 1975 demonstrierten die Stübbe-Arbeiter in Kalldorf schon gegen die Stillegungsabsichten.

Gespräch mit einem zweiten Kollegen

RM: Wie lange waren Sie hier im Kalldorfer-Werk tätig?

Kollege: Als 1969 das Schalker-Mannesmann-Werk stillgelegt wurde, bin ich nach Kalldorf gekommen, weil hier der Arbeitsplatz sicher sein sollte. Kurz vor den Entlassungen 1972 (bei Stübbe/Demag) habe ich dann selbst gekündigt. Ich hatte eine Stelle auf dem Bau in Aussicht. 1973 wurde bei Stübbe/Demag wieder von Einstellungen gesprochen. Ich bin dann wieder dort angefangen. Der Personalchef Langer sagte bei meiner Wiedereinstellung: 'Daß Sie mir nicht wieder kündigen, Sie können wir doch immer gebrauchen.' Heute liege ich wieder auf der Straße.

RM: Wenn die Kapitalisten uns brauchen, sind wir gut genug.

Kollege: Genau, erst machen sie Versprechungen, sagen, ich werde immer gebraucht, weil ich gute Arbeit gemacht habe. Haben sie dann genug an uns verdient, kriegen wir einen Tritt.

RM: Wie war das während des Kampfes im letzten Jahr?

Kollege: Das war einmalig, wie Kollegen haben alle zusammengehalten, das hatten wir vorher nicht gedacht, daß das so gut klappen wird. Es war wirklich eine gute, kämpferische Stimmung unter uns. Sowas habe ich noch nicht einmal im Ruhrgebiet erlebt. Aber gegen einen solchen Konzern waren wir dann doch alleine machtlos.

RM: Sind während des Kampfes Versprechungen gemacht worden?

Kollege: Ja, es war davon die Rede,

Kollege: Gar nichts. Von den 600 Entlassenen sind wohl fast alle noch arbeitslos. Höchstens 10% haben wieder eine neue Arbeit gefunden.

RM: Wie sind denn Ihre Aussichten?

Kollege: Hier im nördlichen Lippe und im Raum Vlotho ist ja wenig Industrie. Das Werk hier war der größte Betrieb in der ganzen Gegend. Ich werde, wie bereits viele meiner Kollegen, wegziehen müssen, um überhaupt irgendwann wieder Arbeit zu bekommen. Hier ist wohl nichts mehr drin.

RM: Wie kommen Sie denn jetzt so über die Runden?

Kollege: Ich habe drei schulpflichtige Kinder, meine Frau kann also nicht arbeiten. Da haut das Arbeitslosengeld nicht hin.

RM: Haben sie Streikgelder oder eine Abfindung bekommen?

Kollege: An Streikgeldern ist uns kein Pfennig gezahlt worden. Auch der sogenannte Pfennigesfond im Betrieb ist von der Werksleitung für uns gesperrt worden, obwohl das ja unser Geld ist. An Abfindung habe ich 3000 DM erhalten, das ging nach Alter, Betriebszugehörigkeit und Verdienst, aber das ist bei dem Arbeitslosengeld auch schnell verbraucht. Eigentlich hätte ich noch etwas mehr an Abfindung bekommen müssen. Aber wegen der Abfindung gibt es noch Streitigkeiten. Einige Kollegen klagen deswegen noch. Sogar um dieses von uns erkämpfte Geld will man uns noch betrügen.

RM: Vielen Dank für dieses Gespräch.

Kämpft gegen den reaktionären DGB-Apparat

Kämpft für revolutionäre Vertrauensleute!

In der Zeit von Januar bis April finden die Vertrauensleutewahlen der IG Metall statt. „Die Aufgaben des Vertrauensmannes sind, Beschlüsse, Anweisungen und Mitteilungen gewerkschaftlicher Organe bekanntzugeben und dafür zu sorgen, daß diese diskutiert, beachtet und befolgt werden. Der Vertrauensleutekörper empfängt Weisungen der Ortsverwaltungen.“ So sieht der IGM-Apparat in einer Broschüre die Aufgaben der Vertrauensleute. *„Kämpft für revolutionäre Vertrauensleute! Nieder mit dem reaktionären DGB-Apparat! Unterstützt den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition [RGO]!“* Das sind die Losungen unserer Partei zu den Vertrauensleutewahlen.

Der DGB-Apparat ist keine Kampforganisation der Arbeiterklasse, sondern ein Instrument der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse. Sehr deutlich läßt sich das dort erkennen, wo der DGB-Apparat offen und direkt mit dem Finanzkapital und dem Staatsapparat verfilzt und verwachsen ist. Der DGB-Apparat besitzt einen riesigen Konzern, sitzt in den Aufsichtsräten der meisten Großkonzerne und ist so selbst einer der größten Finanzkapitalisten Westdeutschlands. Gleichzeitig nimmt der DGB-Apparat immer mehr Posten im Staatsapparat ein: Ministersessel, Bundestagsmandate, Stadtverordnetensitze bis hin zum Arbeitsgericht, wo dir nebenden Berufsrichter auch ein DGB-Vertreter bescheinigt, daß deine Entlassung rechtmäßig war.

Dieser fortschreitende Prozeß des Verwachsens und Verfilzens mit dem Finanzkapital und dem kapitalistischen Staatsapparat ist die eine Seite des Gewerkschaftsapparats. Gäbe es nur diese Seite, dann hätte der DGB bestimmt nicht Millionen Mitglieder und nicht so einen großen Einfluß auf die Arbeiterklasse. Aber der DGB-Apparat hat eben nicht nur diese eine Seite, er ist nicht wie der Staatsapparat ein von der Arbeiterklasse isolierter Unterdrückungsapparat des Kapitals. **Er ist ein Feind innerhalb der Arbeiterbewegung.** Wir wollen auf drei Aspekte eingehen, die u.a. dazu führen, daß es nicht einfach, sondern schwierig und kompliziert für die Arbeiterklasse ist, vollständige Klarheit darüber zu gewinnen, daß der DGB-Apparat insgesamt und nicht nur einige Bonzen durch und durch reaktionär ist.

1. Selbst höchste DGB-Bonzen, die nicht nur Interessenvertreter der Kapitalistenklasse, sondern auch selbst Kapitalisten geworden sind, stammen aus der Arbeiterklasse. **Nicht Leuten, denen man die Verbundenheit mit den Kapitalisten meilenweit ansieht, sondern bestochene, gekaufte Elemente aus der Arbeiterklasse bilden den personellen Kern des DGB-Apparats.**

2. Der DGB-Apparat nutzt das tiefe und richtige Bewußtsein der Arbeiterklasse, daß eine starke, geschlossene gewerkschaftliche Kampforganisation notwendig ist, aus. In der Vergangenheit, besonders in den Jahren nach dem Krieg, hat die Bourgeoisie alle Versuche der Arbeiterklasse, klassenkämpferische, revolutionäre Gewerkschaftsorganisationen aufzubauen, unterdrückt und zerschlagen und gleichzeitig dem von ihr und ihren Kreaturen wie Böckler und Tarnow ins Leben gerufenen DGB gewaltsam eine Monopolstellung als angebliche gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse in den Betrieben verschafft. Diese Stellung des DGB-Apparats in den Betrieben wurde Schritt für Schritt (z.B. Betriebsverfassungsgesetz, Mitbestimmung, Tarifrecht usw.) verstärkt. So hat die Kapitalistenklasse ein dichtes organisatorisches Netz über die Arbeiterklasse geworfen, aus dem die Arbeiterklasse sich nur schwer (wie z.B. bei den großen spontanen Streiks 1969 und 1973) lösen kann. Gleichzeitig gibt seine faktische Monopolstellung dem DGB-Apparat die Möglichkeit, den Wunsch der Arbeiterklasse nach Einheit demagogisch für sich auszunutzen, indem jeder revolutionäre Zusammenschluß der Arbeiter als spalterisch denunziert wird.

3. Der DGB-Apparat vertritt die Interessen der Kapitalistenklasse keineswegs offen und unverhüllt. Er verbreitet vielmehr die Ideologie der Klassenversöhnung und des Reformismus. Er behauptet einerseits, die Lage der Arbeiterklasse könne im Kapitalismus durch Reformen grundlegend verändert werden (Mitbestimmung, Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit usw.). Andererseits erklärt er, die Interessen der Arbeiterklasse könnten am besten im Rahmen der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Kapitalisten zur Geltung gebracht werden. Während er so vorgibt, Arbeiterinteressen zu vertreten, will er in Wirklichkeit die Arbeiterklasse an den Kapitalismus fesseln und verhindern, daß die Arbeiterklasse unversöhnlich und revolutionär für ihre Interessen kämpft.

Es sind vor allem diese Aspekte, durch die der DGB-Apparat zur Zeit noch imstande ist, die Arbeiterklasse zu spalten, ihre Kampfkraft von innen her zu zersetzen und ihre Kämpfe immer wieder abzuwürgen, zu unterdrücken bzw. unter Kontrolle zu halten.

Unterstützt den Aufbau der RGO!

Vertrauen in den DGB-Apparat heißt darum: Kapitulation vor der Kapitalistenklasse, verschärfte Ausbeutung, wachsende Verelendung, verschärfte politische Unterdrückung. Es heißt vor allem, den Kampf für die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse von der kapitalistischen Lohnsklaverei durch die sozialistische Revolution aufzugeben. Der Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse kann nicht im Vertrauen auf den DGB-Apparat und mit ihm, sondern nur im schonungslosen Kampf gegen ihn geführt werden. Das gilt für den Tageskampf, das gilt erst recht für den Kampf zum Sturz des Kapitalismus durch die sozialistische Revolution; denn zwischen beiden besteht ein untrennbarer Zusammenhang: Auf der einen Seite — und das ist der wichtigere Gesichtspunkt — kann die Arbeiterklasse die sozialistische Revolution nicht durchführen, wenn sie sich nicht in den Tageskämpfen auf diese Aufgabe vorbereitet, sich in ihnen stählt und ihre revolutionäre Einheit schmiedet. Andererseits aber kann die Arbeiterklasse, wenn sie nicht klar das Ziel des Sturzes des Kapitalismus verfolgt, auch nicht konsequent für ihre Tagesinteressen kämpfen. Denn „Versöhnung“ mit dem Kapitalismus bedeutet ja immer auch, das „Recht“ der Kapitalisten anzuerkennen, die Arbeiterklasse auszubeuten.

Was aber folgt daraus? — Wenn der DGB-Apparat durch und durch reaktionär und ein Instrument der Kapitalisten ist, ist es dann nicht richtig, die Gründung einer revolutionären Gewerkschaft in Angriff zu nehmen? Was würde bei einem solchen Schritt gegenwärtig herauskommen? Eine verschwindend kleine Minderheit der Arbeiterklasse würde sich in dieser neuen — wie Lenin einmal ironisch sagte „blitzsauberen“ — Gewerkschaft organisieren. Die Kollegen, die am klarsten die Rolle des DGB durchschauen, würden ihren eigenen Verein aufmachen, aber Millionen DGB-Mitglieder, die große Mehrheit der Arbeiterklasse, bliebe weiterhin in den Klauen des DGB-Apparats. **Ein solcher Schritt würde also keineswegs die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse vorantreiben.**

Im Kampf gegen den DGB-Apparat und für eine revolutionäre Gewerkschaftsbewegung müssen wir eine Taktik einschlagen, die darauf abzielt, den DGB-Apparat zu isolieren, die Masse der Mitglieder auf revolutionärer Grundlage zusammenzuschließen. Darum dürfen wir den DGB-Apparat nicht rechts liegen lassen, sondern müssen innerhalb und außerhalb des DGB organisiert den Kampf gegen den reaktionären Apparat führen, um seinen ideologischen und organisatorischen Einfluß in der Arbeiterklasse zu zerschlagen und die ideologische und organisatorische Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage zu schmieden. Das heißt Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO). Das ist keineswegs hauptsächlich eine organisatorische Aufgabe. Im Gegenteil: Sie bedeutet in erster Linie den politischen und ideologischen Einfluß des DGB-Apparats innerhalb der Arbeiterklasse zu brechen, die Ideologie der Klassenversöhnung, die Mitbestimmungs- und Sozialpartnerschaftskumpanei zu bekämpfen und den Weg des revolutionären Klassenkampfes zu gehen.

Das ist ein zäher und langwieriger Kampf, in dem alle Möglichkeiten genutzt werden müssen, um den Einfluß des DGB-Apparats zurückzudrängen und den revolutionären Zusammenschluß der Kollegen voranzutreiben. Eine solche Möglichkeit sind die Vertrauensleutewahlen. Nicht daß es möglich wäre, den Vertrauensleutekörper zu erobern. Auch der Vertrauensleutekörper ist ein Teil des DGB-Apparats. Aber er ist die unterste Ebene des Apparats. Er soll die direkte Verbindung des Apparats mit der Masse der Kollegen darstellen. Er soll die Politik des Apparats in den Abteilungen gegenüber den Kollegen durchsetzen. Wegen dieser besonderen Aufgabe des Vertrauensleutekörpers können die Bonzen ihn im Gegensatz zu höheren Ebenen des Apparats auch nicht total von den Mitgliedern abschotten. Sie können erstens nicht immer verhindern, daß klassenkämpferische und revolutionäre Vertrauensleute gewählt werden und zweitens nicht, daß gerade der Vertrauensleutekörper immer wieder zu einem Brennpunkt der Widersprüche zwischen DGB-Apparat und Mitgliedermassen wird. Zwar müssen die Ortsverwaltungen alle gewählten Vertrauensleute bestätigen, aber wenn eine Abteilung geschlossen einen revolutionären Kandidaten unterstützt, ist es für den Apparat nicht einfach, einen Kandidaten seiner Wahl durchzusetzen.

Gelingt es einer Abteilung, einen revolutionären Kandidaten durchzusetzen, bedeutet das eine nicht zu unterschätzende Verbesserung ihrer Kampfbedingungen: 1. Durch ihren Mann im Vertrauensleutekörper kriegen die Kollegen mehr Informationen darüber in die Hand, was Geschäftsleitung, Betriebsrat und DGB-Apparat planen. 2. Im Kampf für bestimmte Forderungen läßt sich mit einem revolutionären Vertrauensmann die Einheit der Kollegen leichter herstellen als mit einem Befehlsempfänger und Zuträger des DGB-Apparats, der nur darauf aus ist, durch Spaltungsmanöver und Vertröstungen den Kampf zu verhindern bzw. wenn er ihn nicht verhindern kann, frühzeitig im Betriebsratsbüro oder bei der Ortsverwaltung Alarm zu schlagen. 3. Wenn der Apparat den Vertrauensmann nicht in der Hand hat, ist es für ihn sehr viel schwieriger, einen von den Kollegen begonnenen Kampf abzuwürgen.

Wählt kein D„K“P/„S“EW-Mitglied zum Vertrauensmann!

Bereits jetzt hat die D„K“P/SEW in den Vertrauensleutekörpern der Großbetriebe großen Einfluß und sie wird auf jeden Fall versuchen, die Vertrauensleutewahlen auszunutzen, um ihre Positionen noch zu verstärken. Man darf sich nicht davon täuschen lassen, daß diese Leute häufig radikal tönen und sogar Kritik am DGB-Apparat üben. In Wirklichkeit gehören sie zu den stärksten Stützen des DGB-Apparats, weswegen sie ja auch ausdrücklich vom sogenannten Extremisten-Beschluß des DGB ausgenommen sind. **Die Hauptaufgabe der D„K“P/„S“EW aber ist der Kampf gegen den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiter und gegen die sozialistische Revolution.** Sie treten als kommunistische Partei auf und bieten sich dem Teil der Arbeiterklasse, der nach dem revolutionären Ausweg sucht, als Alternative an. Aber nur, um ihn mit der Theorie vom „friedlichen Weg zum Sozialismus“ wieder in die Geleise der Klassenversöhnung und des Reformismus zu zwingen. Die D„K“P/„S“EW nutzt ihre Positionen im Vertrauensleutekörper in jeder Beziehung aus, um das Entstehen und Erstarken einer organisierten revolutionären Opposition gegen den DGB-Apparat zu bekämpfen und den RGO-Gedanken zu diffamieren. Sie nutzt ihre Positionen im Vertrauensleutekörper aus, um in sozialfaschistischer Weise Gewerkschaftsausschlüsse und politische Entlassungen revolutionärer Kollegen, vor allem von Genossen unserer Partei, zu betreiben. Und sie nutzt ihre Positionen im Vertrauensleutekörper aus, um Propaganda für den russischen Sozialimperialismus zu machen und zu versuchen, die Arbeiterklasse vor den Karren dieser aggressiven Supermacht zu spannen.

Gerade die D„K“P/„S“EW-Revisionisten werden mit allen Mitteln versuchen, die Wahl revolutionärer Vertrauensleute zu verhindern. Gemeinsam mit dem DGB-Apparat wollen sie jetzt die Vertrauensleutewahlen als Beispiel für „gewerkschaftliche Demokratie“ hochjubeln. Die Erfahrung hat gezeigt, daß der Apparat im Verein mit den modernen Revisionisten durch Gewerkschaftsausschlüsse und das Betreiben politischer Entlassungen versuchen wird, die Wahl revolutionärer Vertrauensleute zu verhindern. Revolutionäre Vertrauensleute lassen sich nicht im friedlichen Wahlgang, sondern nur im entschlossenen und solidarischen Kampf durchsetzen.

Daß in diesem Kampf Erfolge möglich sind, zeigen die Erfahrungen der letzten Betriebsratswahlen. Trotz massiven Terrors konnten in einer Reihe von Betrieben revolutionäre Betriebsräte durchgebracht werden. Machen wir auch die Vertrauensleutewahlen zu einem Erfolg im Kampf für den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO).

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Betriebszeitung der KPD/ML bei Mannesmann-Hüttenwerke DU-Huckingen

Bericht aus einem chinesischem Stahlwerk

Im letzten Sommer besuchte eine Parteidelegation der KPD/ML unter Führung des Genossen Ernst Aust auf Einladung der KP Chinas die Volksrepublik China. Unteranderem besuchte die Delegation auch das Stahlwerk Nr. 1 von Schanghai. Zu der Delegation gehörte auch der Genosse Hanfried Brenner, der früher in Huckingen auf der Hütte gearbeitet hat und im Februar 74 fristlos entlassen worden war. Genosse Hanfried hat für den *Röhrenkieker* einen Bericht über den Besuch in dem chinesischen Stahlwerk geschrieben, den wir hier abdrucken.

Das Stahlwerk Nr. 1 ist eines der größten Stahlwerke von Schanghai. Es hat eine Belegschaft von 17000 Menschen. 1974 betrug die Jahresproduktion 1,63 Mill. Tonnen.

Das erste, was uns beim Betreten des Werksgeländes auffiel, waren die flatternden roten Fahnen und eine riesige Bildtafel, auf die ein Hüttenarbeiter mit Helm gemalt war. Wie in allen Fabriken Chinas sah man auch hier überall große, von den Arbeitern selbst gemalte Wandzeitungen an den Mauern. Wir ließen uns von unserem Dolmetscher einige übersetzen. Zum Beispiel trug eine die Überschrift: „Die Arbeiter sind die Herren der Fabriken.“ Auf ihr kritisierten Arbeiter bestimmte Techniker, die einen Neuerungsvorschlag eines Arbeiters, der zur Erleichterung der Arbeit dienen sollte, als „undurchführbar“ abgetan hatten.

Bei der Besichtigung der verschiedenen Werke, Anlagen und Hochöfen konnte ich feststellen, daß dieses Stahlwerk kaum weniger moderne Anlagen hatte als die Hütte in Huckingen. Aber obwohl China noch ein Entwicklungsland ist, waren sie alle von Chinesen selbst hergestellt worden. Z. B. sahen wir ein Werk, wo, wie bei Mannesmann, nahtlose Rohre gewalzt werden. Wir sahen auch eine Stranggußanlage, auf der Brammen von einer Breite bis zu 1,50 m und einer Stärke bis zu 15 cm gegossen werden. Dennoch betonte der uns begleitende Parteisekretär des Hüttenwerkes (praktisch der Leiter des Werkes; in China gibt es keine Direktoren oder Werksvorstände; die Fabriken werden vom Parteikomitee und vom Revolutionskomitee geleitet; das Revolutionskomitee wird von den Arbeitern gewählt): Der Stand der chinesischen Stahlindustrie sei noch nicht auf Weltniveau.

Die Arbeiter empfingen uns überall mit großer Herzlichkeit und Händeklatschen. Bei der Besichtigung fielen mir noch einige andere Dinge besonders auf. Z. B., daß vor den Hallen bequeme Korbsessel standen, in denen sich die Arbeiter während der Arbeitszeit ausruhen können. Auch gibt es für kühle Zeiten besondere Räume zum Ausruhen. Antreiber, mit weißen Kitteln und dergleichen, gibt es hier natürlich keine. Man spürt keine Hektik, Gereiztheit und Niedergedrücktheit. Man fühlt, daß die Arbeiter eine ganz andere Beziehung zur Arbeit haben als wir, daß sie selbstbewußt und stolz schaffen, weil sie genau wissen, daß alles ihnen zugute kommt und nicht einigen wenigen Finanzkapitalisten und ihren Helfershelfern.

Es fiel uns auch auf, daß viele Frauen auf der Hütte arbeiten. Wir erfuhren, daß von der 17000köpfigen Belegschaft 3000 Frauen sind. Sie arbeiten durchaus nicht nur als Kranführerinnen. Z. B. wurde der Konverter, den wir besichtigten, von jungen Frauen gesteuert. Die Arbeitsplätze waren sauber und hell. An vielen Stellen waren große Ventilatoren und Absaugvorrichtungen angebracht, die für gute Arbeitsbedingungen sorgten.

Nach der Besichtigung saßen wir mit Arbeitern und Vertretern des Parteikomitees, sowie des Revolutionskomitees zusammen beim Tee und diskutierten (wir hatten zwei sehr gute Dolmetscher dabei). Ich stellte natürlich eine Menge Fragen, weil ich ja selbst früher Hüttenarbeiter war. Hier einige Einzelheiten, die sicher für alle Kollegen interessant sind:

Es gibt auf der Hütte 14 Kantinen, die sowohl bei Tag, wie auch bei Nacht durchgehend warme Mahlzeiten ausgeben (Mahlzeiten! und nicht nur teure und schlechte Würstchen). Im Sommer gibt es kostenlos eisgekühlte Getränke (Limonade und Fruchtsaft). Bei körperlich schweren Arbeiten erhält man Zuschläge für das Kantinenessen. Auf dem Werk gibt es eigene Kindergärten. Müttern mit Säuglingen stehen während der Arbeitszeit zwei Stunden für Stillen und Wickeln ihres Kindes zu. Ärztliche Versorgung am Arbeitsplatz ist rund um die Uhr gesichert. Es gibt ein eignes Krankenhaus auf der Hütte.

Die chinesischen Arbeiter betonten während des Gesprächs mehrfach, daß alle diese Errungenschaften nur durch die Revolution, durch die Diktatur des Proletariats, mit der alle alten aber auch neuen Ausbeuter niedergehalten werden, möglich geworden sind. Sie stellten heraus, daß die Revolution immer weiter vorangetrieben werden muß, so wie Vorsitzender Mao es lehrt, weil ansonsten das passieren würde, was in der Sowjetunion passierte: Eine neue Bourgeoisie kann sich entwickeln und die Macht ergreifen und das würde heißen: revisionistische Entartung, Restauration des Kapitalismus und Verwandlung der Diktatur des Proletariats in eine faschistische Diktatur gegen das Volk.

Stolz berichteten die chinesischen Genossen, daß die ganze Belegschaft der Hütte zweimal in der Woche jeweils zwei Stunden lang Schulung des Marxismus-Leninismus macht, wobei gegenwärtig Schriften von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao über die Theorie der Diktatur des Proletariats studiert werden (wie im ganzen Land).

Die chinesischen Kollegen berichteten auch, daß die Funktionäre im Anschluß an die Schulung mit den Arbeitern ihrer Schulungsgruppe gemeinsam in der Produktion arbeiten. „Das dient dazu, daß Theorie und Praxis immer verbunden sind und daß der revolutionäre Geist der Funktionäre wach bleibt“, sagen sie.

Wir berichteten den chinesischen Kollegen und Genossen über die Probleme und Sorgen der Arbeiter in Deutschland und über unseren Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für die sozialistische Revolution. Man kann sich kaum vorstellen, wie sehr sie alle von dem, was wir sagten, bewegt waren und mit welcher Begeisterung sie uns ihrer Solidarität versicherten. Einer von ihnen sagte: „Aus Deutschland kommen unsere großen Lehrer und Führer Marx und Engels. Wir sind ganz sicher, daß es gar nicht mehr lange dauern wird, daß auch in Deutschland die Arbeiter den Sieg in der Proletarischen Revolution erringen. Dann wird auch bei uns in China eine große Freude herrschen, denn wir sind Klassenbrüder und Euer Kampf ist auch unser Kampf.“

Revisionistisches

PRIVATUNTERNEHMER IN JUGOSLAWIEN

Wie die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug meldet, sind im vergangenen Jahr im jugoslawischen Gebiet Wojwodina über 15 000 Arbeiter bei Privatunternehmern eingestellt worden. Dennoch ist anzunehmen, betont Tanjug, daß es doppelt soviele derartige Arbeiter gibt. Solche Arbeiter gibt es besonders in Hotels, privaten sozialen Unternehmen, im Privathandwerk, im Bauwesen, in privaten Transportbetrieben, in der Landwirtschaft usw. Es gibt auch Bedienstete in Haushalten. In der genannten Tanjug-Mitteilung wird auch darauf hingewiesen, daß der größte Teil der von Privatleuten ausgebeuteten Arbeiter jung ist. 72% von ihnen sind unter 30 Jahre alt.

Wen wundert es da, daß solch konterrevolutionäre Elemente wie SPD-Steffen und andere soviel für ihr sogenanntes „jugoslawisches Modell vom Sozialismus" übrig haben und nicht müde werden, dieses „Modell" der westdeutschen Arbeiterklasse als Ausweg aus dem Kapitalismus zu empfehlen? Während die staatliche Ausbeutung verschärft wird, die von Privatleuten organisierte Ausbeutung zunimmt, die Werktätigen verelenden, steigt auf der anderen Seite ebenso die Zahl der Millionäre. Kapitalismus plus sozialistische Betitelung, das ist der Kern dieses „Modells". Vom Regen in die Traufe? — Der Weg der deutschen Arbeiterklasse wird das nicht sein!

ARBEITER UND „EINWOHNER"

Die ungarischen Revisionisten unter ihrem Führer Kadar mühen sich ständig in ihrer Propaganda, den Anschein zu erwecken, als wäre in Ungarn die Arbeiterklasse an der Macht und jeder Klassenunterschied würde immer mehr verschwinden.

Doch wer soviel zu lügen sich gezwungen sieht, dem passiert dann zuweilen auch ein Fehler, der ihn als Lügner vor aller Augen offenbart. So werden in den staatlichen Planziffern Ungarns über die Realeinkommen der Bevölkerung im Jahre 1976 deutliche Unterschiede getroffen. In der Erklärung des Zentralkomitees der ungarischen Revisionistenpartei zu den Planziffern heißt es: „Das Realeinkommen der Arbeiter und Bauern steigt um 1,5%, das Realeinkommen der Einwohner um 3%."

Die Frage aber steht: Wer sind denn diese Einwohner, soweit sie nicht Arbeiter und Bauern sind? Es sind die Herren Fabrikdirektoren, die Herren Partei-, Staats- und Gewerkschaftsfunktionäre — kurz: die neue Bourgeoisie.

Wie bereits festgestellt: die Revisionisten sind durch und durch verlogen. Und so stimmen natürlich auch ihre angegebenen Planziffern nicht mit der tatsächlichen Entwicklung überein. Nicht anders als die westlichen Bourgeoisien jonglieren sie mit Zahlen, um die Menschen zu täuschen (daraus haben sie mit der bürgerlich-revisionistischen Statistik-Lehre sogar ein „wissenschaftliches" Fach gemacht). Der Haken bei den angegebenen Planziffern besteht nämlich darin, daß der Unterschied in der Steigerungsrate des Einkommens zwischen Arbeitern und Bauern auf der einen und der neuen Bourgeoisie auf der anderen Seite nicht nur das Doppelte beträgt, sondern ein Vielfaches. Demzufolge gibt es auch in Ungarn wieder Millionäre und gibt es Millionen im Lande, die nicht einmal das Existenzminimum für sich beanspruchen können.

Die Klassenwidersprüche in Ungarn „verschwinden" nicht etwa, wie dies Kadar und Co. behaupten, sondern sie verschärfen sich täglich als Folge der kapitalistischen Ausbeutung der ungarischen Werktätigen durch die neue Bourgeoisie, als Folge der kapitalistischen Umverteilung der von den Arbeitern und Bauern geschaffenen Werte.

Schwerverletzte von Blohm und Voss gestorben

Ist der Tod bei schweren Brandwunden unabwendbar?

Korrespondenz. Das schwere Explosionsunglück auf der Hamburger Werft Blohm und Voss hat bisher 25 Werftarbeitern das Leben gekostet. Die Kapitalisten und ihre Untersuchungsbehörden behaupten mehr oder weniger, das Unglück sei auf menschliches Versagen zurückzuführen. Diese „Erklärung" für schwere Industrieunfälle sind den Arbeitern hinlänglich bekannt. Einige der Kollegen sind offenbar sofort oder noch auf dem Transport ihren schweren Brandverletzungen erlegen. Aber von vielen hieß es, sie seien schwerverletzt. Wieviele Angehörige mögen gehofft und erwartet haben, daß es den Ärzten gelingt, ihre Männer, Väter, Freunde und Arbeitskollegen am Leben zu erhalten. Doch nach und nach erhöhte sich die Zahl der Toten. Die Presse, allen voran die Bildzeitung, versuchen jetzt den Eindruck zu erwecken, als seien Brandverletzungen, die mehr als 50% der Körperoberfläche betreffen, unbedingt tödlich. Mit anderen Worten, es sei wohl nichts zu machen gewesen.

Das ist eine unverschämte Lüge! Damit soll das berechtigte Mißtrauen vieler Menschen in unsere Krankenhäuser und die ärztliche Versorgung allgemein gedämpft werden. Richtig wäre allerdings zu sagen: in einem kapitalistischen Staat wie der Bundesrepublik sind solch schwere Brandverletzungen fast immer tödlich. Was aber haben Brandverletzungen mit Kapitalismus zu tun, mag einer fragen.

Es ist bekannt, daß in Hamburg Hunderte, ja Tausende von Krankenhausbetten geschlossen werden, ganze Abteilungen legt der Senat still und will bis 1985 das Hafenkrankenhaus, das für Werft- und Hafenunfälle unmittelbar zuständig ist, schließen. Als nun diese Katastrophe bekannt wurde, wurden im Hafenkrankenhaus rasch einige „Intensivbetten" aufgestellt. Seit Monaten besteht außerdem in Hamburg ein Einstellungsstopp, d.h. das Personal der Krankenhäuser wird systematisch reduziert. Auf Intensivstationen ist es keine Seltenheit, daß eine Schwester für drei Schwerstverletzte oder Frischoperierte zuständig ist, medizinisch gesehen der helle Wahnsinn.

Was hat das alles nun mit den Schwerverletzten von B&V zu tun? Die Verbrennungskrankheit, Folge einer großflächigen Brandwunde, ist nicht so mysteriös, wie die Bildzeitung in ihrer Schlagzeile behauptet („. . . das unheimliche Sterben geht weiter!") Daran ist nichts wahr. Natürlich ist eine schwere Verbrennung, zumal wenn sie mehr als 50% der Körperoberfläche bedeckt, eine der schwersten Verletzungen, die es überhaupt gibt. Voraussetzung für eine erfolgreiche Behandlung sind vor allem eine ausreichende Anzahl von Pflegekräften und der Wille, solche Patienten unbedingt zu retten. Wie sieht es damit bei uns aus?

Wenn ein schwer verbrannter Patient ins Krankenhaus kommt, sagen viele Ärzte meist schon: Da ist nichts zu machen. Das hängt in erster Linie damit zusammen, daß das die herrschende Lehrmeinung ist, so steht es in einschlägigen Büchern. Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß die meisten Pflegekräfte immer erschüttert vor solchen „Todesurteilen" stehen und immer die Bereitschaft haben, alles zu tun, was zu tun wäre. Aber da fängt es schon an. Auf den knapp besetzten Intensivstationen ist es absolut unmöglich, die erforderlichen Pflegekräfte bereitzustellen. Denn ein solcher Patient braucht mindestens zwei Schwestern rund um die Uhr und das über Wochen und Monate. Man kann also sagen, daß mit den massiven Einsparungen im Gesundheitsbereich Brandverletzte von vornherein abgeschrieben werden. Ihren Tod haben die Kapitalisten und ihr Staat zu verantworten. Nach den ersten Tagen der Schockbehandlung steht dann die operative Behandlung im Vordergrund. Viele Transplantationen sind notwendig, jede für sich dauert 3-4 Stunden. Man kann sich leicht vorstellen, daß das in unseren Krankenhäusern überhaupt nicht möglich ist. Eine solche lebensrettende Behandlung würde den Rahmen unserer Krankenhäuser, die lediglich auf Routinefälle vorbereitet sind, sprengen.

Und was passiert, wenn nun plötzlich 20 solcher Patienten zu versorgen sind? Das haben wir in Hamburg gesehen. Sie sterben einer nach dem anderen. Niemand, selbst die Kapitalisten nicht, würden behaupten, daß schwere Brandverletzungen selten sind. Im Gegenteil, sie sind recht häufig. Und meistens sterben die Patienten. Jetzt, wo eine solche Katastrophe die Frage der Behandlung von Verbrennungen ins Licht der Öffentlichkeit gerückt hat, wird das Märchen von der „geheimnisvollen Verbrennungskrankheit" erfunden, bei der eine Rettung „an das Wunderbare grenzt" (Hamburger Abendblatt).

Weniger geheimnisvoll ist die Tatsache, daß es in der Bundesrepublik ein einziges richtiges Verbrennungszentrum gibt, in Ludwigshafen, wo maximal 10 (!) Patienten behandelt werden können. Da die Verletzten dort oft Monate sind, kann man sich ausrechnen, wie selten es dort „freie Betten" gibt. In Hamburg existiert eine hochmoderne Verbrennungsbehandlungseinheit im Unfallkrankenhaus der Berufsgenossenschaft. Sie konnte bisher wegen „Personalmangel" nicht in Betrieb genommen werden.

Aus all dem geht hervor, daß man hier von kaltblütig geplantem Tod von Arbeitern ausgehen kann. Sie mußten sterben, weil der kapitalistische Staat nur die Sicherung der Profite der Konzerne im Auge hat und im Gesundheitsbereich jede Mark spart. Das „Hamburger Abendblatt" schlägt vor, anstelle des Hafenkrankenhauses eine Ambulanz einzurichten. Begründung: *„Da die Kosten des Gesundheitswesens ins Unermeßliche zu steigen drohen, darf nicht mehr nach dem Gefühl (!), sondern es muß nur noch mit Vernunft gehandelt werden."* So sollen die Proteste der Hamburger Bevölkerung unterlaufen werden. Diese Proteste aber sind mehr als gerechtfertigt.

Daß das Schicksal von Verletzten mit schweren Verbrennungen nicht unabwendbar ist, beweisen die großartigen Ergebnisse auf diesem Gebiet wie sie in der Volksrepublik China erzielt werden. Ausgehend von dem Bewußtsein, daß jeder Arbeiter, der beim Aufbau des Sozialismus schwere Verletzungen erleidet, unbedingt gerettet werden muß, haben die chinesischen Ärzte die Behandlungsmethoden schrittweise verbessert. Mit welcher Energie und mit welchem Aufwand dies in Angriff genommen wurde, läßt sich in dem Buch „Arzt in China" von Joshua Horn (rororo Nr. 6915) nachlesen. Einige statistische Zahlen dazu: Von 1958-65 gelang es den chinesischen Genossen von 21 Verbrannten mit mehr als 50% verbrannter Haut nur einen zu retten. Damals hatte die konterrevolutionäre, revisionistische Linie von Liu Schaotschi noch viel Einfluß. Auch chinesische Ärzte, die nur nach dem Westen schielten, behaupteten damals, daß solche Patienten dem Tode geweiht seien. Von 1966-70 konnten bereits die Hälfte solcher Patienten gerettet werden. Darunter waren Verletzte, die mehr als 90% der gesamten Hautoberfläche verbrannt hatten. **Von 1972-74 konnte fast jeder Patient mit so schweren Verbrennungen nach monatelanger Behandlung, oft sogar arbeitsfähig, aus dem Krankenhaus entlassen werden. Verbrennungen, von denen bei uns gesagt wird: Völlig unmöglich. In China sind die Arbeiter an der Macht und es steht in ihrer Macht zu sagen: Möglich oder nicht möglich. Was Verbrennungen anbelangt, haben die chinesischen Arbeiter ihr Urteil gefällt: Heilung ist möglich!**

Obwohl die chinesischen Krankenhäuser noch lange nicht so modern ausgerüstet sind wie viele unserer Kliniken, sind dort die zwei entscheidenden Voraussetzungen gegeben: Ausreichendes Personal und der Wille, den Klassenbruder am Leben zu erhalten. Und das Wichtigste: In China herrscht die Diktatur des Proletariats. Im Gegensatz zur Gewaltherrschaft der Bourgeoisie in unserem Land, die nur eines kennt: den Profit einer Handvoll Monopolkapitalisten auf Kosten der werktätigen Massen, steht dort der werktätige Mensch im Mittelpunkt. Unter Führung seiner kommunistischen Partei hat er dort sein Schicksal selbst fest in beide Hände genommen.

Grussadresse des ZK der KPD/ML zum 30. Jahrestag der VR Albanien

An das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens
An das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien
An den Ministerrat der Volksrepublik Albanien

Liebe Genossen!

Zum 30. Jahrestag der Proklamation der Volksrepublik Albanien am 11. Januar 1946 senden wir Euch und dem ganzen albanischen Volk unsere herzlichsten Glückwünsche. Das albanische Volk nahm die Staatsmacht durch die Volksrevolution, durch das Gewehr in seine Hände und wurde zum Herrn seiner eigenen Geschicke. Es baute seinen Staat, die Diktatur des Proletariats, auf den Trümmern des Unterdrückungsapparates der alten herrschenden Klassen, des Regimes der Feudalherren und der Bourgeoisie, das es unter der Führung seiner kommunistischen Partei bis auf die Grundfesten zerschmetterte. Im nationalen Befreiungskampf befreite das albanische Volk sein Vaterland von den faschistischen imperialistischen Okkupanten. Geführt von der Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze, zerschlug das albanische Volk die Blockade der Imperialisten und Revisionisten, machte alle feindlichen Komplotte zunichte, festigte und vervollkommnete die Diktatur des Proletariats und stürmte Jahr um Jahr mit Riesenschritten vorwärts beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Das rückständige Albanien von einst ist nun ein entwickeltes sozialistisches Land, das mit revolutionärem Schwung zum vollständigen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft vorwärtsmarschiert. Blühender denn je steht die Volksrepublik Albanien heute in den revolutionären Stürmen unserer Zeiten, ein weithin strahlendes Leuchtfeuer der Revolution und des Vormarsches des Sozialismus.

Zentralkomitee der KPD/ML
(Ernst Aust, Vorsitzender).

Vom Aufbau des Sozialismus

30. JAHRESTAG DER PROKLAMATION DER VR ALBANIEN

Am 11. Januar feierte das albanische Volk einen der hervorragendsten Ereignisse des neuen Albanien, den 30. Jahrestag der Proklamation der Volksrepublik Albanien. Zu diesem Jubiläum sind im ganzen Land zahlreiche politische und Kultur- und Kunstveranstaltungen durchgeführt worden. In der Hauptstadt und in verschiedenen Bezirken des Landes wurden feierliche Versammlungen veranstaltet, bei denen über den ruhmreichen 30jährigen Weg der Volksrepublik, über die vom albanischen Volk in der Revolution und beim sozialistischen Aufbau unter Führung der Partei der Arbeit erzielten allseitigen Erfolge gesprochen wurde.

Die seit dem 11. Januar, als die Volksrepublik proklamiert wurde, vergangenen 30 Jahre, bilden für das neue Albanien eine ruhmreiche historische Periode. In dieser Zeit sind in Albanien große sozialökonomische Umgestaltungen von einem zutiefst revolutionären Charakter vor sich gegangen, derart gewaltige Fortschritte gemacht worden, daß unter den alten Regimes nicht einmal davon zu träumen war. Die Jahre nach der Befreiung waren für Albanien eine wirkliche Wiedergeburt. Es schüttelte die jahrhundertelange Rückständigkeit ab und hat auf allen Gebieten auf dem Weg der sozialistischen Entwicklung Riesenschritte nach vorne getan.

Die 31 Jahre seit der Befreiung waren Jahre gewaltiger Anstrengungen der Partei der Arbeit und der Volksmacht in Albanien, den patriotischen und revolutionären, gebildeten und geschulten Menschen der sozialistischen Gesellschaft zu schaffen, der entschlossen ist, die erzielten Errungenschaften selbstlos und bis zuletzt der Sache des Kommunismus ergeben zu verteidigen. Das große Verdienst der Partei und der Volksmacht besteht darin, daß sie es verstanden hat und es ihr gelungen ist, die Sache des sozialistischen Aufbaus unter den Bedingungen der grausamen imperialistisch-revisionistischen Einkreisung und des heftigen Klassenkampfes gegen die Komplotte und Intrigen der Imperialisten und Revisionisten und ihren Agenten im Inneren voranzutreiben. **Das kleine Albanien hat erfolgreich der Umkreisung und dem Druck der Feinde standgehalten, da es eine eng mit den Massen verbundene Volksmacht hat, da sein Volk in fester und unverbrüchlicher Einheit um seine marxistisch-leninistische Partei vereint ist, da Partei und Volk jederzeit und in jeder Beziehung eine hohe revolutionäre Wachsamkeit an den Tag gelegt haben.**

Die werktätigen Massen Albaniens feierten das ruhmreiche Jubiläum des 30. Jahrestages der Proklamation der Volksrepublik zu einer Zeit, da sie mit hohem revolutionärem Schwung daran arbeiten, den 6. Fünfjahresplan zu erfüllen, der der allseitigen sozialistischen Entwicklung des Landes, der weiteren Industrialisierung, dem Fortschritt der Landwirtschaft, dem Gedeihen des Bildungswesens, unserer sozialistischen Kultur und Kunst neue Perspektiven erschließt. Das laufende Jahr bringt für den albanischen sozialistischen Staat ein bedeutendes historisches Ereignis. In diesem Jahr wird die neue Verfassung gebilligt werden und in Kraft treten. Albanien hat gegenwärtig eine neue historische Etappe, die Etappe des vollständigen Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft begonnen. Das wird unbedingt auch seinen Niederschlag in dem Grundgesetz des Staates finden. Die neue Verfassung wird ein großer Schritt von großer theoretischer und praktischer Bedeutung sein, um den Staat der Diktatur des Proletariats in Albanien weiter zu festigen und zu vervollkommnen. Sie wird die wirklichen Züge des Sozialismus aufzeigen, die ihn von den Entstellungen und Verfälschungen der modernen Revisionisten unterscheiden. Die neue Verfassung wird ein weiteres wichtiges Glied in der Kette der von der Partei der Arbeit Albaniens getroffenen Maßnahmen sein, das ganze Leben des Landes ständig zu revolutionieren.

In Tirana veranstalteten das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens, das Präsidium der Volksversammlung der VR Albanien, der Ministerrat, der Generalrat der Demokratischen Front Albaniens und das Bezirksparteikomitee Tiranas am 10. Januar nachmittags im Saal des Opern- und Balletttheaters eine feierliche Versammlung. Die Festansprache auf der feierlichen Versammlung hielt das Mitglied des Zentralkomitees der Partei der Arbeit und Stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung, Genosse Shefqet Peci.

1200 demonstrieren gegen Fahrpreiserhöhungen

Fortsetzung von Seite 1

sammlung des „Komitee gegen die Fahrpreiserhöhung“ und beteiligten sich an den Aktionen des Komitees. In dem Fahrpreiskomitee arbeiten jetzt außer dem KBW etliche unorganisierte Jugendliche mit.

Durch breites Flugblattverteilen und durch Klebeaktionen des Komitees wurde die Bevölkerung aufgerufen, eine Kundgebung gegen die Fahrpreiserhöhungen zu unterstützen. Dem folgten rund 500 Menschen, darunter viele Lehrlinge und Schüler, zum Teil erst 12, 14 Jahre alt. Nach der Kundgebung wurden an einem Verkehrsknotenpunkt die Schienen besetzt. Die Wuppertaler Presse hetzte danach: „Fahrpreisdemonstration endet mit wüster Schlägerei auf dem Alten Markt!“ — „Radikale schickten Kinder vor!“ In einem Flugblatt der KPD/ML und der ROTEN GARDE heißt es dazu:

„Für die Bevölkerung, die am ‚Alten Markt‘ Augenzeuge des Geschehens wurde, stand fest: ‚Das waren Polizeistaatmethoden — Das war wie unter Hitler!‘ Die Polizeischläger traten Demonstranten in den Unterleib, rissen sie an den Haaren und prügelten sie nieder. Als sich spontane Diskussionsgruppen über den Polizeieinsatz empörten, wurden einzelne Personen aus den Diskussionsgruppen herausgerissen und verhaftet. Die Empörung der Bevölkerung erreichte ein solches Ausmaß, daß, als einige Polizisten einen Demonstranten würgten, daß er blau anlief, mehrere Passanten sich auf die Polizisten stürzten, ihn zu Boden warfen und ihn mit Fußtritten und Fausthieben versahen, um den Demonstranten aus dem Würgegriff der Polizei zu befreien. Für diejenigen, die nicht aus den Händen der Polizei befreit werden konnten, fand anschließend eine Demonstration, an der etwa 250-300 Leute teilnahmen, zum Polizeipräsidium statt, in der die sofortige Freilassung der Inhaftierten gefordert wurde. Und hier zeigte sich dann die Stärke unserer Solidarität. Die Polizei mußte die Festgenommenen — nachdem sie wie gemeine Verbrecher erkennungsdienstlich behandelt worden waren — wieder freilassen. Der Kampf gilt nun der Rücknahme der Anzeigen.

Allen, die am Montag die Zeitungen gelesen haben und das ganze Geschehen am Samstag selbst miterlebt haben, wird eines klar geworden sein: Wenn die Stadt ihre Fahrpreiserhöhungen mit brutalen Polizeimethoden gegen die Kämpfe der Bevölkerung durchsetzen muß und wenn die Presse dann in ihrer Berichterstattung völlig gleichgeschaltet diese Kämpfe verurteilt, so sind das zwei Seiten der gleichen Medaille. Die eine Seite knüppelt das Volk nieder, die andere verdreht, lügt und hetzt, um das Volk zu verdummen.“

Straßen entlang der Demonstration hermetisch abgeriegelt. Auch der Wuppertaler Wall, an dem die Demonstranten nach der Demonstration versuchten, einen Busverkehrsknotenpunkt zu besetzen, war bereits voller Polizei. Die meisten Demonstranten wichen aber nicht als die Polizei aufrief, die Straße zu räumen und mit Knüppeln gegen Passanten und Demonstranten vorging. Den Polizisten schallten Sprechchöre entgegen: „Polizei in Wuppertal — knüppelt für das Kapital!“ Verwirrung breitete sich unter den Demonstranten erst aus, als Vertreter des KBW genau wie eine Woche vorher aufriefen, wegzugehen und sich an anderer Stelle zu „beraten“. Die Polizei nutzte die Situation sofort aus, um einzelne festzunehmen. Sie veranstaltete jetzt eine wahre Hetzjagd durch die gesamte Wuppertaler Innenstadt. Trotzdem — und obwohl auch hier der KBW dagegen redete — folgten rund 80 Demonstranten dem Aufruf der ROTEN GARDE, zum Polizeipräsidium zu marschieren und die Freilassung der Festgenommenen zu fordern. Dort veranstaltete die Polizei erneut eine Hetzjagd, bei der ein alter Mann, ein Blinder und ein Fotograf verhaftet wurden.



Ein Teil des Polizeiaufgebots während der Demonstration.

Aber ohne großen Erfolg kann man heute sagen. Bereits am Abend der ersten Demonstration waren 100-120 Menschen zur Sitzung des Komitees gekommen. Als die Vertreter des KBW dort vorschlugen, jetzt mit solchen Aktionen aufzuhören, weil man doch nichts erreichen könne, stießen sie auf einhellige Empörung. Der Kampf ging weiter. Und am nächsten Samstag kamen mehr als doppelt so viel Menschen wie eine Woche zuvor, um gegen die Fahrpreiserhöhungen zu demonstrieren. Die Polizei hatte alle

Das Komitee traf sich gleich am Abend wieder und beriet weitere Kampfmaßnahmen. Man konnte in dieser Diskussion spüren, daß vielen die Augen über den wahren Charakter des kapitalistischen Staates aufgegangen waren. Deshalb war man sich auch einig: Der Kampf muß weitergehen.



STUTTGART

Zu 700 bzw. 800 DM Geldstrafe wurde in Stuttgart Genossin Inge Koch verurteilt, weil sie 1972 ein Flugblatt der inzwischen aufgelösten ZB-Organisation zum Massaker an Palästinensern und ihren israelischen Geiseln verteilt haben soll und weiterhin beim Antikriegstagsprozeß gegen Klaus Kercher auf dem Flur das Solidaritätslied gesungen haben soll.

Zu ihrer Unterstützung sammelte die RHD bei Kollegen, Nachbarn, Freunden und Genossen über 120 DM. Außerdem wurde ein Flugblatt der RHD verteilt und gesteckt. Die Reaktion auf das Flugblatt war aber nicht nur Solidarität. Die IGM-Verwaltungsstelle Stuttgart antwortete darauf mit einer Ausschlußdrohung, wenn Inge sich nicht von der RHD und der KPD/ML distanzieren würde.

KASSEL

Während des II. Weltkrieges wurde ein 15jähriger polnischer Junge von den Faschisten nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt. Weil er hier ein ausländisches Flugblatt aufgehoben hat, kam er ins KZ, aus dem er erst bei Kriegsende befreit wurde. Der Mann hatte jetzt beantragt, daß ihm diese drei Jahre, die er im KZ verbracht hat, auf die Rente angerechnet werden. Das Bundessozialgericht in Kassel lehnte diesen Antrag ab. Es entschied, daß nur bei politisch, rassisch oder religiös Verfolgten die KZ-Zeit auf die Rente angerechnet werde. Der Mann bekommt deshalb eine niedrigere Rente, da er nur wegen seiner Nationalität verfolgt und verschleppt worden sei.

Mit anderen Worten, wer im KZ gequält wurde, weil er Pole, Tscheche usw. war, ist nach der Entscheidung des Bundessozialgerichts offenbar selber schuld. Für das Bundessozialgericht jedenfalls zählt nicht das Verbrechen, das der Hitlerfaschismus an ihm begangen hat, das ihn verschleppte, einsperrte und mißhandelte, sondern die Tatsache, daß er in dieser Zeit als „ordentlicher Arbeitnehmer“ nicht registriert war und man ihm deshalb auch weniger Rente zahlen kann.

BOCHUM

Am 7. 1. fand in Bochum der Prozeß gegen Marion Harries, presserechtlich Verantwortliche für ein zentrales Flugblatt der Partei zu den Prozessen gegen den ROTEN MORGEN statt.

Die Genossin wurde wegen Beleidigung der Duisburger Polizei zu 100 DM Geldstrafe verurteilt.

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 321 004 547

Stichwort: SOLIDARITÄT

MÜNCHEN

Am 16. 1. 76 fand in München ein Prozeß gegen die Genossen Manfred und Remigius statt. Sie hatten Einspruch eingelegt gegen einen Strafbefehl wegen des angeblichen Verkaufs des ROTEN MORGEN Nr. 26/74 (Bericht über die Beerdigung des Genossen Günter Routhier). Als Zeuge der Staatsanwaltschaft war unter anderem der berüchtigte BKA-Beamte Schabronat aus Duisburg angegeben.

Zum Prozeß wurde ein Flugblatt verteilt, der Zuschauerraum war bei der Verhandlung voll besetzt. Die beiden Genossen mußten in diesem Prozeß freigesprochen werden, da ihnen nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie den ROTEN MORGEN verkauft hatten.

PROZESSANKÜNDIGUNG

Am 28.1.76 findet vor dem Amtsgericht Recklinghausen um 9.30 Uhr ein Prozeß gegen Andreas R aus Bielefeld und Andreas L. aus Hannover statt. Beiden wird vorgeworfen, an der verboten Demonstration gegen einen Kongreß der Jungen Union in Recklinghausen teilgenommen zu haben. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatte der KOV.

In Dortmund findet am 28. 1., 10.30 vor dem Jugendschöffengericht ein Prozeß wegen angeblichen Widerstands und Körperverletzung gegen Genossen Günter S. aus Bielefeld statt. Die Anklageschrift droht mit Gefängnis, da der Genosse „einschlägig vorbestraft“ ist.

Der im letzten ROTEN MORGEN angekündigte Prozeß gegen M. Fallet wurde verschoben. Ein neuer Termin steht noch nicht fest.

Spendenübersicht 1975

„Kambodscha“

Unter dem Stichwort „Kambodscha“ gingen auf das Konto des Vorstandes der KPD/ML in der letzten Zeit folgende Spenden ein:

29. 9., Genossen aus Stuttgart	1020,00	3. 10., Thälmann-Buchladen Kiel	55,03
3. 10., Roter Morgen-Lesekreis Kiel-Gaarden	104,61	27. 10., Genossen aus Kiel	300,00
3. 10., Parteibüro Bremen	34,57	1. 12., P. K., Münster	50,00
		10. 12., E. K., Essen	15,00

Damit wurden insgesamt in diesem Zeitraum 1 579,21 DM auf das Vorstandskonto der KPD/ML für diesen Zweck überwiesen.

Insgesamt wurden seit dem 1. Januar 1975 DM 19 216,42 für Kambodscha auf das Vorstandskonto der KPD/ML eingezahlt. Dazu kommen 268 DM, die für diesen Zweck auf das Spendenkonto des ROTEN MORGEN eingezahlt wurden.

„Spanien“

Seit dem 1. 10. 75 wurden folgende Spenden zur Unterstützung des Kampfes der Völker Spaniens auf das Vorstandskonto der KPD/ML eingezahlt:

3. 10., Sammlung Kiel	114,71	30. 10., K. W., Rüsselsheim	100,00
8. 10., Veranstaltung Hamburg	345,00	4. 11., Genossen aus Westberlin	35,00
9. 10., H. H., Gelsenkirchen	10,00	4. 11., Buchladen „Roter Morgen“, Westberlin	264,00
10. 10., KSB/ML Reutlingen	20,00	5. 11., Genossen aus Kassel	20,50
20. 10., RM-Leserkreis Flensburg	78,70	5. 11., Genossen aus Kitzingen	200,00
21. 10., OG Darmstadt	150,00	7. 11., K. B., Wittmund	114,47
21. 10., RHD und KSB/ML Tübingen	226,76	13. 11., J. W., Schweinfurt	240,00
22. 10., Liederabend Bochum	62,20	17. 11., Solidaritätsfest Bielefeld	105,00
22. 10., RG Erdingen	100,00	17. 11., Geburtstagsfeier in Kiel	85,00
24. 10., P. S., Tübingen	70,00	18. 11., Genossen aus Westberlin	1000,00
24. 10., Genossen aus Marburg	88,15	20. 11., RG Erding	100,00
27. 10., Gen. aus Friedrichshafen	137,00	25. 11., RG-Stammtisch Gießen	15,50
28. 10., Genossen aus Marburg	8,43	5. 12., Arbeitertreff Dortmund	47,80
28. 10., Genossen aus Bremen	943,00	9. 12., P. W., Immenstaad	12,00
29. 10., Kunden des Buchladens Münster	20,00	**10. 12., P. W., Immenstaad**	110,00
29. 10., Genossen aus Münster	22,00	11. 12., Genossen aus Lübeck	127,00
29. 10., RG Vlotho	30,50	17. 12., Veranstaltung Rüsselsheim	39,50

Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 5036 DM zur Unterstützung des Kampfes der spanischen Völker auf das Konto des Vorstandes der KPD/ML eingezahlt.

Seit dem 1. Januar 1975 wurden insgesamt 6385,37 DM zur Unterstützung des Kampfes der spanischen Völker auf das Vorstandskonto gespendet. Dazu kommen 11 751,26 DM, die für diesen Zweck auf das Spendenkonto des ROTEN MORGEN eingezahlt wurden. Wir bedanken uns herzlich.

Versehentlich wurden im ROTEN MORGEN folgende Spenden nicht veröffentlicht:

17. 4., Buchladen „Roter Morgen“, Westberlin	2,00	10. 6., Rote Garde Erding	200,00
13. 5., Versteigerung in Neukölln, Westberlin	128,68		

Neue Kinderbücher aus China

Wir freuen uns sehr, Euch 4 Kinderbücher aus der Volksrepublik China vorstellen zu können. Am besten, wir beschreiben sie einzeln.

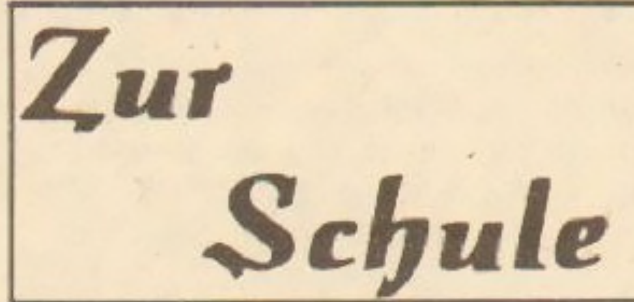
Hai Hua

Da ist das Buch „Hai Hua“. Hai Hua, eine kleine Schülerin, ist wie andere Kinder der Grundschule des Dorfes, ein „Roter Kindergardist“. Die Roten Kindergardisten bekommen verantwortungsvolle Aufgaben, so z. B. Streifengänge an der Küste. Das Volk weiß, daß schlechte Elemente manchmal bei Nacht übers Meer flüchten oder andere sich an Land schleichen wollen und dabei oft Spuren hinterlassen. — Die Roten Kindergardisten in dieser Geschichte helfen, zwei Klassenfeinde zu beobachten. Sie sind dabei sehr mutig, denn diese Klassenfeinde sind grausame Menschen und wollen die Kinder in die Irre führen. Früher unterdrückten die Klassenfeinde die Fischer und Bauern usw., beuteten sie aus, folterten und töteten viele. Da sie heute nicht mehr an der Macht sind, haben sie üble Pläne und versuchen das Volk zu verraten. Durch die Leitung der Parteizelle und die Zusammenarbeit der Miliz und der Roten Kindergardisten werden die zwei Klassenfeinde schließlich gestellt. — Neben dem Inhalt der Geschichte fesseln bei diesem Kinderbuch besonders die 37 farbigen Abbildungen.



Ein weiteres Kinderbuch, das hauptsächlich durch die Abbildungen erzählt ist: **„Furchtlos Wind und Wogen entgegen!“** Auch diese Geschichte spielt im heutigen China und berichtet vom mutigen Einsatz einer kleinen Genossin. Sie vertritt ihre Mutter an dem Fährboot und bringt einen Kämpfer der Volksbefreiungsarmee mit wichtigem Auftrag sicher durch die tosende Brandung zu einer Insel. Sie läßt sich, trotz hoher Wellen, nicht die Stange zum Staken abnehmen. Als der VBA-Soldat besorgt fragt: „Wirst du's bis zur Insel schaffen?“ antwortet sie: „Natürlich! Ich gehöre doch zu den Kleinen Roten Soldaten, die halten immer durch!“ — Auch dieses ist ein revolutionäres Kinderbuch, das nicht nur unsere kleinen Genossen und Freunde begeistern wird.

In den folgenden Kinderbüchern gibt es mehr zum Lesen bzw. Vorlesen. Beide Erzählungen spielen in der Zeit des chinesischen Volksbefreiungskrieges, diesmal wird über zwei Jungen (8 und 13 Jahre) berichtet.



Das eine kleine Buch (55 Seiten, 27 schwarz-weiße Abbildungen, Preis 0,85 DM) heißt: **„Zur Schule“**. Der Titel der Erzählung ist der Hauptwunsch des kleinen Tiä Tou. Als achtjähriges Kind aus einer armen Familie, möchte er gerne in die Schule gehen, doch wegen der Armut der Eltern ist dies nicht möglich. Seine Mutter spart Hühnereier auf, um das Schulgeld bezahlen zu können. Als jedoch gerade die notwendigen einhundert Eier beisammen sind, werden sie vom Handlanger des Grundbesitzers weggenommen. Der Großvater Tiä Tou's, der Jäger ist, verkauft entschlossen zwei Wolfspelze, um das Schulgeld aufzubringen. Der despotische Grundbesitzer verhindert jedoch, daß Tiä Tou, als armer Leute Kind, die Schule besucht und entläßt sogar den jungen Lehrer Tschai, der auf der Seite des Jungen steht.

Nach der Befreiung des Kreises durch die Volksbefreiungsarmee, in deren Reihen sich auch der Lehrer Tschai befindet, wird im Dorf die neue Staatsmacht des Volkes errichtet. Der verräterische Grundbesitzer wird niedergekämpft. Neue Bücher werden geschrieben und in einer Armee-Druckerei in einer Höhle abgezogen. Die arme Bevölkerung gründet ihre eigene Schule. Nun kann der kleine Tiä Tou in die Schule gehen.

Der kleine Soldat Dschang Ga-dsi

Endlich auch in deutscher Sprache erschien der Roman **„Der kleine Soldat Dschang Ga-dsi“** (153 Seiten, 12 Federzeichnungen). In dieser Geschichte werden die vielen aufregenden Erlebnisse eines Waisenknaben während des Widerstandskrieges gegen die japanische Aggression geschildert. Nach dem Tod seiner Großmutter, einem Opfer faschistischer Willkür, sucht der Junge nach der Armee des Volkes, um die Großmutter zu rächen. Der Kämpfer der Achten Route-Armee werden ihm bald vertraut, zusammen bilden alle eine große revolutionäre Familie. Dschang Ga-dsi bekommt die Aufgabe eines Spähers, die er ausgezeichnet erfüllt. Sein heiteres Wesen, sein Mut und seine Aufrichtigkeit gewinnen ihm viele Freunde in der Volksarmee. Nur eines will ihm lange Zeit nicht in den Kopf, daß ihm die Genossen erbeutete Pistolen immer wieder abnehmen, da er als Späher als Letzter eine Waffe braucht. Zum Schluß wird Dschang Ga-dsi doch noch eine Pistole als Anerkennung überreicht, da er mit Feuerwerkskörpern mutig und geschickt den Feind überrumpelt hat, so daß ein entscheidendes Gefecht zum Sieg geführt werden konnte.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN“
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

BORDESHOLM

Viele Menschen glauben immer noch, die Kommunisten wollen ihnen ihr Haus oder den Hof wegnehmen. In Wirklichkeit ist es der kapitalistische Staat, der die Bauern ruiniert und der nur das Eigentum der Großbourgeoisie und nicht das der „kleinen Leute“ schützt. Zwei Beispiele aus Bordesholm, einem kleineren Ort in Schleswig-Holstein, beweisen das.

Die Dörfer in der Umgebung wirken immer verlassener. Immer wieder müssen **kleine Bauern aufgeben, das Land wird oft** von reichen Städtern gekauft, die Wochenendhäuser und vor allem Reitställe für ihre verwöhnten Kinder bauen. Beim Autobahnbau wurde das Land richtig zerrissen, die vielen Zubringerstraßen teilten die Höfe in zwei und mehr Teile. Bauern, die nicht verkaufen wollten, wurden zwangsenteignet.

Ein anderes Beispiel: Bordesholm ist ein Ort, wo viele Privathäuser stehen, die oft von Arbeitern unter Verzicht auf die Butter aufs Brot, auf Urlaub usw. nach Feierabend mühsam erbaut wurden. Bisher gab es kein Wasser und keine Kanalisation. Also mußte jeder seinen eigenen Brunnen ausheben, Pumpen und Kläranlagen haben. Jetzt baute die Gemeinde Wasseranschluß und Kanalisation. Es ist Zwang, sich anzuschließen, und kostet bis zu 10000 DM, die binnen eines Monats bezahlt werden müssen. Obendrein ist es verboten bei 500 DM Strafe, seine eigene Wasseranlage zu benutzen, um z. B. bei der Dürre den Garten zu sprengen.

So wird hier das Eigentum geschützt! Zuerst wird durch die bürgerliche Presse ein Teil des Volkes dumm und dämlich gequatscht, sich im Vertrauen auf das „Wirtschaftswunder“ durch ihrer Hände Arbeit etwas aufzubauen, und dann werden sie ausgepreßt.

Eine Genossin aus Kiel.

NORDHESSEN

Liebe Genossen!

Ich sende Euch heute eine Korrespondenz zu unserem beschissenen Gesundheitswesen, die ihr vielleicht für den ROTEN MORGEN gebrauchen könnt.

Meine Eltern leben in einer ländlichen Gegend in Nordhessen. Bekanntlich ist die medizinische Betreuung der Bevölkerung in solchen Gebieten katastrophal. Nicht umsonst gibt es das Sprichwort „Auf dem Lande stirbt es sich leichter.“ Hier ein Beispiel, wie die wenigen Ärzte, die es dort gibt, praktizieren, oder auch praktizieren müssen.

Meine Mutter hatte kürzlich eine schwere Grippe mit 40 Fieber, Halsentzündung, Atembeschwerden usw., also bestimmt keine leichte Sache. Sie rief ihren Arzt (den einzigen in dieser Gegend) an, um ihn um einen Besuch zu bitten. Dieser erklärte, daß ihm das nicht möglich sei. Also stellte er seine Diagnose per Telefon! Meine Mutter hat das glücklicherweise überlebt.

Ein Beispiel dafür, wie leichtfertig mancher Arzt seine Pflicht nimmt? Ich meine nicht unbedingt, wenn man bedenkt, daß dieser Arzt über 6000 Menschen, verstreut über 4-5 Dörfer zu betreuen hat. Vielmehr ist es ein Beispiel für das erbärmliche kapitalistische Gesundheitswesen, dem wir ausgeliefert sind.

Wie anders im sozialistischen Albanien, wo selbst die entlegenste ländliche Ecke über ausreichend Ärzte und medizinische Zentren verfügt. Und das macht den Unterschied aus: Hier in der hochindustrialisierten, reichen, aber leider kapitalistischen DBR bedeutet der Mensch nichts. Dagegen in dem kleinen, vergleichsweise „ärmeren“ aber sozialistischen Albanien ist es der Mensch, der im Mittelpunkt steht.

Ein Grund mehr, daß wir diesem Beispiel folgen.

DORTMUND

WIE EIN BACKSTEIN IM JAHRE 1968 VOM GERÜST FÄLLT UND IM JAHRE 1945 UNTEN AUFSCHLÄGT

Er ist Polier in Dortmund. 1968 flog ihm ein Backstein aufs Auge, so daß er darauf kaum noch was sehen konnte. Er beantragte Unfallrente bei der Berufsgenossenschaft. Wenig später erhielt er von einer ganz anderen Stelle einen seltsamen Brief — von der Behörde, die für Kriegsinvaliden zuständig ist. Er sei, heißt es darin, zu 24% kriegsbeschädigt wegen Beeinträchtigung der Sehkraft im Zusammenhang mit einer schweren Malariaerkrankung 1945 in Griechenland!

Er hatte aber von klein auf mit beiden Augen und noch 23 Jahre nach dem Krieg einwandfrei gesehen (Sehkraft 2,0 bis zum Arbeitsunfall 1968), und nie so einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsversehrter gestellt! Das Rätsel wird leicht lösbar, wenn man folgendes weiß: Kriegsinvalidenrente bekommt man ab 25%, Arbeitsunfallrente ab 20% Invalidität. Deswegen war er mit seinen 24% plötzlich, 23 Jahre nach Kriegsende, vom „Krieg“ verletzt worden, beim Hausbau. Die Berufsgenossenschaft holte sich dann auch noch entsprechende Gutachten ein, er bezahlte sich notgedrungen selber Gutachter, seine Klage wurde vom Sozialgericht abgewiesen.

Das zeigt jedem, daß wir tatsächlich im „Kriegszustand“ sind, nämlich mit den Kapitalisten.

MÜNSTER

Wir möchten der Redaktion des ROTEN MORGEN einige Auszüge aus einem Aufnahmeantrag mitteilen, den ein ehemaliger Genosse der GRF (KPD) bei seinem Eintritt in die ROTE GARDE geschrieben hat.

„Mein politisches Leben begann 1969, als ich mich der Schülerbewegung in Münster anschloß... Mitte 1971 wurde dann von mehreren Genossen, darunter auch ich, das SK/ML (Schülerkollektiv/ Marxisten-Leninisten) gegründet. Der im wesentlichen einzige Punkt, in dem diese Organisation über die vorige Bewegung hinausging, war der ‚ML‘-Name und Anspruch. Er war Ausdruck einer spontanen Zuneigung zum Marxismus-Leninismus und daß der moderne Revisionismus nicht in der Lage war, die Reste der antiautoritären Bewegung in seine Bahnen zu lenken, hauptsächlich deshalb, weil er uns zu wenig militant erschien (‚friedlicher Übergang‘ etc.), aber auch wegen des starken Eindrucks, den die Große Proletarische Kulturrevolution auf uns machte. Dieser Eindruck war jedoch ziemlich oberflächlich und die ‚Revisionismus-Kritik‘ befand sich durchaus nicht auf der Ebene der Polemik über die Generallinie.“

Dann beschreibt der Genosse, wie sich das SK/ML ohne entschiedenen Bruch mit dem modernen Revisionismus zur GRF (KPD) hin entwickelte. Zu seiner Entwicklung in jüngster Zeit schreibt der Genosse folgendes:

„Einige Ursachen für meine nicht allzu feste Bindung an GRF/KSV habe ich schon genannt, hinzu kamen die alltäglichen negativen Erfahrungen in der Organisation, die hier zu schildern zu weit führen würden. Nach der Kieler Rede des Genossen Ernst Aust begann ich, mich erstmals ernsthaft mit der KPD/ML auseinanderzusetzen. Einen besonders starken Eindruck machte dann die Rede zur Einheit der Marxisten-Leninisten auf mich und das weitaus bessere und solidarischere Verhalten der ROTE-GARDE Genossen als vorher und auch im Vergleich zu führenden GRF-Genossen. Das ließ die KPD/ML erst zur möglichen Alternative für mich werden.

Der große Widerspruch zur GRF ergab sich dann primär in der Frage der Duldung der US-Besatzertruppen und in zweiter Linie in der Frage des Schah-Regimes und ä. Dem RM-Artikel zur Frage der US-Truppen konnte ich voll beipflichten und somit war der erste Schritt getan. Ich gab dann eine schriftliche Erklärung ab, in der ich mich von der GRF distanzierte. Auch die zum gleichen Zeitpunkt erscheinende RM-Beilage zum Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte fand ich vollkommen richtig.

Es war für mich kein leichter Schritt, einer Organisation, die ich dreieinhalb Jahre unterstützt und als Kommunistische Partei angesehen hatte, den Rücken zu kehren. Ich glaube aber, die Konsequenzen rasch und gründlich gezogen zu haben. Nach eingehendem Studium verschiedener Dokumente der KPD/ML und besonders des Theoretischen Organs Nr. 2 und 3 weiß ich, daß die KPD/ML die Kommunistische Partei ist. Ich will hier keine Romane schreiben; ich verstehe und unterstütze den Inhalt der beiden TO's voll und ganz, unbeschadet von vielleicht 2 oder 3 untergeordneten taktischen Fragen, etwa das Verhalten zum Regierungsmai. Darauf trifft aber meiner Ansicht nach das zu, was Genosse Ernst Aust in seiner Rede zur Einheit der Marxisten-Leninisten sagt: ‚Auf jeden Fall handelt es sich hierbei um taktische Fragen, und nicht solche grundsätzlicher, prinzipieller Natur. Solche Fragen tauchen auch in der Partei im Laufe des Kampfes immer wieder auf und müssen entschieden werden.‘“ (RM 27/75)

In diesem Sinne beantrage ich die Aufnahme in den KSB/ML, Sektion der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML...“

So weit der Genosse. Er kämpft heute in der ROTEN GARDE mit und setzt sich aktiv für die Ziele der KPD/ML ein. Vorwärts auf dem Wege der Einheit aller Marxisten-Leninisten in der einen bolschewistischen Partei des Proletariats!

Rot Front! KPD/ML und ROTE GARDE Münster

Unter dem Deckmantel des Kampfes für die nationalen Interessen

Kampf für die sozialistische Revolution von der Tagesordnung gestrichen

Im letzten ROTEN MORGEN haben wir unter der Überschrift „Opportunismus und Spaltertätigkeit haben keine Chance“ die wütenden Angriffe der „Roten Fahne“ Zentralorgan der GRF (KPD), gegen unsere Partei zurückgewiesen. Im folgenden wollen wir noch einmal erläutern, warum die Frage des Hauptfeindes der sozialistischen Revolution gesondert für Westdeutschland und die DDR aufgeworfen werden muß und den Vorwurf des „Ökonomismus“ zurückweisen, den die „Rote Fahne“ gegen unsere Partei erhoben hat.

So heißt es in der jüngsten Ausgabe der „Roten Fahne“ (2/76, S. 11): *„Mit der Beschränkung darauf, nur für die beiden Teile Deutschlands jeweils den Hauptfeind zu bestimmen, verdoppelt das ZK der KPD/ML in seiner Linie die Spaltung Deutschlands durch den sowjetischen Sozialimperialismus und den USA-Imperialismus und ihre Werkzeuge und lehnt jede Überlegung darüber ab, daß trotz unterschiedlicher Wege die Arbeiterklasse und die Volksmassen der geteilten Nation in einer gemeinsamen revolutionären Strategie vereinigt werden müssen.“*

Unsere Partei hat bereits in ihrer Gründungserklärung erklärt, daß die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen in der DDR und in Westdeutschland ein gemeinsames Ziel haben: ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Es war unsere Partei, die innerhalb der revolutionären Bewegung unseres Landes gegen alle Anfeindungen (nicht zuletzt auch seitens der „Roten Fahne“) die nationale Frage auf die Tagesordnung setzte. In der programmatischen Erklärung des Zentralkomitees unserer Partei zur nationalen Frage „Deutschland dem deutschen Volk“ hat unsere Partei bereits im Dezember 1973 die große Bedeutung der nationalen Frage sowohl unter dem Gesichtspunkt des **weltweiten** Kampfes gegen die beiden imperialistischen Supermächte als auch im Hinblick auf die **besonderen** Bedingungen der sozialistischen Revolution in Deutschland zusammengefaßt.

Wer die Auseinandersetzung um die strategischen und wichtigen taktischen Fragen offen und ehrlich führen will, sollte dementsprechend auch bereit sein, diese Tatsachen anzuerkennen. Dazu ist die „Rote Fahne“ offensichtlich nicht bereit. Sonst könnte sie nicht zu der Behauptung kommen, unsere Partei lehne *„jede Überlegung darüber ab, daß trotz unterschiedlicher Wege die Arbeiterklasse und die Volksmassen der geteilten Nation in einer gemeinsamen revolutionären Strategie vereinigt werden müssen“*. Alle Behauptungen, Unterstellungen, Diffamierungen der „Roten Fahne“ können nicht darüber hinwegtäuschen, daß unsere Partei jahrelang gegen die Leugnung der Bedeutung der nationalen Frage angekämpft hat und der nationalen Frage eine sehr große Bedeutung beigemessen hat und beimißt.

Allerdings ist unsere Partei niemals von dem prinzipiellen Standpunkt abgewichen, daß der Kampf für die nationalen Interessen unseres Volkes in beiden deutschen Staaten dem Kampf für die sozialistische Revolution untergeordnet werden muß. Und eben in dieser Frage liegt der Hund begraben. So heißt es in der „Roten Fahne“ 49/75 in einem Artikel, den ein Mitglied des Zentralkomitees der GRF im Auftrag des Politbüros verfaßt hat: *„Es reicht nicht aus, nur festzustellen, daß der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie nur durch die sozialistische Revolution zu lösen ist und direkt falsch wird es, wenn (in der Erklärung ‚Deutschland dem deutschen Volk!‘ — bis heute nicht zurückgenommen] behauptet wird, die Arbeiterklasse unseres Landes stehe ‚unmittelbar vor der Aufgabe der Vorbereitung und Durchführung der proletarischen, der sozialistischen Revolution‘. Historisch ja, unmittelbar aber eben nicht, das ist doch das ganze Geheimnis, weshalb die Frage des ‚Herankommens an die proletarische Revolution‘ von so ausschlaggebender Bedeutung ist.“*

Diese Ausführungen der „Roten Fahne“ beziehen sich auf das Kapitel *„Am Vorabend der sozialistischen Revolution“* in der ZK-Erklärung unserer Partei zur nationalen Frage (S. 2/3). Dort wird auf die unterschiedlichen Aufgaben der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Parteien in den halbkolonialen, halbfeudalen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und in den imperialistischen Ländern eingegangen. Es wird festgestellt, daß in den halbkolonialen, halbfeudalen Ländern die Revolution in zwei Etappen (der neudemokratischen und der sozialistischen) verläuft. Im Anschluß daran wird für die imperialistischen Länder festgestellt, daß in ihnen das Proletariat ***„unmittelbar vor der Aufgabe der Vorbereitung und Durchführung der proletarischen, der sozialistischen Revolution“*** steht. Niemand, auch kein ZK-Mitglied der GRF, sollte sich entblöden zu behaupten, er habe diese Ausführungen so verstanden, daß das ZK unserer Partei im Dezember 1973 erklärt habe, die Arbeiterklasse müsse sich **sofort** zum bewaffneten Aufstand erheben. Was die „Rote Fahne“ also *„direkt falsch“* findet, ist die Feststellung unseres Zentralkomitees, daß in einem imperialistischen Land es keine nationalrevolutionäre oder demokratische Zwischenetappe gibt, sondern daß die sozialistische Revolution strategisch unmittelbar auf der Tagesordnung steht. Daraus folgt allerdings auch, daß die Kommunistische Partei ihre gesamte Tätigkeit dem Ziel der sozialistischen Revolution unterordnen muß. Es ist selbstverständlich unsere Aufgabe jetzt, wo noch keine revolutionäre Situation besteht, die sozialistische Revolution in jeder Hinsicht (politisch, organisatorisch, militärisch) vorzubereiten. **Wer dagegen wie die „Rote Fahne“ die Vorbereitung der sozialistischen Revolution als unmittelbare Aufgabe ablehnt und im ausdrücklichen Gegensatz dazu der „Frage des Herankommens an die proletarische Revolution ausschlaggebende Bedeutung“ beimißt, sagt mit anderen Worten, daß die proletarische Revolution in Deutschland eine strategische Etappe des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit kennt.**

Weil die „Rote Fahne“ die sozialistische Revolution zugunsten des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit von der Tagesordnung abgesetzt hat, kann oder will sie nicht die Notwendigkeit anerkennen, daß man den Hauptfeind der sozialistischen Revolution für beide Teile Deutschlands bestimmen muß. Wenn man nämlich vom Standpunkt der sozialistischen Revolution an diese Frage herangeht, ist sie im Gegensatz zu den diesbezüglichen Ausführungen der „Roten Fahne“ sehr unkompliziert. Das Wesen der sozialistischen Revolution besteht doch darin, daß die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten im bewaffneten Kampf die herrschende Kapitalistenklasse stürzen, ihren Staat, die Diktatur der Bourgeoisie, zerschlagen und auf dessen Trümmern den proletarischen Staat, die Diktatur des Proletariats, errichten. Nun ist doch klar, daß in der DDR und in Westdeutschland zwei verschiedene Bourgeoisien herrschen, daß es zwei Staatsapparate gibt. **Nur durch die sozialistische Revolution in beiden deutschen Staaten wird der Weg zu einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland frei.** Also muß man auch in beiden deutschen Staaten (auf die besondere Situation Westberlins wollen wir an dieser Stelle nicht eingehen) den Hauptfeind der sozialistischen Revolution bestimmen. **Es hat mit Marxismus-Leninismus nichts zu tun, wenn man die Tatsache der Existenz einer Nation zum Vorwand nimmt, um die Tatsache der Existenz von zwei bürgerlichen Staaten auf dem Territorium dieser Nation herunterzuspielen.** Warum ist denn die gewaltsame sozialistische Revolution überhaupt notwendig? Doch wohl deshalb, weil die Kapitalistenklasse ihren Staatsapparat errichtet hat, um ihre Herrschaft über die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk **gewaltsam** aufrechtzuerhalten.

So wird deutlich, wie die „Rote Fahne“ in immer stärkerem Maße die nationale Frage mißbraucht, um von der sozialistischen Revolution abzulenken. Natürlich besteht die Möglichkeit, daß vor dem Heranreifen einer revolutionären Situation in einem oder beiden deutschen Staaten eine reaktionäre „Wiedervereinigung“ Deutschlands erfolgt, wenn z. B. der russische Sozialimperialismus in Westdeutschland einfällt und es besetzt. Wir müssen uns und die werktätigen Massen auf diese große Gefahr vorbereiten. Aber wir können nicht so tun, als sei das bereits jetzt der Fall.

Der Vorwurf der „Roten Fahne“, unsere Partei werfe die *„Frage des Hauptfeindes nur borniert auf die beiden deutschen Teilstaaten“* auf, zeigt so nur, daß die „Rote Fahne“ alle Fragen borniert unter dem Gesichtspunkt des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit aufwirft und nicht vom Standpunkt der sozialistischen Revolution. Und auch die Polemik der „Roten Fahne“ gegen den angeblichen „Ökonomismus der Grußadresse“ des Zentralkomitees unserer Partei zum neuen Jahr entlarvt sich sehr schnell als Angriff auf den Kampf unserer Partei, die Arbeiterklasse im Geist der sozialistischen Revolution zu erziehen. So heißt es in der „Roten Fahne“ (2/76, S. 11): *„Die jüngste Neuschöpfung des ZK der KPD/ML vom ‚unmittelbaren Ausbeuter‘ haben wir in der letzten Roten Fahne bereits als ökonomistische ‚Vertiefung‘ der marxistisch-leninistischen Klassenanalyse gekennzeichnet.“* Zunächst einmal handelt es sich hier um eine Verfälschung der Grußadresse unseres Zentralkomitees. Denn in dem angesprochenen Teil der Grußadresse ist stets von Ausbeutung **und Unterdrückung** und vom Kampf gegen die **herrschende Klasse** die Rede. Diese Verfälschung braucht die „Rote Fahne“ um ihrer „Ökonomismus-Polemik“ wenigstens den Anschein von Plausibilität zu verleihen.

Wie die „Rote Fahne“ Lenin auf den Kopf stellt

Was war das Wesen des Kampfes, den Lenin gegen die Ökonomisten führte? Die Ökonomisten vertraten die Ansicht, daß die Kommunisten es sich nicht als Hauptaufgabe stellen dürften, die Arbeiterklasse zum politischen Kampf, zum revolutionären Sturz des Zarismus zu führen, sondern daß sie sich auf die Organisierung des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter gegen die Unternehmer und die Regierung beschränken müßten. Unter „wirtschaftlichem Kampf gegen die Regierung“ wurde die Verbesserung der Arbeitsgesetzgebung verstanden. Lenin kämpfte also gegen den Versuch der Ökonomisten, die Arbeiterklasse auf den Kampf für wirtschaftliche Forderungen zu beschränken, anstatt die Arbeiterklasse im Geiste der sozialistischen Revolution zu erziehen. **Lenin kämpfte also für die Unterordnung des Kampfes für Reformen unter den Kampf für die sozialistische Revolution.**

Wofür aber kämpft die „Rote Fahne“, während sie sich auf Lenin beruft? Wird in der Grußadresse unseres Zentralkomitees denn nicht gerade dargelegt, daß die Partei die Tageskämpfe der Arbeiterklasse ausnutzen muß, um die Arbeiterklasse zur sozialistischen Revolution zu erziehen und die Vorhut der Arbeiterklasse für den Kommunismus zu gewinnen? Ganz im Sinne von Lenins Schrift *„Was tun?“*, die die „Rote Fahne“ zitiert: *„Die Aufgabe der Sozialdemokraten aber erschöpft sich nicht in der politischen Agitation auf ökonomischen Boden, ihre Aufgabe ist es, diese trade-unionistische Politik in einen sozialdemokratischen politischen Kampf zu verwandeln, die Funken politischen Bewußtseins, die der ökonomische Kampf in den Arbeitern entstehen läßt, auszunutzen, um die Arbeiter auf das Niveau des sozialdemokratischen politischen Bewußtseins zu heben.* (Werke, Bd. 13, S. 429).

Genau dieser Richtlinie Lenins folgt die Grußadresse des Zentralkomitees unserer Partei. Hätten die Autoren der „Roten Fahne“ mehr Mühe darauf verwandt, Lenins Ausführungen in *„Was tun?“* zu verstehen, wäre ihnen bei ihrer Berufung auf diese bedeutende Schrift Lenins vielleicht folgender Widerspruch aufgegangen: **Während Lenin kompromißlos für die Unterordnung des Kampfes für Reformen unter den Kampf für die sozialistische Revolution eintritt, kämpft die „Rote Fahne“ für die nationale Unabhängigkeit.** So gründlich ist Lenin selten auf den Kopf gestellt worden. In dem ganzen Abschnitt der Grußadresse des Zentralkomitees, in dem begründet wird, warum in Westdeutschland der westdeutsche Imperialismus der Hauptfeind der sozialistischen Revolution ist, ist vom Kampf um einzelne wirtschaftliche Forderungen gar nicht die Rede, sehr wohl aber vom Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie, von der sozialistischen Revolution. Wer das als *„plattesten Ökonomismus“* bezeichnet, für den ist es höchste Zeit zu überlegen, in welchem Sumpf er gelandet ist, ob er weiter hineinmarschieren oder auf den festen Boden des Marxismus-Leninismus und des Kampfes für die sozialistische Revolution zurückkehren will.

Leitartikel von "Renmin Ribao", Hongqi" und "Jiefangjun Bao" zum Neujahr 1976

Nichts ist schwierig in dieser Welt, ist da der Wille, die Höhen zu erklimmen

Das Jahr 1976 ist angebrochen. Heute werden zwei Gedichte veröffentlicht, die unser großer Führer, der Vorsitzende Mao, im Jahre 1965 verfaßte. Es sind dies „Den Djinggangschan wieder hinauf" zur Melodie „Schui Diao Gö Tou" und „Gespräch zweier Vögel" zur Melodie „Niän Nu Djiao". Diese beiden glänzenden Werke beschreiben in poetischen Bildern, welche revolutionären Realismus und revolutionäre Romantik aufs innigste verbinden, die ausgezeichnete Lage im In- und Ausland. Von ihr heißt es da: *„Die Welt wird umgewälzt"* und *„Die Szene gewandelt, ein neues Gesicht"*.

Sie besingen den Heldenmut der revolutionären Völker: Sie **„können den Mond im Neunten Himmel umfassen und die Schildkröten fangen tief in den Fünf Meeren"**. Sie legen die Gesetzmäßigkeit der Geschichte dar, nach der der Marxismus-Leninismus den Sieg erringen und der Revisionismus unterliegen wird. Die Veröffentlichung dieser zwei Gedichte des Vorsitzenden Mao ist ein Ereignis von großer politischer und aktueller Bedeutung und ein gewaltiger Ansporn für das ganze Volk. Wenn wir beim Eintritt in das neue Jahr die Gedichte des Vorsitzenden Mao rezitieren, unsere Blicke über das weite Territorium des Vaterlandes schweifen lassen und die revolutionären Stürme auf der Welt ins Auge fassen, erfüllt uns große Begeisterung und ein Gefühl des Stolzes, sind wir noch zuversichtlicher, neue Siege zu erringen.

„Gesang der Pirole, Sirren der Schwalben überall". Durch die Große Proletarische Kulturrevolution und die Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius, durch die Bewegung zum Studium der Theorie über die Diktatur des Proletariats und durch die Kritik am Roman „Geschichten vom Liangschan-Mor" ist unsere Partei von größerer Lebenskraft erfüllt als jemals zuvor, ist unser Volk noch enthusiastischer, gedeiht unser Land immer besser, ist die Diktatur des Proletariats gefestigter denn je. Die sozialistischen neuen Dinge, prächtige Blumen, blühen überall in unserem Land. Die Volksmassen aller Nationalitäten studieren umfassend und unermüdlich den Marxismus, den Leninismus, die Maotsetungideen. Schritt für Schritt vertiefen sie ihr Verständnis von den Klassen, vom Klassenkampf und vom Kampf zweier Linien in der sozialistischen Gesellschaft und erhöhen ihr Bewußtsein über die Notwendigkeit der Einschränkung des bürgerlichen Rechts und der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats. Die Dreierverbindung von älteren, mittleren und jungen Kadern hat den Leitungsgremien aller Ebenen noch lebendigere Tatkraft verliehen, Millionen und aber Millionen Fortsetzer der revolutionären Sache des Proletariats stählen sich gemäß den vom Vorsitzenden Mao aufgestellten fünf Anforderungen. Die Revolution auf dem Gebiet der Literatur und Kunst, exemplarisch in den Musterstücken der revolutionären Bühnenkunst durchgeführt, brachte das sozialistische literarische und künstlerische Schaffen zu immer schönerer Blüte. Die Revolution im Bildungswesen schreitet in der vom Vorsitzenden Mao gewiesenen Richtung im Kampf voran. Man ist bemüht, die Lehranstalten zu Werkzeugen der Diktatur des Proletariats umzugestalten und gebildete Werktätige mit sozialistischem Bewußtsein heranzubilden. Dabei sind erfreuliche Erfolge erzielt worden. Die Revolution im Gesundheitswesen verändert die Situation in den Dörfern, die durch Mangel an Ärzten und Medikamenten gekennzeichnet war, immer mehr Barfußärzte reifen heran, das System der genossenschaftlichen medizinischen Betreuung ist noch gefestigter. Die vielen Kader gehen in die „7. Mai"-Kaderschule, um dort an der Produktionsarbeit teilzunehmen und aufs neue zu studieren. Dabei sind sie sich noch klarer geworden über die Notwendigkeit der Weiterführung der Revolution und haben erneut revolutionäre Jugendfrische erlangt. Über 10 Millionen Jugendliche mit Schulbildung haben sich in den Dörfern niedergelassen und führen dort beharrlich die Revolution weiter. Sie machen in den weiten Landgebieten rasch Fortschritte. Der Einzug der Arbeiterklasse in die Hoch-, Mittel- und Grundschulen und in andere Sektoren des Überbaus hat der Herrschaft bürgerlicher Intellektueller dort ein Ende gesetzt. Die Aufstellung und das Anwachsen des Kontingents von Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Theoretikern hat die sozialistische Revolution an der ideologischen und kulturellen Front vorangetrieben. Die Massenbewegung des Lernens von Dadschai in der Landwirtschaft entfaltet sich schwungvoll, Hunderte Millionen Menschen sind mobilisiert, eine Million Kader begaben sich an die vorderste Front der landwirtschaftlichen Produktion. Die revolutionäre Bewegung zum Aufbau von Kreisen vom Typ Dadschai im ganzen Land entwickelt sich stürmisch. Unser Land hat 14 Jahre nacheinander reiche Ernten eingebracht. Die Massenbewegung des Lernen von Datjing in der Industrie entwickelt sich in die Tiefe und hat den revolutionären Geist der Unabhängigkeit und Selbständigkeit, des Vertrauens auf die eigene Kraft noch mehr zur Entfaltung gebracht und die industrielle Produktion auf ein neues Niveau gehoben. Die Berufswissenschaftler und -techniker verbinden sich mit den Arbeitern und Bauern und führen die wissenschaftliche Forschung bei offener Tür durch. Ein von unserem Land gestarteter künstlicher Erdsatellit ist zur Erde zurückgekehrt. Unsere wissenschaftliche Arbeit hat neue Fortschritte gemacht. Die im 4. Fünfjahresplan vorgesehenen Planziffern für die industrielle und landwirtschaftliche Bruttoproduktion sind erfolgreich erfüllt worden. In unserem Land sind die Preise stabil, floriert der Markt, und der Lebensstandard des Volkes erhöht sich ständig.

All diese Tatsachen haben das Geschwätz von der „guten alten Zeit" überzeugend widerlegt. Sie sind ein großer Sieg der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao, ein grandioser Sieg der Großen Proletarischen Kulturrevolution und der Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius. Im neuen Jahr müssen die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten des Landes unter Führung des Zentralkomitees der Partei mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze an der grundlegenden Linie der Partei festhalten, gewissenhaft die Theorie über die Diktatur des Proletariats studieren, den Klassenkampf als das Hauptkettenglied anpacken, die ganze Reihe wichtiger Weisungen des Vorsitzenden Mao weiter in die Tat umsetzen, die sozialistische Revolution in allen Sektoren des Überbaus vorantreiben, die Stabilität und Einheit fördern, die Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft und Industrie und der Volkswirtschaft insgesamt beschleunigen und für die weitere Konsolidierung der Diktatur des Proletariats kämpfen.

Der Vorsitzende Mao schärfte uns ein: **„Niemals die Existenz von Klassen und den Klassenkampf vergessen!"**

Vor kurzem lehrte er uns wiederum: **„Stabilität und Einheit heißt nicht, den Klassenkampf aufgeben. Der Klassenkampf ist das Hauptkettenglied, alles andere hängt von ihm ab."**

Den Klassenkampf als das Hauptkettenglied anpacken, das ist die grundlegende Theorie und Praxis unserer Partei in der sozialistischen Revolution unter Führung des Vorsitzenden Mao seit mehr als 20 Jahren. Wie der Vorsitzende Mao abermals feststellte, als er im Jahre 1965 Liu Schao-tschis revisionistische Linie kritisierte: **„Während der ganzen Übergangsperiode bestehen Klassenwidersprüche, der Klassenkampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, der Kampf zwischen dem Weg des Sozialismus und dem Weg des Kapitalismus. Wenn wir diese grundlegende Theorie und Praxis unserer Partei in den letzten mehr als ein Dutzend Jahren vergessen, werden wir auf Abwege geraten."** Die historischen Erfahrungen vieler Jahre lehren uns: Wenn man das Prinzip, den Klassenkampf als das Hauptkettenglied anzupacken, negiert oder revidiert, so wird man in theoretischer und praktischer Hinsicht Fehler begehen. Der Kampf zweier Linien — ob der Marxismus oder ob der Revisionismus praktiziert wird — das ist eine Widerspiegelung des Kampfes zweier Klassen und zweier Wege innerhalb der Partei. Die vor kurzem an der Front des Bildungswesens aufgetauchten irrigen Ansichten sind ein Wind von rechts, um das Urteil zu revidieren, sind eben ein deutlicher Ausdruck der revisionistischen Linie, die sich im Sinne der Bourgeoisie dem Proletariat entgegenstellt. Dies zeigt wieder einmal, daß der Klassenkampf in der sozialistischen Gesellschaft lange andauert und verwickelt ist, daß er zuweilen sogar sehr heftig wird. Wir müssen kühlen Kopf bewahren und unbeirrbar unseren proletarischen Kampf gegen die Bourgeoisie führen, dürfen niemals den Klassenkampf, dieses Hauptkettenglied, vergessen. Packt man das Hauptkettenglied an, kommt alles in richtige Geleise. In seiner Kritik an jener eklektizistischen These von der Gleichsetzung der Politik und Wirtschaft sagte Lenin: **„Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomik. Anders argumentieren heißt das Abc des Marxismus vergessen."** Was ist Politik? Lenin sagte: **„Politik — das ist der Kampf zwischen den Klassen."** Vergißt man den Klassenkampf, das Hauptkettenglied, so wird man kein klarsichtiger, vollwertiger und nüchtern denkender Revolutionär sein und wird von der sozialistischen Richtung abweichen.

Wie man die Große Proletarische Kulturrevolution einschätzt, darin kommt konzentriert der gegenwärtige Kampf zwischen zwei Klassen, zwei Wegen und zwei Linien zum Ausdruck. Sowohl der IX als auch der X. Parteitag der Partei haben eine zusammenfassende Beurteilung der Großen Proletarischen Kulturrevolution gegeben. Diese große Revolution zu bejahen oder zu negieren, ist dem Wesen nach der Kampf zwischen der Weiterführung der Revolution einerseits und der Restauration und dem Rückschritt andererseits. Dieser Kampf wird noch lange andauern. Unsere Kader müssen die Theorie über die Diktatur des Proletariats weiter studieren, die Kritik am Roman „Geschichten vom Liangschan-Moor" fortsetzen, die Weisungen des Vorsitzenden Mao zur Grossen Proletarischen Kulturrevolution erneut studieren, den Widerspruch zwischen den Proletariat und der Bourgeoisie zutiefst als den Hauptwiderspruch in der sozialistischen Gesellschaft erkennen, ebenso völlige Klarheit über diese beiden Klassen und den Kampf zwischen ihnen wie auch über den Charakter, das Objekt, die Aufgaben und die Perspektiven der sozialistischen Revolution gewinnen und bewußt die grundlegende Linie und Politik der Partei für die Geschichtsperiode des Sozialismus beherrschen. Nur so kann man zur Großen Proletarischen Kulturrevolution, zu den Volksmassen und sich selbst gegenüber eine richtige Position einnehmen. Wir müssen weiterhin die konterrevolutionäre revisionistische Linie von Liu Schao-tschi und Lin Biao, die kapitalistischen Tendenzen und die Ideologie des bürgerlichen Rechts kritisieren, müssen die Früchte des Sieges der Großen Proletarischen Kulturrevolution verteidigen und entwickeln.

Eine richtige Einschätzung der Großen Proletarischen Kulturrevolution verlangt eine entsprechende Beurteilung der sozialistischen neuen Dinge. Sie sind frische Früchte des Triumphes des Proletariats über die Bourgeoisie und lebenskräftige, großartige Schöpfungen der Hunderte Millionen zählenden Volksmassen. Von allen Seiten her schränken sie das bürgerliche Recht ein und widerspiegeln die Entwicklungstendenz der Geschichte, daß der Kapitalismus unweigerlich durch den Sozialismus und Kommunismus abgelöst werden wird. Der Vorsitzende Mao sagte: **„Alles, was neu ins Leben tritt, wächst unter Schwierigkeiten heran, hat einen Weg voller Windungen und Wendungen zurückzulegen." „Die wahren Helden sind die Massen."** Jedes Mitglied der Kommunistischen Partei, jeder Revolutionär muß voll Eifer die revolutionären neuen Dinge unterstützen. Man muß verstehen, daß neue Dinge einen Wachstumsprozeß durchzumachen haben und dabei unvermeidlich einige Unzulänglichkeiten aufweisen. Daher soll man ihnen gegenüber auf Grundlage einer umfassenden Bejahung ihrer bisherigen Errungenschaften eine positive Haltung einnehmen und Maßnahmen ergreifen, um sie zu vervollkommnen. Auf keinen Fall darf man sich wie ein bürgerlicher Patrizier verhalten, der sie wütend beschimpft und ihnen kalte Duschen verabreicht. Noch weniger darf man jener Handvoll feindlich Gesinnter folgen, die mit Hintergedanken die neuen Dinge abwürgen. Wir müssen den Klassenkampf als Hauptkettenglied anpacken, gute Arbeit bei der Weiterführung der Revolution im Bildungswesen, in Literatur und Kunst und im Gesundheitswesen leisten und

Fortsetzung auf Seite 10

ZWEI GEDICHTE MAO TSETUNG

Den Djinggangschan wieder hinauf

— Zur Melodie *Schui Diao Gö Tou*
Mai 1965

Mein Wille schon immer, die Wolken zu erreichen,
Besteig erneut ich den Djinggangschan,
Komme von fern zu unserm frühern Aufenthalt.
Die Szene gewandelt, ein neues Gesicht:
Gesang der Pirole, Sirren der Schwalben,
Murmelnde Bäche, überall.
Und der Weg führt zu ragender Höhe.
Einmal den Huangyang-Paß überschritten,
Ist keine gefährliche Stelle des Blickes mehr wert.

Winde toben, Donner rollt,
Fahnen und Banner wehen,
Wo Menschen sind.
Achtunddreißig Jahre
Vorbei im Handumdrehn.
Wir können den Mond im Neunten Himmel umfassen
Und die Schildkröten fangen tief in den Fünf Meeren;
Wir kommen zurück — lachend und singend im Sieg.
Nichts ist schwierig in dieser Welt,
Ist da der Wille, die Höhen zu erklimmen.

Gespräch zweier Vögel

— Zur Melodie *Niän Nu Djiao*
Herbst 1965

Der Riesenvogel schlägt die Schwingen,
Stößt neunzigtausend Li empor,
Aufrührt einen Wirbelsturm.
Den blauen Himmel tragend, sieht er
Die Menschenwelt mit ihren Städten.
Geschützfeuer steigt zum Firmament,
Granaten graben ihre Spur.
Im Busch der Spatz zu Tod erschrocken:
„Die Hölle ist los,
Nur weg von hier!"

„Darf man fragen, wohin?"
Darauf der Spatz:
„Zum Berg der Götter, ins Jadeschloß!
Weißt du nichts vom Vertrag der Drei,
*Geschlossen unter hellem Herbstmond vor zwei Jahren? **
Auch zu essen gibt es dort,
Kartoffeln, schon fertig,
*Und Rindfleisch dazu." ***
„Hör' auf mit diesem Furz!
Sieh', die Welt wird umgewälzt!"

* Mit dem „Vertrag der drei, geschlossen unter hellem Herbstmond vor zwei Jahren" ist das Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser gemeint, das am 5. 8. 1963 in Moskau von den USA, Großbritannien und der Sowjetunion unterzeichnet wurde, das eine Kapitulation der Sowjetrevisionisten vor dem USA-Imperialismus bedeutete und zugleich die Zusammenarbeit des US-Imperialismus und des Sowjetrevisionismus gegen die Völker der Welt vorantrieb.

** Mit dem Rindfleisch spielt Mao Tsetung in seinem Gedicht an auf die Versprechungen Chruschtschows, der das Ziel des Sozialismus und Kommunismus dazu herabwürdigte, daß jeder seinen Topf Gulasch bekäme. Die Sowjetrevisionisten wurden deshalb von allen wahrhaften Marxisten-Leninisten auch als „Gulasch-Kommunisten" verspottet. — *Anmerkung des RM.*

Moskau stört Radio Tirana und Radio Peking

Störsender der Konterrevolution

Viele Hörer von Radio Tirana und Radio Peking haben oft feststellen müssen, daß während der Sendungen immer wieder schwere Störungen auftreten, bisweilen Sätze durch andere Geräusche überlagert und manchmal ganze Passagen durch Störgeräusche kaum verständlich sind. Das liegt dann zumeist nicht daran, daß man ein besseres Empfangsgerät braucht, sondern daran, daß die Sendungen von Radio Peking und Radio Tirana systematisch gestört werden. Gestört von Feinden der Revolution, Feinden der revolutionären Propaganda. Diese Störsender stehen nirgendwo anders als in der Sowjetunion und den revisionistischen Ländern Osteuropas.

In der Zeitschrift FUNKSCHAU, Heft 26, wird über diese Störsender der russischen Sozialimperialisten berichtet: *,,Jene häßlichen Störgeräusche auf den KW-Rundfunkbändern haben zugenommen. Tagsüber sind vor allem die 19-m- und 25-m-Bänder ... und am Abend die 41-m- und 49-m-Bänder, aber auch das 31-m-Band von starken und stärksten Störsendern weitgehend verseucht.''* Wie die Zeitschrift berichtet, hat die Zahl der sowjetischen Störsender in den letzten Jahren zugenommen und dürfte heute längst die 3000 überschritten haben. Auf die Frage, ob diese Störsender gegen die westlichen Sender gerichtet sind, heißt es in der FUNKSCHAU: *,,Das kann man objektiv betrachtet nicht sagen, denn westliche Radiostationen wie die VoA [Stimme Amerikas], die BBC, die DW [Deutsche Welle] in Köln und andere, die noch immer große Europa-Dienste senden, werden kaum noch von den Störsendern des Ostens behelligt.''* Es *,,wird vor allem der Pekinger Auslandsdienst für Europa mit zahlreichen starken Störsendern Moskaus und der Ostblocksender gestört. Dazu gehört auch, daß der sehr große Auslandsdienst Albaniens [Radio Tirana] ... ebenfalls stärkstens von Moskau und seinen ,Getreuen' in Osteuropa gestört wird. In dieser Zielrichtung [Peking plus Tirana] setzt Moskau derzeit seine stärksten Störsender ein. Das ist schon mit einer kurzen Betrachtung der KW-Szene festzustellen.''* *,,Und schließlich''*, heißt es in der FUNKSCHAU abschließend, *,,Stören ist wesentlich teurer als normales Senden. Da überlegt man sich schon, ,wohin' man stört.''*

Und da ist es nicht die westliche Radiopropaganda, sondern es sind die revolutionären Stimmen von Radio Tirana und Radio Peking, die die russischen Sozialimperialisten und ihre Vasallen fürchten. Es ist ihre Angst vor der ständigen Entlarvung als Feinde des Marxismus-Leninismus, als Feinde der proletarischen Weltrevolution, ihre Entlarvung als wilde sozialimperialistische Supermacht, die nach Weltherrschaft strebt.

Doch trotz aller konterrevolutionären Versuche der russischen Sozialimperialisten, die Stimme der Revolution im Äther in Störgeräuschen untergehen zu lassen, *,,vornehmlich beim KW-Rundfunk ... ist ein gänzliches Unhörbarmachen der Sendung einfach nicht möglich''*, wie es die FUNKSCHAU feststellt. **Und tatsächlich ist es so, daß trotz aller Hetze der russischen Sozialimperialisten gegen die Volksrepublik Albanien, trotz aller Störmanöver gegen die Sendungen Radio Pekings und Radio Tiranas, die Zahl der Freunde der beiden sozialistischen Länder auf der ganzen Welt immer mehr werden und die Hörer der beiden revolutionären Stimmen in unserem Land wie auf der ganzen Welt ständig zunehmen.**

Britische Piraten raus aus Islands Gewässern

Seitdem Island als erstes Land im Nordatlantik seine Fischereigrenzen auf zweihundert Seemeilen ausgedehnt hat, ist es beständig dem verstärkten Druck und der offenen Aggression der imperialistischen Staaten, vor allem der Sowjetunion, der Bundesrepublik und Britanniens, die seit langem die isländischen Fischgründe plündern, ausgesetzt.

Die russischen Sozialimperialisten verschickten schon eine diplomatische Protestnote, als die isländische Regierung ihre Maßnahme im Sommer letzten Jahres ankündigte. **Die westdeutschen Imperialisten verhängten 11 Monate lang in den westdeutschen Häfen einen Anlandeboykott für isländischen Fisch, um Druck auf Island auszuüben.**

Von Anfang an traten die britischen Imperialisten, die größten Raubfischer in Islands Gewässern, als offene Aggressoren auf. Seit Ende November haben sie eine Reihe von Kriegsschiffen in die Nähe der isländischen Küste geschickt, die nicht nur die nationale Souveränität Islands Tag für Tag verletzen, sondern auch versuchen, die wenigen isländischen Überwachungsschiffe zu rammen und zu versenken. Allein in den letzten Tagen meldeten die bürgerlichen Zeitungen, daß britische Kriegsschiffe zweimal versuchten, das isländische Überwachungsschiff Thor zu rammen. **Auch wenn der britische Imperialismus heute eine zweitrangige imperialistische Macht ist, bleibt er doch, wie jeder Imperialismus reaktionär, volksfeindlich und aggressiv.**

Der Kampf des isländischen Volkes zur Verteidigung seiner Fischgründe und der Ausdehnung der Fischereigrenzen auf 200 Seemeilen ist ein gerechter Kampf zur Verteidigung seiner nationalen Interessen und seiner nationalen Souveränität. Die isländische Regierung, die die Interessen der isländischen Bourgeoisie vertritt, hat jetzt die NATO als Vermittler angerufen. Die isländischen Monopolkapitalisten, die durch die Mitgliedschaft in der NATO schon 1949 ihre militärische Souveränität zugunsten des USA-Imperialismus aufgegeben haben, wollen jetzt also den aggressiven imperialistischen NATO-Pakt zum Schiedsrichter über die nationalen Interessen des isländischen Volkes machen. Im Kampf gegen den einen Imperialismus kann man sich aber nicht auf einen anderen stützen und noch dazu auf eine imperialistische Supermacht, den amerikanischen Imperialismus, für den Island nur ein ,,unsinkbarer Flugzeugträger'' im Nordatlantik und das isländische Volk Kanonenfutter für seinen Kampf um die Weltherrschaft mit der anderen Supermacht, dem russischen Sozialimperialismus ist. Island und die Gewässer des Nordatlantik sind schon längst zum Schauplatz des erbitterten Ringens der beiden Supermächte, ihrer Rivalität im Kampf um die Weltherrschaft geworden.

Dem isländischen Volk allerdings sind die Besatzertruppen der Nato und der von den amerikanischen Imperialisten für die NATO errichtete Militärstützpunkt Keflavik verhaßt. Die isländischen Arbeiter, Bauern und Fischer und anderen Werktätigen kämpfen gegen die NATO. So weigern sich die isländischen Fluglotsen, NATO-Flugzeuge mit den notwendigen Informationen zu versorgen. Gegen den amerikanischen Stützpunkt in Keflavik werden Demonstrationen durchgeführt und isländische Fischer blockieren seit einer Woche den Zugang zu zwei Radarstation der NATO. Am 25. Januar werden auf ganz Island Demonstrationen gegen die Raubfischerei und Aggressionen des britischen Imperialismus durchgeführt, die sich gleichzeitig gegen die beiden Supermächte USA und Sowjetunion richten und bei denen die isländischen Marxisten-Leninisten des Kommunistischen Einheitsbundes — EIK(ml) eine wichtige Rolle spielen.

In einer Grußadresse des ZK unserer Partei aus Anlaß dieser Demonstrationen wird der gerechte Kampf des isländischen Volkes unterstützt. Auch die Kommunistische Partei Britanniens/Marxisten-Leninisten unterstützt diesen gerechten Kampf und verurteilt die Aggression des britischen Imperialismus. Auf Initiative der Kommunistischen Arbeiter Norwegens/Marxisten-Leninisten werden am 23. Januar in vielen Städten an der norwegischen Küste Solidaritätsdemonstrationen mit dem Kampf des isländischen Volkes durchgeführt.

Im Kampf für die Verteidigung seiner nationalen Interessen stählt sich das isländische Volk. Letzten Endes wird es den Sieg über alle seine Feinde erringen und die Herrschaft der Ausbeuterklassen, die es jetzt ausplündern und unterdrücken, durch die sozialistische Revolution zerschmettern.

Ein Erfolg des palästinensischen Volkes

Die PLO spricht vor dem UN-Sicherheitsrat

Obwohl die US-Imperialisten sich mit Händen und Füßen im UN-Sicherheitsrat dagegen wehrten, wurde die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) vor den Sicherheitsrat geladen. Mehr noch, bis auf das Stimmrecht erhielt die PLO-Delegation den Status eines Vollmitgliedes vor dem Sicherheitsrat.

Dies ist ein großer Fortschritt, der zeigt, daß durch die entschlossene Fortführung des bewaffneten Kampfes gegen die israelischen Zionisten auch die Imperialisten, mit den beiden Supermächten an der Spitze, nicht darum herumkommen, vor aller Welt die gerechte Sache des palästinensischen Volkes zu behandeln.

Der Vertreter der PLO, Farouk Kaddoumi hob vor dem Sicherheitsrat noch einmal hervor, daß die beiden UNO-Resolutionen von 1967 und 1973 den gerechten Standpunkt des palästinensischen Volkes verletzen, indem sie die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes negieren und die Probleme des palästinensischen Volkes lediglich als ,,Flüchtlingsfrage'' behandeln. Entgegen den Darstellungen der US-Imperialisten betonte der PLO-Sprecher, daß es nicht nur um irgendwelche Interessen des palästinensischen Volkes ginge, sondern darum, daß seine nationalen Rechte wiederhergestellt werden. Die Wiederherstellung dieser Rechte könne nicht weniger Bedeutung beigemessen werden als dem Frieden. ,,Wären unsere Rechte nicht mißachtet worden, dann hätte keiner dieser Kriege und keine dieser Tragödien im Mittleren Osten stattgefunden.'' Kaddoumi betonte dabei noch einmal, daß sich der Kampf des palästinensischen Volkes nicht gegen die Juden in Palästina richtet, sondern gegen die Zionisten, ihre expansionistischen Praktiken und ihre aggressiven Absichten, die für das palästinensische Volk zum Exil geführt habe.

Die Ladung der PLO vor den Weltsicherheitsrat hat gerade jetzt große Bedeutung, da die israelischen Zionisten gestützt durch den US-Imperialismus, aber auch durch den russischen Sozialimperialismus, der engere Beziehungen mit Tel Aviv wünscht, ihre Aggressionsakte gegen das palästinensische Volk verstärken, wie wild aufrüsten und einen neuen Aggressionskrieg vorbereiten. Doch die eigentliche Stärke des palästinensischen Volkes liegt darin, daß es konsequent daran festhält, den bewaffneten Kampf gegen den Feind fortzusetzen, bis seine Heimat befreit und die zionistische Gewaltherrschaft zerschlagen ist. Denn die Siege des palästinensischen Volkes werden nicht am Diplomatentisch, sondern auf dem Schlachtfeld mit der Waffe in der Hand errungen. Frieden im Nahen Osten wird es nur dann geben können, wenn Palästina befreit, der Zionismus zerschlagen und die beiden Hauptunruhestifter im Hintergrund, die beiden Supermächte USA und Sowjetunion, vertrieben sind.

Nichts ist schwierig in dieser Welt, ist da der Wille, die Höhen zu erklimmen

Fortsetzung von Seite 9

die Aufgabe von ,,Kampf-Kritik-Umgestaltung'' an allen Fronten gut auszuführen.

,,Die Große Proletarische Kulturrevolution ist eine gewaltige treibende Kraft für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte unseres Landes.'' 1976 ist das erste Jahr des 5. Fünfjahresplans für die Entwicklung der Volkswirtschaft. Wir müssen uns um die Erfüllung und Übererfüllung der staatlichen Pläne bemühen. Es gilt, an dem Prinzip **,,Unabhängig und selbständig, im Vertrauen auf die eigene Kraft, durch harten Kampf und mit Fleiß und Sparsamkeit unser Land aufzubauen''** festzuhalten, weiter die Richtlinie **,,die Revolution anpacken, die Produktion, die Arbeit und die Vorbereitung auf einen Kriegsfall fördern!''** in die Tat umzusetzen, unter Anspannung aller Kräfte immer vorwärtsstrebend, ,,mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher'' den Sozialismus aufzubauen und die Volkswirtschaft voranzutreiben. Wir müssen die Massenbewegung **,,Lernt in der Landwirtschaft von Dadschai''** weiter in die Tiefe entwickeln. Die ganze Partei muß mobilisiert werden, die Landwirtschaft tatkräftig zu entwickeln und dafür zu kämpfen, im ganzen Land Kreise vom Typ Dadschai aufzubauen. Man muß sich an die **,,Betriebsverfassung des Hüttenkombinats Anschan''** halten, weiter tiefgehend die Massenbewegung **,,Lernt in der Industrie von Datjing!''** entwickeln und unseren eigenen Weg in der Entwicklung der Industrie gehen. Ob bei der Entwicklung der Industrie, der Landwirtschaft oder in der Arbeit auf sonst einem Gebiet, immer muß man den Klassenkampf als das Hauptkettenglied betrachten, sich auf die Volksmassen stützen, Untersuchungen und Studien anstellen, die Erfahrungen zusammenfassen und das Typische aufgreifen.

Die Führung durch die Partei ist die Grundgewähr für den Sieg unserer Sache. Die Parteikomitees aller Ebenen müssen ihre Führung stärken, eifrig studieren, die Kader erziehen und ausbilden und gewissenhaft die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao und seine Richtlinien und seine Politik durchführen. Die große Debatte im Bildungswesen muß unter Führung der Parteikomitees der jeweiligen Ebene stattfinden, wobei keine Kampfgruppen zu bilden sind. Man muß streng zwischen den zwei ihrem Wesen nach unterschiedlichen Widersprüchen unterscheiden und sie richtig behandeln. Was die Beurteilung von falsch und richtig in wichtigen Fragen im Kampf zwischen den zwei Linien betrifft, ist es notwendig, durch Debatten ideologisch damit ins reine zu kommen und eine klare Trennungslinie zwischen Marxismus und Revisionismus zu ziehen. Den Genossen gegenüber, die Fehler begangen haben, soll man sich nach der Formel **,,Einheit, Kritik und Selbstkritik, Einheit''** verhalten und die Politik verfolgen: **,,Aus früheren Fehlern lernen, um künftige zu vermeiden''**, **,,Die Krankheit bekämpfen, um den Patienten zu retten.''** Wir müssen weiterhin der Dreierverbindung von Älteren, Mittelaltrigen und Jungen Aufmerksamkeit schenken. Wir müssen uns — angeleitet von der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao — mit mehr als 95% der Volksmassen und der Kader zusammenschließen, ebenso mit allen Kräften, mit denen ein Zusammenschluß möglich ist, müssen alle positiven Faktoren mobilisieren, um alle Arbeiten noch besser zu verrichten.

Die gegenwärtige Weltlage ist ausgezeichnet, es herrscht große Unordnung unter dem Himmel. Alle grundlegenden Widersprüche in der Welt verschärfen sich mit jedem Tag. Die Faktoren für Revolution wie auch für Krieg wachsen offensichtlich an. Der Gulasch-Kommunismus ist total bankrott gegangen. Die marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen verschiedener Länder erstarken und entwickeln sich im Kampf gegen den modernen Revisionismus. Die Länder und Völker der Dritten Welt sind im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Großmacht-Hegemonismus als Hauptkraft hervorgetreten. Immer heftiger wird die Rivalität zwischen den beiden Supermächten, der Sowjetunion und den USA, der strategische Schwerpunkt dieser Rivalität liegt in Europa. Der sowjetische Sozialimperialismus, der ,,Scheinmanöver im Osten vollführt, den Angriff aber im Westen unternimmt'' und eifrigst sein falsches Spiel mit der ,,Entspannung'' treibt, ist heutzutage die gefährlichste Quelle des Krieges. Wir müssen unsere Wachsamkeit erhöhen und auf einen Kriegsfall vorbereitet sein. Wir müssen weiter die strategischen Richtlinien des Vorsitzenden Mao **,,Tiefe Tunnel graben, überall Getreidevorräte anlegen, nie nach Hegmonie trachten''** und **,,Trefft Vorbereitungen auf einen Kriegsfall, Vorbereitungen auf Naturkatastrophen, tut alles für das Volk!''** befolgen. Die Volksbefreiungsarmee und die Volksmiliz müssen die ruhmreiche revolutionäre Tradition weiterpflegen, die Vorbereitungen auf einen Kriegsfall stärken, sich hart ausbilden, strenge Anforderungen an sich stellen und jederzeit bereit sein, alle eindringenden Feinde zu vernichten. Wir sind entschlossen, die Provinz Taiwan, unser geheiligtes Territorium, zu befreien.

,,Nichts ist schwierig in dieser Welt, ist da der Wille die Höhen zu erklimmen.'' Dieser glänzende Vers des Vorsitzenden Mao eröffnet uns die lichte und herrliche Zukunft und zeigt gleichzeitig die windungsreichen Verlauf des Kampfes auf unserem Weg vorwärts. Er wird uns anleiten, auf dem breiten Weg der Weiterführung der Revolution durch Stürme und Gewitter hindurch mutig vorwärtszuschreiten. Der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao folgend, unter Führung des Zentralkomitees der Partei mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze, dank der Geschlossenheit und Einheit der ganzen Partei, der ganzen Armee und des ganzen Volkes werden wir, das ist gewiß, alle Schwierigkeiten und Hindernisse überwinden und im neuen Jahr noch größere Siege erringen können.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Lateinamerika
Revolutionärer Kampf der Bauernbewegung

Der Kampf der Bauern in Lateinamerika hat sich im vergangenen Jahr beständig ausgedehnt und vertieft. Bewaffnete Aktionen, Besetzungen des Landes und der Güter der Großgrundbesitzer, Zusammenstöße mit Polizeikräften, Protestmärsche usw. usf. sind ein wesentlicher Teil des täglichen politischen Lebens, Ausdruck der ernsten Opposition gegen die reaktionäre Politik der Diktaturregimes und örtlichen Oligarchien (kleine herrschende Schicht — RM).

Trotz der Unterdrückungsmaßnahmen der faschistischen Generale in Brasilien erlebte der Kampf der Bauern eine noch nie dagewesene Verschärfung. Die Vorhut in diesem Kampf bildeten auch im letzten Jahr die Bauern des Staates Para, in dessen südlichem Teil seit drei Jahren erfolgreich der bewaffnete Guerillakampf geführt wird. Im Nordosten, einem der ärmsten und zurückgebliebensten Gebiete des ganzen Landes, hat sich der Kampf der Bauernmassen sogar noch mehr verschärft.

Auch in Ecuador hat sich die Zahl der Kämpfe der breiten Massen der Bauern bedeutend erhöht. „En Marcha", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Ecuadors/M-L zieht in einem Artikel folgende Bilanz: *„In den vergangenen Monaten hat die Bewegung der Bauern heroische Tage erlebt. Sie versetzt den Großgrundbesitzern und den Spezialtruppen der Polizei einen Schlag nach dem anderen."* In Honduras haben im Oktober 10000 Bauern mehrmals die Güter ausländischer und einheimischer Großgrundbesitzer besetzt und dort ihre Hütten aufgebaut. In Bolivien dagegen gab es während des Jahres, wie die bolivianische Presse berichtet, bewaffnete Zusammenstöße im Osten des Landes. In Kolumbien verstärkt sich die Bewegung der Bauern besonders in den Gebieten von Chancha, Antioka, San Jorge und anderen, obwohl das Regime immer wieder versucht, die Bewegung mit Terror und Gewalt zu unterdrücken. In Chile gab es eine Reihe von Aktionen, die mit der Besetzung der Güter durch die Bauern endeten. In Haiti, Nikaragua, Guatemala und Paraguay haben die breiten Massen der Bauern immer wieder entschlossene Kämpfe geführt, um sich von der grausamen Herrschaft der nordamerikanischen kapitalistischen Landbesitzer und örtlichen Großgrundbesitzer zu befreien. Auch jetzt führen sie diese Kämpfe weiter. In Paraguay und Guatemala, in der Dominikanischen Republik und anderswo wurden zahlreiche Streiks und Demonstrationen gegen die Ausplünderung der Landbevölkerung durch den US-amerikanischen Trust „United Fruit" u.a. „Chiquita"-Bananen — RM) durchgeführt. Streiks und Demonstrationen in diesen Ländern wurden auch gegen den Bau strategischer Flugplätze und die Anlage von Militärstützpunkten durch die amerikanischen Imperialisten durchgeführt.

Andererseits kämpfen die Bauern für die demokratischen Rechte, gegen die reaktionären Gesetze, wie z. B. das Gesetz über die „soziale Sicherheit" in Bolivien, das Verfassungsgesetz Nr. 5 in Brasilien, das Gesetz 064 in Ekuador usw. usf., die jede Art der Opposition auf Seiten der Bauernmassen verbieten und die sie zwingen, sich der Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer zu unterwerfen.

„Die Verschärfung des Kampfes der Bauern in Lateinamerika", schreibt die Zeitung „Zeri i Popullit", das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens in einem Artikel, *„ist ein wesentlicher Teil des Klassenkampfes der werktätigen Massen gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung durch die Monopole. Er zeigt, daß die breiten Massen des Volkes immer besser erkennen, daß der Weg, um sich von der Versklavung, von den Fangarmen der Ausbeuterordnung der Großgrundbesitzer und Kapitalisten zu befreien, nur der des revolutionären Kampfes gegen die kapitalistischen Bosse und die reaktionären Kräfte sein kann. Die lateinamerikanischen Bauern sehen jetzt, daß die sogenannten Landreformen nur dazu da waren, um sie zu betrügen, um sie vom entschlossenen Kampf abzuhalten und sie zu versklaven. Obwohl inzwischen ein Jahrhundert voller Versprechungen von Landreformen verstrichen ist, befindet sich das Land auch heute noch in Wirklichkeit in der Hand einiger weniger Großgrundbesitzer und Gutsherren. Die Landgegenden in Lateinamerika sind ein Spiegel der allergrößten Rückständigkeit. Die Sprüche der Oligarchien und des Imperialismus über die Verwirklichung einer ‚grünen Revolution' sind nur dazu da, um die Profite der ausländischen Landeigentümer und örtlichen Grundherren durch alle möglichen neokolonialistischen Methoden zu erhöhen."*

„Zeri i Popullit" betont weiter, daß die Kämpfe der Bauern in Lateinamerika trotz ihrer Verschärfung auch die schwere Folgen der verräterischen Tätigkeit der modernen Revisionisten spüren, die, gerade so wie sie es auch in den Kämpfen der Arbeiterklasse tun, die Massen zu betrügen versuchen, damit sie ihre Befreiung als Geschenk von der sozialen Evolution, von der „ökonomischen Revolution", die angeblich in diesen Ländern stattfindet, erhoffen.

Aber trotz der Anstrengungen der modernen Revisionisten, trotz des Terrors und der Gewalt der reaktionären Diktaturen, marschiert der Kampf der lateinamerikanischen Bauern vorwärts. Die Bauern haben ihren Kampf eng mit der Führung durch die Arbeiterklasse und der marxistisch-leninistischen Parteien verbunden, die mit jedem Tag, der vergeht, immer mehr die hauptsächliche führende revolutionäre Kraft für die Befreiung der breiten werktätigen Massen werden.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

KP Polen–Nieder mit der neuen Bourgeoisie
Es lebe die Diktatur des Proletariats !

„Rote Fahne", Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Polens, veröffentlichte in ihrer neuesten Ausgabe einen Artikel zum 5. Jahrestag der blutigen Dezemberereignisse 1970 an der polnischen Ostseeküste. In diesem Artikel fordert die Partei die Arbeiterklasse auf, sich nach dem Beispiel der Hafen- und Werftarbeiter zum Kampf zu erheben, um die Diktatur des Proletariats in Polen wieder zu errichten.

„Im Dezember 1970", heißt es in der Zeitung, „kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den zwei Hauptklassen der neuen kapitalistischen Gesellschaft Polens, zwischen dem Proletariat der Großindustrie und der revisionistischen Bourgeoisie. Um die bürgerliche Ordnung zu hüten, setzte die Gomulka-Clique die Streitkräfte und die Polizei gegen die unbewaffneten Arbeiter ein, die gegen die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik durch den wiederbelebten Kapitalismus und die neue Bourgeoisie in Polen demonstrierten. Das zeigt, daß die herrschende Kapitalistenklasse bereit ist, die schrecklichsten Verbrechen zu verüben und den Kampf der Arbeiter, die die Grundrechte ihres Lebens und ihrer Freiheit fordern, im Blut zu ersticken, wenn sie sieht, daß ihre Macht in Gefahr ist."

Die Kommunistische Partei Polens hält die revolutionäre Bewegung der Ostseearbeiter für ein Ereignis von großer Bedeutung für die gesamte polnische Arbeiterbewegung sowie für die Arbeiterklasse aller revisionistischer Länder, wo sich die Macht in den Händen der revisionistischen neuen Bourgeoisie befindet. „Während der Dezemberereignisse", wird in der „Roten Fahne" unterstrichen, „wurde der Verrat der modernen Revisionisten an der Revolution und am Sozialismus sonnenklar. Die bürgerliche Diktatur wurde aber nicht gestürzt. An die Stelle Gomulkas trat ein Mitglied ein und derselben Revisionistenclique. Die neue Mannschaft mit Edward Gierek an der Spitze verpflichtete sich feierlich, die wirklichen Ursachen der Dezemberereignisse aufzudecken und die Schuldigen an den blutigen Verbrechen zu bestrafen. Es sind aber bereits fünf Jahre vergangen und nichts wurde geklärt, niemand bestraft. Die Wahrheit ist, daß die politischen Verbrecher, anstatt verurteilt zu werden, mit Ruhm bedeckt und mit Tapferkeitsorden ausgezeichnet, pensioniert oder mit neuen Posten belohnt werden, während es strengstens verboten ist, über den blutigen Mord und die brutale Verfolgung der Angehörigen der streikenden Arbeiter zu sprechen."

Die Kommunistische Partei Polens fordert die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen Polens auf, sich nach dem anspornenden Vorbild der Ostseearbeiter zum Kampf gegen die Unterdrückung und Ausbeutung durch die bürgerlich revisionistische Clique zu erheben, um die gesamte politische Macht zu ergreifen und den revisionistischen Mördern die gebührende Strafe zu erteilen, um die Ungerechtigkeiten und die Unterdrückung all derjenigen, die ihr Blut vergossen und für die teure Sache der Revolution und des Sozialismus weiterkämpfen, wiedergutzumachen.



Zentralorgan der illegalen KP Polens

„Die Dezemberereignisse", betont „Rote Fahne", „zeigten die große Kraft des revolutionären Proletariats, das erhöhte Klassenbewußtsein und die verstärkte Einheit und Solidarität der Arbeiter. Gleichzeitig deckten sie die Schwächen der einheimischen Bourgeoisie und des sowjetischen Sozialimperialismus auf." Sich ihrer schwierigen, jedoch wichtigen Aufgaben bewußt, kämpfen die polnischen Marxisten-Leninisten im Lichte der Lehren der Dezemberereignisse 1970 für die politische Organisierung der polnischen Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Massen, der Jungarbeiter und Studenten in den marxistisch-leninistischen Organisationen der Kommunistischen Partei Polens und des Verbandes der Kommunistischen Jugend Polens, damit die polnische Arbeiterklasse stets vereint und solidarisch im Kampf gegen die Renegatenclique Giereks vorgeht.

Die Kommunistische Partei Polens gedenkt in Ehren der revolutionären Gefallenen der Ostseeküste und bekundet erneut ihre Verpflichtung, dem Marxismus-Leninismus stets die Treue zu halten, sein Banner hoch zu erheben und die Arbeiterklasse zum historischen Sieg der Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in Polen zu führen.

250 000 spanische Werktätige im Streik

Fortsetzung von Seite 1

Als die spanische Regierung die streikenden Postangestellten zwangsverplfichtete und 2000 Arbeiter, Angestellte und Studenten das Hauptpostgebäude zu stürmen versuchten, wurden sie von der Polizei mit Tränengas und Gummiknüppeln angegriffen. Sie wehrten sich aber und lieferten den Polizeikräften einen heftigen Kampf. Auch die Arbeiter von Chrysler setzten sich gegen die Polizei zur Wehr, als diese eine Demonstration angriff. Landarbeiter in der Gegend von Barcelona verletzten drei Polizisten, als sie sich gegen einen Angriff zur Wehr setzten. Das brutale Vorgehen der Polizei konnte die spanischen Werktätigen aber nicht einschüchtern. Im Gegenteil.

Die Streikbewegung hat sich immer mehr ausgeweitet und bereits das ganze Land erfaßt. Neben den Forderungen gegen die grausame Ausbeutung spielen auch die Forderungen nach Freilassung aller politischen Gefangenen durch das Regime, der Wiedereinstellung von aus politischen Gründen entlassenen Kollegen und die Klassensolidarität mit den streikenden Kollegen der anderen Betriebe und Industriezweige eine große Rolle. So setzen die spanischen Ausbeuterklassen, die Bourgeoisie und der Landadel, auch verstärkt auf Lüge und Betrug. Nach dem Tod des Henkers Franco versprach Carlos selbst den „Anbruch einer neuen Epoche" und angesichts der anschwellenden Streikbewegung des spanischen Volkes werden von der Regierung Gerüchte über ihre Bereitschaft, einige Freiheiten zuzugestehen, ausgestreut. Einer der Minister trat sogar offen vor, um der spanischen Arbeiterklasse einen „Burgfrieden" anzubieten. Und während das Regime die Streiks und Demonstrationen der Arbeiter mit brutaler Gewalt zerschlägt und die Revolutionäre der KPSp/ML, der FRAP und der OSO verfolgt, verschafft es gleichzeitig den revisionistischen und reformistischen Führern der „Arbeiterkommissionen" die Möglichkeit, Pressekonferenzen abzuhalten, Erklärungen abzugeben und relativ offen in den Kämpfen aufzutreten.

Mit dem Programm der Klassenzusammenarbeit und der Klassenversöhnung sollen sie den Kampf der spanischen Werktätigen ersticken. Camacho, der schon von der bürgerlichen und revisionistischen Presse als der „populärste Mann" in Spanien gepriesen wird, hat denn auch bereits erklärt, er sei bereit, die Arbeiterklasse aufzurufen, „Opfer zu bringen, um der Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen", wenn das Regime im Gegenzug die Arbeiterkommissionen legalisiere. „Demokratisierung", „radikaler Bruch", „Bildung einer Übergangsregierung der großen Parteien", so lauten die betrügerischen Parolen der revisionistischen und reformistischen Verräter. Und der Zweck all dieser Parolen besteht darin, den spanischen Werktätigen einzureden, daß es möglich sei, das faschistische Regime Schritt für Schritt zu demokratisieren, daß es möglich sei, dieses Regime ohne Revolution, ohne revolutionäre Gewalt zu beseitigen. Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung zu erkämpfen, ohne die Grundfesten des alten Regimes zu zertrümmern. So sollen die Hoffnungen und die Illusionen erzeugt werden, die das Volk entwaffnen und den Fortbestand des Ausbeuter- und Unterdrückerregimes sichern sollen. Auf die Ausbeuterklassen und ihre Lakaien, die modernen Revisionisten und die Reformisten, zu vertrauen, heißt trügerische Hoffnungen hegen. Tränengas und Gummiknüppel der Polizei sprechen eine deutliche Sprache.

Die amerikanischen Imperialisten, die westeuropäischen und vor allem die westdeutschen Imperialisten sind nach wie vor die Schutzherren des faschistischen Ausbeuterregimes in Spanien, auch wenn sie jetzt viel von einer „Hinwendung Spaniens zur Demokratie" sprechen. Die imperialistischen Konzerne, seien es die US-Monopole, wie z. B. Chrysler, ITT usw., aber auch die deutschen Trusts wie Siemens, die jetzt bestreikt werden, sind die größten Ausbeuter der spanischen Werktätigen. Und die westdeutschen Imperialisten, nach den amerikanischen Imperialisten die größten Ausbeuter des spanischen Volkes, sind jetzt dabei, ihre Beziehungen zum faschistischen Regime noch zu verstärken — natürlich nicht ohne zu betonen, daß Spanien jetzt auf dem Weg zur Demokratie sei. Beim Besuch des spanischen Außenministers in Bonn in der letzten Woche überschlug sich denn die Bundesregierung auch darin, ihre „Hoffnungen" auszudrücken und Spanien die Mitgliedschaft in der EWG anzubieten.

Die Hoffnungen der spanischen Werktätigen aber können sich nicht auf die einheimischen Ausbeuterklassen und die ausländischen Imperialisten, weder auf das Regime Juan Carlos noch auf die revisionistischen und reformistischen Verräter richten. Nur der von der Kommunistischen Partei Spaniens/ML gewiesene Weg der Volksrevolution wird es zur Befreiung von imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung, von der grausamen Unterdrükkung durch das Regime der Ausbeuterklassen und zur Errichtung eines freien Spanien — der föderativen Volksrepublik — führen.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00-6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,23 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
19.00-20.00	43,3m, 42,7m und 38,5m (KW)
21.00-22.00	ebenso

43,3m entspricht 6,92 MHz (KW)
42,7n entspricht 7,01 MHz (KW)
38,5m entspricht 7,78 MHz (KW)

Millionen erweisen Genossen Tschou En-lai die letzte Ehre



In tiefer Trauer hat das chinesische Volk, hat seine Partei, die Kommunistische Partei Chinas Abschied genommen vom Genossen Tschou En-lai, dem großen proletarischen Revolutionär und dem hervorragenden kommunistischen Kämpfer.

Trotz der kalten Wintertage wartete eine endlos scheinende Doppelreihe von Menschen, um vor der mit der Staatsfahne Chinas bedeckten Urne im Kulturpalast der Werktätigen vom Genossen Tschou En-lai Abschied zu nehmen. Da der Kulturpalast, in dem die Urne aufgestellt war, nicht von allen erreicht werden konnte, versammelten sich unzählige Menschen am Fuß des Denkmals, das 1949 den Helden, die für das Vaterland starben, gewidmet worden war. Auf seiner Südseite preist ein Zitat des Genossen Tschou En-lai ihr Andenken. Hunderte Kränze lagen zu Füßen des Denkmals, von trauernden Männern, Frauen und Kindern feierlich niedergelegt. Nach der Arbeit, bei Schichtwechsel, brachten Arbeiter weitere Kränze, bis weit nach Mitternacht. Sie kommen, um dem ihre Ehrerbietung zu erweisen, der sein ganzes Leben dem chinesischen Volk, der Revolution, der Sache des Kommunismus weihte. Menschen allen Alters weinten. Sie trauern um den großen Sohn des chinesischen Volkes.

In Gruppen von 20 Menschen — Männer, Frauen, Jugendliche — sammelten sie sich um das Denkmal. Jeweils ein Mitglied der Delegationen verlas eine Erklärung, die den Verstorbenen würdigte und die gelobte, daß ein starker, moderner, sozialistischer Staat aufgebaut wird, wofür der Genosse Tschou En-lai an hervorragender Stelle gekämpft hat. Viele Menschen weinten noch, als sie den Platz verließen. Zu schwer wiegt der Verlust dieses geliebten Führers und Genossen, der im Dienst für die Revolution und den Kommunismus sich unsterbliche Verdienste erworben hat. Und tief prägt sich all diesen Menschen ein, seinem Vorbild im Kampf für die ruhmreichen Ideen von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung zu folgen, von ihm zu lernen und ihm nachzueifern.

Wer in den Fernsehnachrichten die Bilder von den Trauerfeierlichkeiten in China gesehen hat, wer gesehen hat, wie hier ein Volk und mit ihm die Kommunisten und Werktätigen auf der ganzen Welt tief trauern, der hat auch gesehen, welch Unterschied zum Tod eines Staatsführers in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern besteht. Sie sind nicht Führer des Volkes in seinem Kampf, sondern sie sind Führer im Dienst der herrschenden Ausbeuterklassen gegen das Volk. Wie sollte das Volk sie jemals lieben, wie sollte es je um sie trauern? Wer erinnert sich nicht, wie Kanzler Adenauer beerdigt wurde. Er war ein Führer im Dienst der Bourgeoisie gewesen, gegen die Millionenmassen der Werktätigen. Und so waren es auch



nur die imperialistischen Regierungshäupter, die sich gegenseitig, wie stets bei solchen Anlässen, bestätigten, was für ein „geschichtemachender Staatsmann" das doch gewesen sei. Und was stellte die Bourgeoisie nicht für ein Schauspiel auf, wie setzte sie bis ins Einzelne alles groß in Szene, um — galt ihm schon nicht die Liebe, sondern der Haß der Werktätigen — zumindest Interesse an diesem Theater zu erwecken.

Wer dagegen die Bilder von den Menschen in China gesehen hat, die schlicht und ehrlich trauerten, der sah, daß sie um einen der Ihren trauerten, der zu seinen Lebzeiten ebenso schlicht und bescheiden im Dienste ihrer Interessen stand. Genosse Tschou En-lai war keiner solcher „geschichtemachender Staatsmänner", wie es die bürgerliche Presse jetzt bei uns schreibt. Es ist das Volk, das die Geschichte macht. Und in China hat das Volk unter Führung seiner kommunistischen Partei mit Genossen Mao Tsetung bewußt seine Geschichte in die eigene Hand genommen, seine Ausbeuter und Unterdrücker vernichtend geschlagen und seine Ordnung, die Diktatur des Proletariats errichtet, um den Sozialismus aufzubauen. In diesem Kampf hat Genosse Tschou En-lai sich voll und ganz in den Dienst des Volkes gestellt, hat ihm bis zuletzt in hervorragender Weise gedient, indem er es auf dem Weg des Marxismus-Leninismus und der Maotsetungideen geführt hat und so in vorderster Reihe dem chinesischen Volk den Weg geebnet hat, um die Geschichte gemäß seinen Interessen zu gestalten.

Damit hat sich Genosse Tschou En-lai unsterbliche Verdienste erworben. Das ist der Grund, warum ihm die Liebe des chinesischen Volkes und aller revolutionären Menschen galt, ist der Grund, warum sein Tod ein so schmerzlicher Verlust und die Trauer so tief ist.

Diese Millionen trauernden Menschen strafen zugleich all jene imperialistischen und revisionistischen Hetzer Lügen — ob in Moskau oder hier — die stets behauptet haben, die Diktatur des Proletariats bestünde gegen den Willen der werktätigen Massen, die hetzen, daß die kommunistische Partei und ihre Führung eigene Ziele, losgelöst von den Massen und gegen die Massen verfolgten.

Das chinesische Volk und mit ihm die Marxisten-Leninisten und Werktätigen in der ganzen Welt haben mit dem Tod des Genossen Tschou En-lai einen schmerzlichen Verlust erlitten. Aber sie werden ihre Trauer in Kraft verwandeln, um noch entschlossener für die Sache des Kommunismus, um die Genosse Tschou En-lai sich so hervorragende Verdienste erworben hat, zu kämpfen. In diesem Kampf wird das Werk des Genossen Tschou En-lai, sein großer Beitrag für die Sache des Kommunismus weiterleben. Ewiger Ruhm dem Genossen Tschou En-lai, dem großen proletarischen Revolutionär des chinesischen Volkes und dem hervorragenden kommunistischen Kämpfer!

Das albanische Volk trauert um Genossen Tschou En-lai

In tiefem Schmerz erfuhren die werktätigen Massen in Albanien vom Tod des Stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Vorsitzenden des Staatsrats der Volksrepublik China, Genossen Tschou En-lai. Aus diesem Anlaß wurden in verschiedenen Wirtschaftsbetrieben und Institutionen der Hauptstadt wie im Textilkombinat „Stalin", im metallverarbeitenden Betrieb für die Geologie und im Betrieb „Partisani" Trauerkundgebungen durchgeführt. Die Werktätigen, die dabei das Wort ergriffen, bekundeten ihre große Trauer über den Tod des Genossen Tschou En-lai und die Überzeugung, daß das ruhmreiche chinesische Volk es verstehen wird, diesen Verlust in eine große Kraft zu verwandeln und unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas, mit dem Vorsitzenden Mao Tsetung an der Spitze, auf dem Weg des Aufbaus des Sozialismus noch größere Erfolge zu erzielen. Solche Kundgebungen wurden auch mit Arbeitern, Genossenschaftlern, Jugendlichen der Arbeitsstätten, in Militärabteilungen, Schulen und weiteren Einrichtungen der Städte Elbasan, Shkodra, Durres, Permeti, Korca, Gjirokastra usw. organisiert.

Um das Andenken des Genossen Tschou En-lai, des Stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Vorsitzenden des Staatsrates der Volksrepublik China, des hervorragenden Kämpfers der Partei und des chinesischen Volkes, des großen Revolutionärs, sehr engen, geliebten und geachteten Freundes des albanischen Volkes zu ehren, beschloß der Ministerrat der Volksrepublik Albanien, den Tag des Begräbnisses des Genossen Tschou En-lai, den 15. Januar 1976, zum Staatstrauertag zu erklären.

Beileidsadresse der Führer des kambodschanischen Volkes

In einer Beileidsadresse der Führung des kambodschanischen Volkes heißt es:

„Seine Exzellenz Tschou En-lai war einer der bedeutendsten Revolutionäre Chinas, ein geachteter und geliebter Führer des chinesischen Volkes. Er hat einen heldenhaften und unbeugsamen Kampf geführt für die Sache der Revolution und den sozialistischen Aufbau in China und hat sich diesem Kampf ganz geweiht. Ebenso war er ein treuer Waffengefährte der unterdrückten Völker und Nationen der Welt. Im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und ihre Lakaien jeder Art wie im Kampf für das Recht hat er den Völkern der Welt wirksame, unaufhörliche und unerschütterliche Hilfe geleistet.

Seine Exzellenz Tschou En-lai war einer der engsten und zuverlässigsten Waffengefährten unserer kambodschanischen Nation und unseres Volkes. Er war einer der chinesischen Führer, der einen wichtigen Beitrag leistete bei der Errichtung der soliden, großartigen und reinen Freundschaft und der kämpferischen Einheit zwischen dem kambodschanischen und dem chinesischen Volk.

Seine Exzellenz Tschou En-lai ist verschieden, aber die Freundschaft und kämpferische Einheit zwischen unseren beiden Völkern, die sich dank seiner Fürsorge immer mehr verstärkt und entwickelt, haben tiefe Wurzeln geschlagen im Herzen der Völker beider Länder. Sein Andenken wird für immer eingegraben sein im Herzen des kambodschanischen Volkes und in unser aller Herzen."

Korrespondenz. Ich möchte Euch kurz eine kleine Sache aus dem Betrieb mitteilen. Wenige Tage nach dem Tod des Genossen Tschou En-lai hängten die Kollegen aus meiner Werkstatt ein Bild des Genossen Tschou ihm zu Ehren ans Fenster. Es hing dort bis zur Frühstückspause, auf einmal war es dann weg. Die Kollegen fragten jeden, wer das Bild wieder abgemacht habe, doch keiner von den Kollegen war es gewesen. Ein Kollege war bei dieser Unterredung nicht mit dabei. Ich habe ihn dann gefragt, ob er das Bild abgenommen habe. Er war es gewesen. Doch nicht, weil er dagegen war, sondern weil der Meister es ihm befohlen hatte. Als ich das den Kollegen mitteilte, waren sie auf den Meister, der sich sonst immer so gutmütig gibt, sehr sauer.

Hinzufügen muß man, daß der Meister es nicht gewagt hatte, in Anwesenheit aller das Bild abnehmen zu lassen, sondern erst, als der eine Kollege gerade allein am Arbeitsplatz war.

In diesem Zusammenhang habe ich gute Diskussionen mit den Kollegen führen können. Kein einziger Kollege sprach negativ über den Genossen Tschou En-lai. Im Gegenteil, sie lobten ihn. Einer sagte sogar, daß er Genossen Tschou und Genossen Mao sehr verehre. In den Diskussionen zeigte sich die Sympathie vieler für das sozialistische System in der VR China, aber auch ihr Haß gegenüber dem so wjetischen Sozialimperialismus und deren Vasallen in der DDR. Ich werde jetzt regelmäßig chinesische Literatur mitnehmen, damit die Kollegen die Volksrepublik China noch besser kennenlernen können.

Ein Genosse von AEG-Brunnenstraße, Westberlin